

LIBRARY  
JUN 9 1955  
UNIVERSITY OF CALIF. KN.

*Die Kommunistische  
Internationale*

1925 / HEFT 10

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

\* Der Garantiepakt / Martynow: Der größte Mann der  
II. Internationale / Bennet: Labour Party und Gewerkschaften in England / Paul Frölich: Blanquismus  
Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW  
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche  
Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten  
an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925

Heft 10 Oktober

(Erscheint verspätet im November)

## I N H A L T

	Seite
* Der Garantiepakt . . . . .	1049
Martynow: Der größte Mann der II. Internationale . . . . .	1069
Palme Dutt: Der „Rote Freitag“ . . . . .	1091
Bennet: Labour Party und Gewerkschaften in England . . . . .	1109
A. Neurath: Der 3. Parteitag der KPTsch . . . . .	1127
Paul Frölich: Über Blanquismus . . . . .	1133
Maletzky: „Die Gesellschaft“ — „Der Kampf“ . . . . .	1143
Klonowicz: Sokolnikow, Die Finanzpolitik der Revolution . . . . .	1149

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 1,50
Quartal . . . . .	„ 4,50
Halbjahr mit Register . . . . .	„ 9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere  
Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und  
von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheckkonto  
Hamburg 24 227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

\*

## DER GARANTIEPAKT

Während wir diesen Aufsatz schreiben, sind die endgültigen Ergebnisse der Konferenz von Locarno noch nicht bekannt. Obgleich in die Zeitungen die Nachricht gedrungen ist, daß in bezug auf den sogenannten Rheinpakt und die Schiedsverträge zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien andererseits eine Verständigung erzielt sei, können wir in Anbetracht dessen, daß die andere Aufgabe der Konferenz (der Abschluß von Schiedsverträgen zwischen Deutschland auf der einen, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite, unter Beteiligung Frankreichs als Garant dieser Schiedsverträge) schon vor Einberufung der Konferenz von Locarno den Stein des Anstoßes bei allen Verhandlungen bildete, annehmen, daß das Schicksal der ganzen Konferenz noch in Frage gestellt ist. Nach Frankreichs Ansicht, soweit diese in offiziellen und offiziösen Erklärungen zum Ausdruck gekommen ist, ist die Frage seiner Beteiligung als Garant an den Schiedsverträgen Deutschlands mit der Tschechoslowakei und Polen die Vorbedingung für die Unterzeichnung des Rheinpaktes und des Schiedsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich. Wir sind indes der Ansicht, daß selbst wenn man jetzt in Locarno nicht zu einer Verständigung gelangen sollte, dies nur eine Verzögerung sein wird. In kurzem würden die Unterhandlungen erneut aufgenommen werden, und früher oder später würde das von den Verbündeten vorgesehene diplomatische Programm einer Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund und in die neue internationale Gruppierung durchgeführt werden. Dies ist schon allein dadurch gewährleistet, daß formell die Anregung zu den jetzigen Verhandlungen von niemand anderem als von Deutschland selbst ausgeht. Der erste diesbezügliche Vorschlag von deutscher Seite kam bereits von der Regierung Cuno im Dezember 1922 und wurde am 9. Februar d. J. in der Denkschrift wiederholt, die der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoesch, der französischen Regierung überreichte. Allerdings wurde der Verdacht ausgesprochen, daß Deutschland, obgleich es den Garantiepakt selbst angeregt hat, nicht Anhänger eines solchen sei, und daß sein Vorschlag nur als taktischer Schritt betrachtet werden müßte mit dem Ziel einer Isolierung Frankreichs. Die deutsche Regierung ist jedoch nicht so dumm, als daß sie nicht begreifen sollte, daß Deutschland, falls es einen solchen Vorschlag machte in der geheimen Absicht, den Weg nicht bis zu Ende zu gehen, nach Aufdeckung seines Spiels noch isolierter dastehen würde als früher.

Die Bedeutung des bevorstehenden oder möglicherweise abgeschlossenen Paktes oder richtiger der Pakte ist gewaltig. Sie wird bedingt durch die objektive historische Situation. Welches die einzelnen für jeden Staat spezifischen, offenen und geheimen, in Noten, Parlamentsreden und in der

Presse zum Ausdruck kommenden Motive auch immer sein mögen — wir alle müssen uns darüber klar sein, daß der Garantiepakt eine neue Etappe in der politischen Festigung des internationalen Kapitals bildet und daß er infolge der objektiven historischen Verhältnisse in der nahenden proletarischen Revolution in erster Linie ein Kampfmittel gegen die proletarische Revolutionsbewegung und im besonderen gegen die kommunistischen Parteien und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken darstellt. Es ist dies in ihrer Art eine neue Heilige Allianz, die an Stelle des einleitenden Artikels, wo im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes die Selbstherrscher Europas den Schwur ablegten, die christliche Moral und den monarchischen Legitimus aufrechtzuerhalten, die Beteuerung enthält, die Stabilität Europas wahren zu wollen. Ihrem Wesen nach verfolgt die neue Gruppierung im Westen das gleiche gegenrevolutionäre Ziel einer Verhinderung der kommenden Revolution wie seinerzeit die heilige Allianz. Es ist nicht von ungefähr, daß sich heute Deutschland und Frankreich verbündern, die Jahrhunderte hindurch wiederholte blutige Kriege um den Besitz des Rheines führten, die als „Erbfeinde“ galten, die nie freiwillig auf ihre Ansprüche auf Elsaß-Lothringen verzichteten, das abwechselnd aus der einen Hand in die andere übergang. Im besonderen ist dies bezeichnend für Deutschland. Es steht außer Frage, daß die deutsche Regierung und die deutsche öffentliche Meinung sich in hohem Maße Gewalt antun mußten, um heute, im Frieden, wo Deutschlands Wirtschaftslage sich im allgemeinen gefestigt und seine internationale politische Bedeutung sich erhöht hat, wo die französischen Truppen das Ruhrgebiet geräumt haben — ohne Krieg, ohne Zwang — zu erklären, daß Deutschland Verzicht leiste auf jegliche Ansprüche auf die westlichen Gebiete jenseits der Grenze, die von dem verhaßten Versailler Kongreß festgelegt worden ist, von nun an bis in alle Ewigkeit. Es ist noch in aller Erinnerung, daß Deutschland, selbst als es niedergetreten, besiegt, von siegreichen französischen Truppen umringt war, die bereit waren, nach Berlin zu marschieren, als es diplomatisch völlig isoliert dastand — daß es sich weigerte, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, und daß seine erste Delegation, mit Brockdorff-Rantzau an der Spitze, nach Berlin zurückkehrte. Eine zweite Delegation mußte entsandt werden. Hiermit wollte Deutschland betonen, daß es sich nur der Gewalt füge, und daß es sich nie mit der an ihm vollzogenen territorialen Amputation abfinden würde.

Was konnte nun die deutsche Regierung, die aus Nationalisten und Monarchisten besteht, unter der Präsidentschaft des Marschalls von Hindenburg veranlassen, eine Handlung zu vollziehen, die vom nationalen Standpunkt den schändlichsten Akt in der deutschen Geschichte darstellt? Was Deutschland nicht tat, als es fast völlig von den Heeren Napoleons I. besetzt war, vor dem ganz Europa zitterte, das hat es zur Zeit der dritten Republik getan, die sich in jeder Hinsicht in einer nicht beneidenswerten Lage befindet. Dieser Umschwung in der deutschen Psychologie läßt sich nicht allein durch die vorübergehenden Schwierigkeiten wirtschaftlicher oder politischer Art erklären. Er läßt sich nur durch die tieferschürfenden Änderungen erklären, die bei der Umgruppierung der sozialen Kräfte in Deutschland selbst vor sich gehen. Statt des früheren „Deutschland über alles“ singt der deutsche Nationalismus jetzt das Liedlein „Die Macht des Kapitals über alles“. Man kann jedenfalls nur auf dem Hintergrunde dieser historischen Wirklichkeit



die gegenwärtig sich abspielenden Ereignisse begreifen. Alle übrigen Tatsachen — die wirtschaftlichen und politischen — verstärken nur die Wirkung dieser grundlegenden Tatsache.

Wir werden noch darauf zurückkommen, wenn wir auf die Analyse der inneren und internationalen Beziehungen der an den jetzigen Unterhandlungen beteiligten Hauptstaatengruppe zu sprechen kommen. Hier müssen wir jedoch hervorheben, daß die gleichen Erwägungen sozial-konservativer Art fraglos eine entscheidende Rolle auch im Verhalten Frankreichs und Englands gegenüber dem Rheinpakt spielen werden. Wir werden dann sehen, welche anderen, jedem einzelnen Staate eigentümliche Faktoren, neben diesem grundlegenden Faktor, gleichfalls eine Rolle bei den jetzigen Unterhandlungen spielen werden. Wir werden auch bei jenen politischen und wirtschaftlichen Folgen verweilen, die der Pakt für Europa haben wird. Endlich wollen wir versuchen, uns darüber Klarheit zu verschaffen, inwieweit die kapitalistischen Regierungen von vornherein verurteilt sind, sich in ihren Klassenberechnungen zu verrechnen. Rechnungen, die ohne den Wirt oder gar gegen den Wirt, d. h. das Proletariat, gemacht werden, erweisen sich nach einer gewissen Zeit einfach als das, was bei uns früher, unter dem „Kriegskommunismus“, als buchhalterische Operationen bezeichnet wurde — als Überschreibung von einem Konto auf ein anderes, durch die nur scheinbar die Zahl der realen Werte vermehrt wurde.

Wie waren die Unterhandlungen über den Rheinpakt entstanden? Wir erwähnten schon, daß bereits im Dezember 1922 die Regierung Cuno den ersten formellen Vorschlag gemacht hatte; er wurde im Februar d. J. wiederholt. Der Vorschlag Cunos hat nur retrospektives, historisches Interesse, da die gegenwärtigen Unterhandlungen erst nach dem wiederholten Angebot der jetzigen deutschen Regierung eingeleitet wurden.

Die Denkschrift des deutschen Botschafters in Paris, v. Hoesch, war kurz. Sie regte nur die Frage in allgemeiner Form an. Aber auch da schon machten sich einige prinzipiell wichtige Seiten, einige allgemeine Linien bemerkbar, die erst in den weiteren Verhandlungen erweitert wurden. Deutschland empfahl den Abschluß eines Garantiepaktes zwischen den an der Rheingrenze interessierten Staaten — zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland. Sie alle übernehmen der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber die feierliche Verpflichtung, im Laufe einer bestimmten Zeitdauer, die noch festzustellen sein wird, keinen Krieg miteinander zu führen. Während dieses Zeitraums verpflichten sich die vertragschließenden Staaten den status quo an der Rheingrenze streng innezuhalten. Hieraus folgt, daß, wenn irgendeiner der Unterzeichner des Garantiepaktes die Absicht haben sollte, die Rheingrenze zu ändern, alle übrigen verpflichtet sind, dies zu verhindern — sogar mit Waffengewalt. Außerdem verpflichten sich die vertragschließenden Parteien, die in den Artikeln 42 und 43 des Versailler Vertrages vorgesehene Entmilitarisierung der Rheinprovinz zu verwirklichen, wobei sie sich nicht nur verpflichten, diese Entmilitarisierung durchzuführen, sondern auch zu schützen. Gleichzeitig gab die deutsche Regierung der Meinung Ausdruck, daß dieser Garantiepakt das Ausgangsmoment für den Abschluß eines Garantieprotokolls zwischen allen Staaten werden könnte — von der Art, wie es im vorigen Jahre in der Herbstsession des Völkerbundes zur Annahme gelangt war. In einer kurzen Note von nur wenigen Zeilen

brachte Herriot zur Kenntnis der deutschen Regierung, daß ihre Denkschrift von der französischen Regierung in Empfang genommen und geprüft worden sei, daß letztere sich jedoch das Recht vorbehält, zu antworten, nachdem sie zuvor die Frage mit ihren Verbündeten in Einklang gebracht haben wird — „damit im Rahmen des Versailler Vertrages ein Regime der Gefahrlosigkeit festgelegt wird“.

In diesen beiden Dokumenten treten bereits beide Linien hervor, nach denen der Kampf geführt werden wird. Während in der deutschen Note der Versailler Vertrag nur in jenem Teile erwähnt wird, der eine Entmilitarisierung des Rheinlandes, d. h. einen Punkt vorsieht, dessen folgerichtige Verwirklichung Frankreich die Anwendung seiner militärischen Macht Deutschland gegenüber erschweren würde, erklärt umgekehrt die französische Regierung vom ersten Augenblick an, daß der Versailler Vertrag die Grundlage bildet, auf die alle weiteren Garantiepakte, Schiedsverträge u. a. m. sich stützen müssen. Nicht eine Schwächung des Versailler Vertrages, sondern seine Festigung ist das Ziel, das die französische Regierung verfolgt. Am 12. Mai empfiehlt die französische Regierung der englischen Regierung durch ihren Botschafter in London jenen Entwurf einer Antwort, die die französische Regierung Deutschland zuzustellen beabsichtigte. Am 19. Mai erklärte Chamberlain nach der ersten, wie es in der englischen Note heißt, „flüchtigen Kenntnisnahme“ von dem französischen Entwurf einer Antwort, daß die englische Regierung es für notwendig erachtet hätte, von der französischen Regierung ergänzende Erläuterungen zu verschiedenen Punkten des französischen Projektes der Antwort zu verlangen. Eine Woche später trifft eine neue französische Denkschrift ein, in der Briand die englischen Fragen beantwortet. Am 29. Mai trifft die Antwort der englischen Regierung ein, die den englischen Standpunkt gegenüber dem französischen Antwortentwurf entwickelt. Der schriftliche Meinungs-austausch zwischen den beiden Regierungen wird weiter fortgesetzt, und erst am 16. Juni die Antwortnote der französischen Regierung an die deutsche Regierung auf deren Vorschlag vom 9. Februar abgesandt. Es ist selbstverständlich, daß in dieser Zeit eine analoge Ineinklangbringung der Ansichten der französischen Regierung mit denen der italienischen und der belgischen Regierungen vor sich ging, die formell am Rheinpakt teilnehmen sollten, sowie zwischen der französischen Regierung und ihren Verbündeten aus der kleinen Entente, im besonderen mit Polen und der Tschechoslowakei. In ihrer endgültigen Antwort trat die französische Regierung in zwiefacher Gestalt auf: einen Teil der Vorschläge machte sie im Namen der Verbündeten, d. h. im Namen Englands, Italiens und Belgiens, den anderen Teil in eigenem Namen. Dieser Umstand erklärt sich durch die Mißverständnisse, die zwischen England und Frankreich in der Auffassung über den Umfang der Verpflichtungen aufgetaucht waren, die jeder dieser Staaten auf sich zu nehmen bereit war. Es ist wichtig, zu verfolgen, worin diese Mißverständnisse bestanden, um die sich der nahezu anderthalbmonatige Streit zwischen der englischen und der französischen Regierung drehte. Wir müssen auf den ersten Entwurf der Antwort der französischen Regierung zurückkommen.

Wie wir bereits hervorgehoben haben, stellte die französische Regierung bereits in ihrer ersten formellen kurzen Antwort fest, daß der Versailler Vertrag den Ausgangspunkt für alle weiteren Unterhandlungen darstelle. Alle

deutschen Angebote werden nur als „ergänzende Sicherheitsgarantien im Rahmen des Versailler Vertrages“ betrachtet. Diese Tendenz zieht sich wie ein roter Faden durch den ganzen französischen Entwurf. Die französische Regierung bringt daher an erster Stelle ihr Erstaunen zum Ausdruck, daß in der deutschen Denkschrift nur beiläufig der Völkerbund erwähnt wird. Frankreich ist dagegen der Ansicht, daß der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund eine der wesentlichen Vorbedingungen für den Abschluß des Rheinpaktes bildet. Im zweiten Punkte ihrer Antwort erinnert die französische Regierung daran, daß die neuen Sicherheitsgarantien nicht nur keine wie auch immer geartete Revision der geltenden Verträge nach sich ziehen dürfen, sondern daß sie, im Gegenteil, so verfaßt sein müssen, daß sie bei ihrer praktischen Anwendung keine Änderungen oder Verletzungen der bestehenden Verträge bewirken und im besonderen den Verbündeten nicht das Recht entziehen — das sie besaßen —, jedem Verstoß gegen diese Verträge Widerstand entgegenzusetzen — selbst in den Fällen, wo diese Beschlüsse sie nicht unmittelbar berühren.

Die Dechiffrierung dieses Punktes in der französischen Antwort bedeutet, daß Frankreich trotz des Garantiepaktes sich das Recht bewahrt, bei Außerachtlassung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland, diesem gegenüber Zwangsmaßnahmen in Anwendung zu bringen, u. a. durch seine Truppen die entmilitarisierte Rheinzone zu besetzen. Ein solches Recht wahrt sich Frankreich nicht nur in den Fällen, wo der Vertrag ihm gegenüber nicht innegehalten wird, sondern wenn er sogar dritten Personen, d. h. den Polen und Tschechoslowaken, gegenüber verletzt werden sollte. In seiner Antwort betont Frankreich noch besonders sein Recht, das Rheinland zu besetzen. Frankreich fügt noch zwei Bemerkungen hinzu: die erste betrifft die Nichterwähnung Belgiens im deutschen Entwurf als vertrag abschließende Partei, die zweite weist auf den provisorischen Charakter des von Deutschland empfohlenen Garantiepaktes hin. Wir müssen hier bemerken, daß Cuno bereits den Abschluß dieses Paktes für die Dauer von dreißig Jahren vorgeschlagen hatte. Ogleich in dem neuen deutschen Angebot ein Termin nicht angegeben war, wurde gleichfalls ein provisorischer Pakt vorausgesetzt. Hinterher verzichtete Deutschland auf diesen Standpunkt und erklärte sich damit einverstanden, daß der Pakt „für ewige Zeiten“ abgeschlossen werde. Was Belgien anbelangt, so beeilte sich die deutsche Regierung noch während des Meinungs austausches zwischen der französischen und der englischen Regierung sich ihrer „Vergeßlichkeit“ wegen zu entschuldigen. Die Presse jedoch, die an eine Vergeßlichkeit der Diplomaten nicht glaubt, war der Ansicht, daß Deutschland versuchen wollte, sich zunächst Belgien gegenüber die „Freiheit des Handelns“ zu bewahren.

Wir kommen nunmehr nochmals auf die französische Antwort zurück. In ihrem Angebot, Schiedsverträge mit Frankreich sowie mit anderen Staaten, die am Rheinpakt teilnehmen, abzuschließen, hatte die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß diese Schiedsverträge sich auf alle juristischen und politischen Konflikte ausdehnen müssen. Die französische Regierung erklärt ihrerseits, daß sie sich auf alle Konflikte ohne Ausnahme ausdehnen müssen (mit Ausnahme natürlich jener, die sich aus Verstößen gegen den Versailler Vertrag ergeben, und denen gegenüber Frankreich sich das Recht

bewahrt, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, einschließlich die Besetzung des Rheinlandes). Somit sind die „Schiedsverträge“, die Deutschland an Händen und Füßen binden, für Frankreich nur für jenes Gebiet von Fragen obligatorisch, die den Versailler Vertrag nicht berühren. Außerdem kommt Frankreich mit dem Vorschlag, die Innehaltung dieser Schiedsverträge unter die individuelle oder gemeinsame Garantie der den Rheinpakt unterzeichnenden Staaten zu bringen. Dies bedeutet, daß Frankreich beispielsweise die Erfüllung des zwischen Deutschland und Belgien, England des zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Vertrages usw. garantieren würde — oder aber, daß sie alle zusammen die Innehaltung sämtlicher Schiedsverträge gewährleisten.

Bisher war von Schiedsverträgen zwischen den am Rheinpakt beteiligten Staaten, d. h. zwischen Frankreich, England, Belgien, Italien und Deutschland, die Rede. In ihrer Note erklärte sich die deutsche Regierung jedoch bereit, ähnliche Schiedsverträge mit allen Staaten, die dies wünschten, abzuschließen. Frankreich begrüßt diese Erklärung Deutschlands „mit Genugtuung“, beschränkt sich aber nicht darauf. Frankreich entwindet den Händen Deutschlands dessen pazifistische Waffe, um ihre Spitze gegen Deutschland selbst zu richten. Frankreich beschränkt sich nicht auf eine einfache Registrierung des deutschen Vorschlages, sondern wandelt dieses fakultative Recht Deutschlands in eine kategorische Verpflichtung Deutschlands um allen Staaten gegenüber, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. Alle diese Verpflichtungen — Beitritt zum Völkerbunde, Unterzeichnung des Garantiepaktes unter Einbeziehung Belgiens, Unterzeichnung von Schiedsverträgen sowohl mit den am Rhein interessierten Staaten als auch mit allen übrigen Unterzeichnern des Versailler Vertrages, soweit sie natürlich selbst diesen Wunsch zum Ausdruck bringen sollten — bilden für die französische Regierung ein unteilbares Ganzes.

Endlich erklärt die französische Regierung, daß sie es „nur begrüßen könnte“, wenn das amerikanische Volk seine Bereitwilligkeit erklären wollte, diesen verschiedenen Verträgen beizutreten und auf diese Weise „an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit“ teilzunehmen. Das deutsche Angebot stellte sich die Beteiligung der Vereinigten Staaten ein wenig anders vor. Deutschland wollte die Vereinigten Staaten zu einer Art oberem Schiedsrichter machen, der die zwischen den vertragschließenden Parteien im Prozesse der praktischen Anwendung der von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen auftauchenden Streitigkeiten zu schlichten hätte. Frankreich dagegen ist bemüht, die Vereinigten Staaten als direkten Teilnehmer heranzuziehen. Diese beiden Versuche haben gegenwärtig nur retrospektives, historisches Interesse, da die Regierung der Vereinigten Staaten, als sie von dem deutschen Vorschlage erfahren hatte, sich sofort beeilte, zu erklären, daß sie den Versuchen, einen Garantiepakt zu schließen, zwar sympathisch gegenüberstände, es aber dennoch ablehne, selbst an ihm teilzunehmen. Wir sehen, daß Amerika, obgleich es in dieser Sache eine sehr aktive, einige sagen sogar die Hauptrolle gespielt hat, sich nichtsdestoweniger volle Handlungsfreiheit bewahrt hat in der Absicht, ein Höchstmaß von Einfluß bei einem Mindestmaß von Verpflichtungen zu gewinnen. Amerika zieht es vor, Europa durch andere zu regieren, während es selber hinter den Kulissen bleibt.

Untersuchen wir nunmehr, worauf die englischen Bemerkungen aus Anlaß des französischen Entwurfes hinauslaufen. Wir werden von den wichtigsten sprechen. Alle Bemühungen der englischen Regierung laufen darauf hinaus, die Verpflichtungen, die sie auf sich nimmt, genau zu trennen von jenen, die Frankreich übernehmen will. Zunächst die Bemerkungen formeller Natur. Wie ist der französische Entwurf zu bewerten? Als Antwort, die im Namen der Verbündeten oder im Namen der französischen Regierung selbst erteilt wird? Die englische Regierung will von der französischen Aufklärung haben darüber, wie ihr Ausdruck „im Rahmen des Versailler Vertrages“ zu verstehen sei. Sie hat nichts dagegen, daß die französische Regierung der Ansicht ist, der neue Pakt festige den Versailler Vertrag, aber sie gibt der Befürchtung Ausdruck, der Vorschlag der französischen Regierung könnte in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Verbündeten erneut die Erfüllung des Versailler Vertrages gewährleisten. Mit anderen Worten: England ist bereit, den neuen Pakt zu unterzeichnen, aber außerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages. Dagegen ist England nicht gewillt, mit Bezug auf den Versailler Vertrag neue Garantien zu gewähren. Die gleiche Befürchtung äußert die englische Regierung aus Anlaß des Versuches der französischen Regierung, in dem neuen Pakt den Beschluß des Versailler Vertrages zu wiederholen, der in der Auslegung der französischen Regierung dieser das Recht erteilt, gegen Deutschland vorzugehen.

Die englische Regierung richtet an die französische Regierung noch eine Reihe anzüglicher Fragen über den Charakter der Schiedsverträge sowie über die Rolle, die der Völkerbund bei alledem wird spielen müssen, von dem in dem französischen Antwortentwurf zwar die Rede ist, der jedoch bei der praktischen Anwendung der verschiedenen Schiedsverträge scheinbar gar keine Rolle spielt; somit bildet dies ganze neue System eine Überdachung des Völkerbundes.

Nach Eingang der ergänzenden Erklärungen von seiten der französischen Regierung entwickelte die englische Regierung ihren Standpunkt in positiver Form. Er läuft auf das folgende hinaus. Erstens, England beabsichtigt, sich mit seiner Garantie an den neuen Verträgen nur soweit zu beteiligen, als dies ausschließlich die östlichen Grenzen Belgiens und Frankreichs (die westlichen Grenzen Deutschlands) betrifft, wo die britische Interessensphäre ihren Abschluß findet.

„Der Grundgedanke, der die britische Regierung beim Studium der zur Erörterung stehenden Frage leitet, läuft darauf hinaus, daß jede neue Verpflichtung, die sie übernimmt, einen spezifischen Charakter haben und sich auf die Wahrung des territorialen Status quo beschränken muß, wie er an der westlichen Grenze Deutschlands besteht. Die Regierung Seiner Majestät hat nicht die Absicht, in irgendeinem Maße neue Verpflichtungen zu übernehmen als Ergänzung zu den sich aus der Unterzeichnung des Paktes des Völkerbundes und der Friedensverträge ergebenden Verpflichtungen. Andererseits ist es am Platze, rechtzeitig daran zu erinnern, daß die Regierung Seiner Majestät auf der Suche nach Mitteln zur Festigung der Lage im Westen selbst nicht die Frage der anderen Friedensvertragsbeschlüsse, die die Grundlage des geltenden europäischen öffentlichen Rechtes bilden, anregt und die anderen nicht ermuntert, dies zu tun. Die englische Regierung konstatiert ferner, daß die Pläne der französischen Regierung auch in anderen Punkten viel weiter gehen als die Absichten der englischen Regierung, und zwar in dem Punkte der gemeinsamen Garantie der Schiedsverträge, die Deutschland mit den Staaten schließen kann, die am Rheinpakt nicht beteiligt sind.“

Die englische Regierung bringt allen solchen Versuchen Sympathie entgegen, sie muß sich jedoch „angesichts der Lage des britischen Reiches, auf



dem eine sich über die ganze Welt verbreitende Verantwortung ruht“ vor einer Beteiligung an Kombinationen hüten, die speziell die europäischen Kontinentalstaaten interessieren. Hieraus ergibt sich natürlich auch der Einwand gegen die Abhängigkeit, in die die französische Regierung den Abschluß des Rheinpaktes von dem Abschluß der Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei bringt. Eine Ausnahme bilden die Schiedsverträge zwischen den an der Rheinfrage interessierten Staaten, denen England sich auch zuzählt, und an deren gemeinsamer Garantie es teilzunehmen bereit ist, wobei es die Schiedsverträge als logische Folge des Rheinpaktes betrachtet. Was den gesamten Charakter des neuen Paktes anbetrifft, so stellt sich ihm die englische Regierung nicht nur als dem Geiste der Völkerbundsatzungen entsprechend vor, sondern auch als in den Rahmen des Völkerbundes selbst passend. Die englische Regierung bringt somit unzweideutig die Tendenz zum Ausdruck, die Handlungsfreiheit einzuschränken, die Frankreich sich Deutschland gegenüber bewahren will.

Ihrem Standpunkte entsprechend, nimmt die englische Regierung an der französischen Antwort Änderungen vor, in der das zu betonen ist, was den Vorschlag aller Verbündeten und was den individuellen Vorschlag von Seiten Frankreichs selbst darstellt.

Es bleibt uns noch übrig, zu prüfen, welche endgültige Fassung die französische Antwort nach dem Meinungsaustausch zwischen der französischen und der englischen Regierung erhalten hat.

Im großen und ganzen ist es Frankreich gelungen, den größten Teil der englischen Einwendungen zu beseitigen und die wichtigsten, in dem ersten Entwurf einer Antwort vorgesehenen Positionen aufrechtzuerhalten. Der vielsagende Satz, die neuen Vereinbarungen würden im „Rahmen“ des Versailler Vertrages getroffen und bildeten eine „ergänzende Sicherheitsgarantie“, blieb stehen in dem einleitenden Teile der endgültigen Fassung. Es blieb auch der Punkt bezüglich der Bedingungen für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, gegen den England natürlich keinen Einspruch erhob. Stehen blieb der Punkt, demzufolge die neuen Sicherheitsgarantien unter keinen Umständen Änderungen oder Verletzungen der geltenden Friedensverträge enthalten dürfen, d. h. Frankreich verbleibt das Recht, Deutschland gegenüber Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, falls es den Versailler Vertrag verletzen sollte. Ob die Anwendung dieser Maßnahmen unter der Kontrolle der anderen Garanten des Rheinpaktes erfolgen soll, oder aber ob Frankreich, wie 1923, die Möglichkeit haben soll, aus eigenem Willen das Ruhrgebiet zu besetzen — darüber verlautet kein Wort. Frankreich legt seinerseits diesen Punkt so aus, daß es Handlungsfreiheit bewahrt. (Wie in vielen anderen Verträgen, so wurden auch in dem vorliegenden jene Punkte direkt mit Stillschweigen übergangen, über die keine Einigung erzielt wurde.) Der Punkt über die Schiedsverträge zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und Belgien auf der anderen Seite blieb genau so stehen, wie er im ursprünglichen französischen Texte abgefaßt war. Für die Innehaltung dieser Verträge werden sämtliche Staaten, die den Rheinpakt unterzeichnen, eine gemeinsame Garantie leisten. Nur in diesem Punkte ist davon die Rede, daß bei Nichterfüllung der Schiedsverträge der Völkerbund in Erscheinung treten wird. Hiermit wird jedoch noch einmal betont, daß bei Verstößen gegen den Versailler Vertrag die Jurisdiktion des Völker-

bundes nicht anerkannt wird. Änderungen an dem ursprünglichen Texte sind nur in der Frage der Schiedsverträge vorhanden, die Deutschland mit anderen Staaten, mit der Tschechoslowakei, mit Polen usw. abschließen wird. Frankreich erklärt im Namen der Verbündeten, daß die Unterzeichnung dieser Verträge obligatorisch sei, daß sie jedoch nicht der gemeinsamen Garantie von England und Frankreich unterstehen würden. Frankreich persönlich behält sich jedoch das Recht vor, eine solche Garantie zu übernehmen. Auf diese Weise sondert Frankreich die für alle Verbündeten allgemeinen Verpflichtungen ab von dem, was es als seine eigene Verpflichtung gegenüber Polen und der Tschechoslowakei betrachtet.

Die Note der französischen Regierung war das Kennzeichen der Erneuerung des englisch-französischen Bündnisses. Der Kampf, der zwischen Frankreich und England bestand, und der namentlich nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen sich verschärfte, ist, zum mindesten formell, abgeschlossen. In wesentlichen Fragen treten Frankreich und England wieder gemeinsam auf. Die englische und französische bürgerliche Presse triumphierte. Die Schaffung der Einheitsfront wurde auch noch durch andere Handlungen gekennzeichnet. Bekanntlich waren am 15. Januar d. J. die ersten fünf Jahre verflossen, die der Versailler Vertrag für die Räumung eines Teiles des besetzten deutschen Gebietes durch die Verbündeten vorsah, die binnen 15 Jahren in drei Zeitabschnitten erfolgen sollte. Die Räumung der Kölner Zone, die fast ausschließlich von englischen Truppen besetzt ist, stand bevor. In der Absicht, ein Druckmittel gegen Deutschland in der Hand zu behalten und Frankreich zu überreden, hat England seine Truppen nicht abberufen. Eine zweite Äußerung einer Einheitsfront war die Absendung einer gemeinsamen Note an Deutschland bezüglich der Entwaffnungsfrage. Die in Berlin sitzende Kontrollkommission der Entente hatte bereits im vorigen Jahr ein umfangreiches Material gesammelt, das Deutschland angeblich der geheimen Bewaffnung, d. h. der Nichterfüllung des Versailler Vertrages überführt. Aus verschiedenen Gründen wurde der formelle Protest gegenüber der deutschen Regierung so lange verzögert, bis England und Frankreich sich über die Frage des Garantiepaktes geeinigt hatten. (Allerdings zirkulierte in einigen Berliner Kreisen das Gerücht, die Engländer hätten die Deutschen rechtzeitig von dem Kommen der Kontrollkommission in Kenntnis gesetzt und sie so gewarnt.)

Die deutsche Antwort auf die französische Note erfolgte am 20. Juli 1925. Ihr Geist sowohl wie ihr Wortlaut zeugten davon, daß Deutschland zu Zugeständnissen bereit ist. Die Mehrzahl der Bemerkungen, die Deutschland gemacht hatte, trugen eher formalen Charakter.

Man erwartete, daß Deutschland den Abschluß des Garantiepaktes mit der Räumung der Kölner Zone und dem gemilderten Regime in den übrigen von den verbündeten Truppen besetzten Rheinprovinzen in Verbindung bringen würde. Diese Forderung, die der deutschen Regierung zugeschrieben wurde, fehlt in ihrer Note. Nur an zwei Stellen beschränkte sich die deutsche Regierung in allgemeinen Phrasen darauf, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Abschluß des Garantiepaktes die Lage der besetzten Provinzen und des Rheinlandes im besonderen beeinflussen müßte. „Der Pakt kann nicht“, so heißt es in der deutschen Note, „ohne Einfluß auf die Lage der besetzten Gebiete wie überhaupt auf alle die Okkupation betreffenden Fragen bleiben.“

Der andere in der deutschen Note ausgesprochene allgemeine Grundsatz bezieht sich auf den Versailler Vertrag. Unter Anerkennung des französischen Grundsatzes, daß der Pakt weder Änderungen noch Verletzungen des Versailler Vertrages enthalten dürfe, gibt Deutschland der Meinung Ausdruck, daß

„dies jedoch nicht bedeuten würde, daß für immer die Möglichkeit ausgeschlossen wird, die geltenden Verträge in einem gewissen Zeitpunkt und auf dem Wege freundschaftlicher Verständigungen jenen Veränderungen anzupassen, die eventuell in der allgemeinen Lage vor sich gehen können.“

Die Einsprüche Deutschlands beziehen sich auch auf einen anderen Punkt. Ohne das Recht Frankreichs in Abrede zu stellen, Deutschland gegenüber bestimmte Maßnahmen, sogar militärische, in Anwendung zu bringen, ist es jedoch der Ansicht, daß eine solche Anwendung aus dem Versailler Vertrage sich ergebender militärischer Maßnahmen nicht erfolgen dürfe, „ohne daß vorher eine objektive Prozedur zur Anwendung gelangt“. Mit anderen Worten, das Schiedsgericht hätte zunächst festzustellen, ob tatsächlich eine Verletzung des Versailler Vertrages von seiten Deutschlands vorliegt. Der andere Einwand Deutschlands besteht darin, daß es gegen den Vorschlag Frankreichs ist, als Garant sich an den Schiedsverträgen zu beteiligen, die Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei zu unterzeichnen hat. Endlich wiederholt die deutsche Note, ohne dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde zu widersprechen, die schon gemachten Einwendungen bezüglich der Umstände, die sich für Deutschland aus dem Artikel 16 der Völkerbundssatzungen ergeben.

Bekanntlich ist auf Grund dieses Artikels jeder dem Völkerbunde angehörende Staat verpflichtet, aktiv an jenen Strafexpeditionen oder gar Kriegen teilzunehmen, die der Völkerbund gegen die „schuldigen“ Staaten richten kann. Die deutsche Regierung suchte unter Berufung darauf, daß Deutschland tatsächlich entwaffnet ist, daß es sich nicht in der gleichen Lage befindet wie die übrigen Mitglieder des Völkerbundes, eine derartige Verpflichtung abzulehnen. Die deutsche Regierung gab der Befürchtung Ausdruck, Deutschland könnte, beispielsweise im Falle eines Krieges zwischen Polen und der Sowjetunion, zum Kriegsschauplatz werden, wenn Frankreich die Absicht haben sollte, seine Truppen zur Unterstützung Polens zu entsenden, die nur durch deutsches Gebiet marschieren könnten. Indem Deutschland gegen den Artikel 16 Einspruch erhebt, hat es natürlich nicht die Interessen der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sondern die eigenen Interessen im Auge, denn eine Stärkung Polens ist vor allem Deutschland selber nicht erwünscht, und — was die Hauptsache ist — wenn französische Truppen erneut deutschen Boden besetzt haben werden, ist es sehr unbestimmt, ob sie wieder abrücken und, falls sie es tun, wann das geschehen wird.

Wir werden nicht ausführlich bei dem weiteren Stadium der Unterhandlungen verweilen. Auf die deutsche Note erfolgte eine neue französische Antwort, in der die französische Regierung die von ihr hervorgehobenen Positionen aufrechterhält, nicht ohne ihrer Befriedigung über den „pazifistischen“ Geist Ausdruck zu geben, „von dem die deutsche Note durchdrungen sei.“ Gleichzeitig machte die französische Regierung der deutschen den Vorschlag, die Frage zur weiteren Durchberatung einer Sachverständigenkommission zu überweisen, die denn auch in London zusammentrat. Nach

Abschluß der Arbeiten der Sachverständigenkommission sollte eine Konferenz einberufen werden, auf der die Minister der interessierten Länder sich hinsichtlich der Differenzen verständigen sollten, die noch zwischen den Verbündeten und Deutschland bestanden. Auf diese Weise glitt Deutschland bis Locarno herab.

Bereits in diesem Stadium der Verhandlungen tauchte die Frage auf, wer der Betrüger und wer der Betrogene war. Es wäre falsch, wollte man über Gewinn oder Verlust eines jeden an diesen Verhandlungen beteiligten Staates auf Grund der algebraischen Formeln urteilen, die die Vertragsartikel darstellen. Obgleich sie im allgemeinen eine gewisse Vorstellung von den Verlusten bzw. Gewinnen geben können, ersieht man ihre wahre Bedeutung erst dann, wenn man sie im Zusammenhang mit den Zielen betrachtet, die jeder dieser Staaten verfolgte und von denen in den Verträgen natürlich mit keinem Wort die Rede ist, sowie an Hand der Veränderungen, die sie in den internationalen Beziehungen bewirken. Der Umstand z. B., daß Deutschland gegenüber Frankreich für ewige Zeiten die Innehaltung der Rheingrenze garantiert, während es mit Polen und der Tschechoslowakei nur Schiedsverträge abschließt, schafft bereits eine Ungleichheit zwischen Frankreich und seinen östlichen Verbündeten. Schon allein hierdurch werden die Bündnisfäden gelockert, die zwischen ihnen bestanden. Das bedeutet natürlich nicht eine Isolierung Polens und der Tschechoslowakei; aber dieser Umstand schafft bereits eine gewisse Voraussetzung für eine solche Isolierung. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die englische Weigerung, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu gewährleisten, als Niederlage der französischen Diplomatie und als eine noch größere Niederlage der Diplomatie Polens und der Tschechoslowakei bewertet wurde. Im Osten wurde Deutschland eine größere Handlungsfreiheit eingeräumt als im Westen. Diese Handlungsfreiheit wurde sofort in die Sprache territorialer und sonstiger Kompensationen übertragen, die Deutschland auf Kosten seiner weniger gesicherten östlichen Nachbarn erhalten könnte. In den diplomatischen Kanzleien und in den Zeitungen begann man davon zu reden, daß für Deutschland die Möglichkeit geschaffen wird, den Danziger Korridor zurückzuerhalten. Um für Polen eine Kompensation zu schaffen, das auf diese Weise den Zugang zum Meere verliert, wurde ihm eingeredet, es könnte Memel besetzen. Größere Optimisten in Polen begannen von der Möglichkeit für Polen zu reden, ganz Litauen zum Ausgleich zu erhalten. Es fanden sich endlich auch solche, die da sagten, Polen könnte sich auf Kosten von Weißrußland und der Ukraine einen Ausgleich verschaffen.

Wir haben bereits die entscheidende Rolle betont, die bei allen diesen Unterhandlungen England gespielt hat. Die französische Presse hat bereits seit Jahren auf Lord d'Abernon, den englischen Botschafter in Berlin, als den eigentlichen Inspirator der deutschen Außenpolitik hingewiesen. Nicht nur Frankreich gegenüber, sondern auch in bezug auf viele andere Fragen unternimmt das deutsche Außenministerium keinerlei Schritte, ohne sich zuvor mit Lord d'Abernon beraten zu haben. Nach anderen in den Zeitungen aufgetauchten Berichten ging sogar die ursprüngliche Idee des Abschlusses eines Garantiepaktes nicht von England, sondern von Amerika aus; als Inspirator des ersten, von Cuno im Dezember 1922 bereits gemachten Angebots gilt der damalige amerikanische Botschafter in Berlin, Houston,

der gegenwärtig Botschafter in London ist. Selbst wenn diese Gerüchte nicht der Wirklichkeit entsprechen sollten, haben sie doch eine gewisse Grundlage, da Amerika unzweifelhaft an einer Stabilisierung des europäischen Kapitalismus interessiert ist. Hier ist nicht nur von einer Interessiertheit der amerikanischen Industrie an dem europäischen Markte die Rede. Ein noch entscheidender Faktor ist die Interessiertheit des amerikanischen Finanzkapitals und der amerikanischen Regierung an den europäischen Dingen. Die verbündeten Staaten — England, Frankreich, Italien, die kleine Entente usw. — schulden Amerika über zehn Milliarden Dollar, ohne die Zinsen. Amerika wird weder Zinsen noch eine Tilgung dieser kolossalen Schulden erlangen, wenn der europäische staatliche Apparat nicht ohne Störungen arbeiten wird. Nach dem Kriege, als die Valuta in allen europäischen Staaten und im besonderen in Deutschland und Österreich fast auf Null sank, erwarb das amerikanische Kapital in Europa eine gewaltige Menge mobilen und immobilien Besitze, von alten herzoglichen Schlössern und Museumsraritäten bis zu den Aktien erstklassiger Industrie-, Transport- und sonstiger europäischer Firmen. Später erhielt Amerika durch den Dawesplan die Möglichkeit, die gesamte deutsche Wirtschaft zu verwalten. Bekanntlich ist eine „Dawesierung“ Europas und womöglich der ganzen Welt das Ideal des amerikanischen Kapitals. Der Dawesplan kann jedoch nicht verwirklicht werden ohne entsprechende politische Voraussetzungen. Hieraus ergibt sich auch das Bestreben der Vereinigten Staaten, die Bewaffnung zu beschränken, die Reibungen zwischen den kapitalistischen Staaten zu beseitigen, damit sie arbeiten können und an die Amerikaner zahlen. Hieraus ergibt sich auch der grenzenlose Haß der Vereinigten Staaten gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, und im besonderen gegen die Kommunistische Partei, obgleich die Vereinigten Staaten infolge ihrer inneren und internationalen Lage nicht unmittelbar durch die Revolution bedroht sind. Amerika hatte aber keine Veranlassung, aktiv hervorzutreten, Verpflichtungen zu übernehmen, wo es hinter den Kulissen bleiben und trotzdem seine Politik durchführen konnte.

Die Interessen der Vereinigten Staaten stoßen auf die Interessen Englands, das sich allen Ernstes daran macht, die Rolle eines Kräftesammlers des internationalen Kapitalismus zu übernehmen. Die Stabilisierung des europäischen Kapitalismus wurde gleichfalls eines der Dogmen der englischen Politik. Bis zum Kriege war England auf seine glänzende Isolierung („splendid isolation“) stolz; es hütete sich, an irgendwelchen Bündnissen teilzunehmen. Nach dem Krimkriege kannte die Geschichte nur ein militärisches Bündnis Englands — das war der Bund mit Japan, der 1922 gleichfalls gelöst wurde. England hatte die „Entente cordiale“ mit Frankreich und Rußland, die zum imperialistischen Kriege führte, ein formelles Militärbündnis dagegen hatte es nicht. Bis zum letzten Augenblick bewahrte sich England seine Freiheit des Handelns, was bekanntlich als eine der Kriegsursachen gilt, denn hätte Deutschland genau gewußt, daß England auf seiten Rußlands und Frankreichs sein würde, so hätte es kaum gewagt, sich in das wahnwitzige Abenteuer zu stürzen. Nach dem Kriege änderte sich die Lage Englands. Obgleich England in militärischer Hinsicht als Sieger hervorging, indem es neue Gebiete an sich riß, die deutsche Kriegs- und Handelsflotte vernichtete usw., endete der Krieg für England wirtschaftlich und politisch mit einer Niederlage. Einerseits verlor England seine Vorherrschaft als kapitalistischer



Staat, die auf die Vereinigten Staaten übergang, andererseits brachten der Krieg und die Oktoberrevolution Englands Kolonialreich ins Wanken. Es hat Wind gesät, und es erntet Sturm. In Asien und Afrika sah England sich vor eine nationale und revolutionäre Bewegung gestellt, in Australien, Kanada und Südamerika stand es dem Streben der Dominions nach Unabhängigkeit gegenüber; in Europa und Asien stößt es auf die Sowjetunion, die die moralische Stütze der nationalen Erneuerung der asiatischen Völker bildet. Nachdem England den Vertrag mit Japan zerrissen hatte (da es zwischen Japan und Amerika wählen mußte), stand es vor der japanischen Gefahr. Auf diese Weise wurden die Grundlagen des großbritannischen Reiches erschüttert. Vor dem Kriege sagte man, Rußland wäre ein Koloß auf tönernen Füßen; als ein solcher erweist sich jetzt das britische Reich. Die ganze politische Literatur Englands nach dem Kriege ist vom größten Pessimismus hinsichtlich der Zukunft durchdrungen, und eins der Prinzipien, auf das die englische Regierung in erster Linie verzichten mußte, war das Prinzip der „splendid isolation“. Wir könnten hier Artikel anführen aus englischen Zeitschriften, im besonderen aus der „Fortnightly Review“, die offensichtlich vom Außenministerium inspiriert waren und in denen die „splendid isolation“ einer vernichtenden Kritik unterzogen wird. England, das früher vielen als Stütze diente, braucht jetzt selbst eine solche. Es muß seine Flotte, seine militärischen Kräfte kriegsbereit halten, um sie dorthin zu senden, wo ihm Gefahr droht, der taktischen Regel getreu, die Kräfte nicht für nebensächliche Zwecke zu vergeuden.

Man braucht in Europa den Frieden, um mit Aussicht auf Erfolg im Osten Krieg führen zu können, wobei der Osten nicht mit dem kaukasischen Gebirge, sondern mit den Grenzen Sowjetrußlands beginnt. Das gleiche ist notwendig, damit man mit Aussicht auf Erfolg im eigenen Lande den Kampf gegen die Arbeiterklasse führen kann. Der englische Kapitalismus kann seine Macht nur um den Preis seines Sieges über den revolutionären Osten und über das englische Proletariat erhalten. Der mit Hilfe des bekannten gefälschten Sinowjewbriefes zur Macht gelangten jetzigen englischen konservativen Regierung fiel die Aufgabe zu, der englischen Arbeiterklasse den Zaum anzulegen. Abbau der Löhne, Verlängerung des Arbeitstages und, als Vorbedingung hierzu, Zertrümmerung oder Schwächung der Gewerkschaften — das ist es, woran jeder Bankier und Industrielle denkt, der seine Stimme für die Konservative Partei abgibt. Die wirtschaftliche Literatur in England mit Einschluß jener Reden, die der liberale Volkswirtschaftler Keynes in England gehalten hat, ist eben von diesem Geiste durchdrungen. Diese Aufgabe erwies sich jedoch als nicht leicht. Der auf persönliche Initiative von Deputierten des Parlaments unternommene Versuch, den Gewerkschaften die materielle Unterstützung der Arbeiterpartei zu verbieten, scheiterte. Der von den Bergbauindustriellen unternommene Versuch, den Arbeitslohn der Bergarbeiter zu verringern und den Arbeitstag zu verlängern, erlitt den gleichen Mißerfolg gegenüber dem entschlossenen Willen der Arbeiterklasse, ihre Interessen selbst mit Hilfe eines Generalstreiks zu verteidigen. Die Regierung Baldwin sah sich sogar genötigt, die Montanindustriellen aus staatlichen Mitteln dafür zu entschädigen, daß sie, nach ihren Berechnungen, durch die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse Schaden leiden. Es wäre jedoch der größte Fehler, hieraus zu folgern, daß die englische

Bourgeoisie auf ihre Absichten, der Arbeiterklasse eine entscheidende Schlacht zu liefern, verzichtet habe. Die Arbeiterführer erwarten, wie dies aus der erst ganz vor kurzem abgegebenen Erklärung des ehemaligen Ministers für Gesundheitswesen, Wheatley, eines Vertreters des linken Flügels, hervorgeht, daß das nächste oder sogar das Ende dieses Jahres durch die erbittertsten wirtschaftlichen Konflikte gekennzeichnet sein wird, die durch Aussperrungen und Streiks, d. h. außerhalb des Parlaments, ihre Lösung finden werden. Wheatley fürchtet sich nicht einmal, vorauszusagen, „daß durch den Fehler der Regierung und der Industriellen“ hieraus ein richtiger Bürgerkrieg entstehen könnte. „Man ist gewohnt zu glauben,“ sagt er,

„daß die englische Regierung sich den Konflikten gegenüber objektiv verhält. Dies war jedoch nur so lange richtig, bis Hicks Innenminister wurde. Er ist ohne Zweifel ein englischer Mussolini, und in bezug auf ihn läßt sich nicht bezweifeln, daß er England in den Wirtschaftskrieg hineinziehen wird. Er hat sich demaskiert, er ist nicht mehr Mitglied eines neutralen Kabinetts, das den Wunsch hat, ein objektiver Vermittler zwischen den Arbeitern und den Besitzern zu sein. Wir sind zum erstenmal Zeugen in der Geschichte Englands, wie eine von der Regierung unterstützte Streikbrecherorganisation gebildet wird, denn es ist offensichtlich, daß Hicks sich auf die Autorität des gesamten Kabinetts stützte. Wir sahen uns unerwartet in einer Situation, wo die Zentral- und Orts Gewalt offen zur Waffe des Kapitalismus wird und die Arbeitermassen des Landes terrorisiert.“

Eine Bestätigung der Voraussage Wheatleys lieferte die Konferenz der Konservativen Partei in Brighton, die einstimmig den Vorschlag ihres zweiten Vorsitzenden Nordan annahm, ein Gesetz herauszugeben, das jede auf die Entfesselung der Leidenschaften, die Arbeitsniederlegung in öffentlichen Unternehmungen u. a. m. hinzielende Propaganda unter Strafe stellt. Wie stark bei den englischen Kapitalisten der Wunsch ist, der Arbeiterklasse eine entscheidende Schlacht zu liefern, ergibt der Umstand, daß sie selbst sich ziemlich passiv gegenüber der tiefgehenden industriellen Krise in England verhalten, in der Annahme, daß eine Verschärfung dieser Krise in erster Linie die Arbeiterklasse und erst hinterher die Kapitalisten schwächt. In den wirtschaftlichen Verhältnissen Englands haben wir es jetzt mit einer Erscheinung zu tun, die man als Defaitismus bezeichnen kann — die Bereitschaft, sich für eine gewisse Spanne Zeit auf dem Gebiete des Handels mit einer Niederlage abzufinden, um gegen die Arbeiterklasse einen um so erfolgreicher Schlag führen zu können.

Es ist symptomatisch, daß der Appell zum entscheidenden Kampf gegen die Arbeiterklasse, der vor einigen Tagen auf dem Kongreß der Konservativen Partei in Brighton laut wurde, gerade mit den Unterhaltungen über den Garantiepakt zusammenfällt. Dieser Umstand hilft den wahren sozialen Sinn dieses Paktes dechiffrieren als eine Waffe nicht nur gegen die Sowjetunion und den revolutionären Osten, sondern auch gegen die englische Arbeiterklasse.

Das Antikommunistengesetz ist die natürliche Ergänzung des Garantiepaktes, und der in die Sprache der Diplomatie übertragene Garantiepakt bildet eine gegen das Proletariat gerichtete Kampf Waffe.

Seine Gefühle gegen die Sowjetunion verbirgt der englische Imperialismus nicht, wobei hier natürlich nicht nur davon die Rede ist, was in der konservativen Presse geschrieben wird, nicht einmal nur davon, was die unverantwortlichen Mitglieder des Unter- und Oberhauses und sogar Minister von der

Art eines Hicks, Birkenhead und Churchill reden, sondern von jenen Erklärungen, die der englische Außenminister Chamberlain abgibt. Dank der Veröffentlichung eines geheimen Memorandums Chamberlains an die französische Regierung, an dessen Echtheit nicht der geringste Zweifel möglich ist, in der New Yorker Zeitung „New World“ vom 10. Mai, können wir die wahren Ziele erkennen, die die englische Regierung bei Abschluß des Garantiepaktes verfolgt:

„Das russische Problem — diese ständige, obzwar formlose Bedrohung — kann hier nur als Problem angedeutet werden. Es ist unmöglich vor auszusehen, welche Folgen die Entwicklung Rußlands für die künftige Stabilisierung Europas haben wird. Einerseits ist es richtig, daß das Gefühl der Unsicherheit, das die Gesundheit Westeuropas unterhöhlt, in hohem Maße durch das Verschwinden Rußlands als Faktor, der im europäischen Konzert mitzählte, hervorgerufen ist. Andererseits ist das russische Problem gegenwärtig eher ein asiatisches als ein europäisches Problem. Morgen wird Rußland vielleicht wieder in der Bilanz der europäischen Kräfte erscheinen; vorläufig jedoch hängt es als drohende Wolke über dem östlichen Horizont Europas. Rußland bildet somit in gewissem Sinne keinen Faktor der Stabilität. In der Tat ist es das drohendste Element, und die Sicherheitspolitik muß trotz Rußland und vielleicht gerade wegen Rußland vorgezeichnet werden.“

An einer anderen Stelle formuliert Chamberlain noch genauer seinen Gedanken, wenn er sagt, daß man die Schaffung eines Blocks zwischen der Sowjetunion und Deutschland verhindern müsse; dies ist natürlich möglich, wenn Deutschland in die englisch-französische Gruppierung einbezogen werden wird. Es ist richtig, daß der Rapollovertrag, der eher ein Symbol war, für Deutschland kein ernstes Hindernis bildete, sich dann und wann jenseits der Barrikade zu begeben und gemeinsam mit unseren Gegnern gegen uns aufzutreten. Er hat nicht den Konflikt verhindert, den die deutsche Regierung im Zusammenhang mit der Haussuchung in der Berliner Handelsvertretung angezettelt hatte; er hat nicht den Feldzug verhindert, der in der Presse und in deutschen diplomatischen Kreisen geführt wurde, um die Unterhandlungen mit Macdonald zum Scheitern zu bringen und die Bemühungen Sowjetrußlands zu verhindern, an der Londoner Börse eine Anleihe unterzubringen. Deutschland hat in seiner Außenpolitik hauptsächlich nicht mit uns, sondern mit England beratschlagt. Mit unserer internationalen und wirtschaftlichen Festigung jedoch würde auch unsere Stütze für Deutschland eine realere Basis bilden; der Rapollovertrag könnte zum Ausgangspunkt einer entschlossenen Orientierung Deutschlands auf uns werden. England mußte das verhindern. Die moralische Diktatur, in der es sich in Berlin übte, regelte es formell, indem es Deutschland formal an seine Politik kettete.

Es ist in der englischen Politik noch ein anderes Motiv zu vermerken, das sie zum Abschluß des Garantiepaktes drängt. Angesichts der Krise, die die englische Industrie und der englische Handel überhaupt durchmachen, ist eine finanzielle und politische Stabilisierung Europas für die wirtschaftliche Wiederherstellung und Entwicklung von England selbst notwendig. Das Sinken der Valuta in Frankreich und Italien ist für England unvorteilhaft, genau so, wie die Differenz zwischen dem englischen Pfund und dem amerikanischen Dollar für Amerika nicht vorteilhaft war. Länder mit einer niedrigen Valuta befinden sich in besseren Konkurrenzverhältnissen. Ebenso wie Amerika die Wiederherstellung des Goldstandards in England anstrebte, ist England an der Wiederherstellung des Goldstandards in Frankreich und

Italien interessiert. Dies ist jedoch nur möglich, erstens, wenn die Frage der Kriegsschulden gelöst sein wird, und zweitens, wenn eine stabile politische Lage geschaffen sein wird. Indem man dieser Erwägung die gebührende Beachtung schenkt, muß man jedoch betonen, daß sie für England nicht entscheidend ist. Der Garantiepakt ist für England in erster Linie und hauptsächlich die Vorbedingung für eine internationale und innere politische Festigung des englischen Kapitalismus.

Die Hauptursache, die die französische Regierung zum Abschluß eines Garantiepaktes gedrängt hat, ist dagegen ohne Zweifel der Einfluß der New Yorker und Londoner Börsen. Die Frage, die in Frankreich vor allen anderen Fragen vorherrscht, ist gegenwärtig die Finanzfrage. Ohne Regelung dieser Frage droht Frankreich eine wahre Katastrophe. Die Zinsen für die Staatsschulden belaufen sich auf über die Hälfte des französischen Ausgabenetats. Außerdem hat der französische Staat allein in diesem Jahre für mehr als 20 Milliarden Franken kurzfristige Verbindlichkeiten des Fiskus einzulösen. Die mit einem solchen Pomp angekündigte innere Staatsanleihe, für die nicht nur in der Presse, sondern auch in den katholischen Kirchen, den protestantischen Bethäusern und jüdischen Synagogen eifrig Propaganda gemacht wurde, für die in der Presse und durch Radio die Führer aller französischen politischen Parteien agitiert hatten und von der Caillaux als Ergebnis 30 Milliarden Papierfranken zu erzielen erhoffte, hat Fiasko erlitten. Die Anleihe wird im besten Falle, trotz Verlängerung der Zeichnungsfrist, kaum 10 Milliarden, d. h. ein Drittel dessen ergeben, was man erwartet hatte. Es ist Frankreich gelungen, seine Schuld an England zu regeln durch Übernahme der Verpflichtung, im Laufe von 62 Jahren jährlich an Zinsen und Amortisation 12 Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Der Versuch jedoch, die Schulden Amerika gegenüber zu regeln, ist mißlungen. Amerika hat nur eine provisorische Vereinbarung getroffen für die Dauer von fünf Jahren, in welcher Zeit Frankreich an Amerika jährlich 8 Millionen Pfund Sterling zahlen wird, worauf die Frage der Regelung der Schulden erneut auftauchen wird. Da die Regelung der Schulden in England gleichfalls im Zusammenhang mit der Regelung der Schulden in Amerika stand, ist auch die in London zwischen Caillaux und Churchill getroffene Vereinbarung eine provisorische. Das Ergebnis aller Unterhandlungen, die Caillaux in London und Washington geführt hat, ist, daß im französischen Etat vom nächsten Jahre ab eine neue Ausgabe in Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling, d. h. von mehr als 2 Milliarden französische Franken vorgesehen werden muß. Die Hoffnungen Frankreichs sind jetzt auf die französische Anleihe gerichtet und vielleicht auch auf den englischen Kredit; aber ohne Garantiepakt wollen weder Amerika noch England Frankreich helfen.

Natürlich hat neben diesem Umstand der Wunsch der französischen Regierung keine geringe Rolle gespielt, einen Garantiepakt abzuschließen, selbst um den Preis einer Abkühlung und Schwächung des Bündnisses mit Polen, selbst um den Preis seiner Unterordnung unter die Außenpolitik Englands, ein Wunsch, der auch durch jenen tiefen Abscheu diktiert ist, den die breiten französischen Massen — nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern und das Kleinbürgertum — jedem neuen Kriege gegenüber empfinden. Es ist dies jetzt während des Krieges in Marokko und Syrien zum Ausdruck gekommen, wohin die französische Regierung bemüht ist, vor-

nehmlich farbige Truppen zu entsenden. Sie hat nicht einmal gewagt, die Soldaten, deren Demobilmachung bevorstand, in den Kasernen zurückzuhalten. Für ein radikales Kabinett ist eine pazifistische Politik das Mittel, sich die Gefolgschaft der Bauernschaft und des Kleinbürgertums zu bewahren.

Was Deutschland anbelangt, so scheinen für seine Politik die Erwägungen äußerer und innerer, politischer und wirtschaftlicher Natur gleichermaßen entscheidend zu sein. Deutschland hofft, daß es bei Abschluß des Garantiepaktes eine große Handlungsfreiheit erzielen wird. Einige deutsche Politiker versichern sogar, daß der Abschluß des Garantiepaktes Deutschland unabhängiger von England machen und die Annäherung an Frankreich erleichtern würde. Sie weisen, vielleicht nicht ohne Grund, auf den Umstand hin, daß der größte Einfluß Englands auf Deutschland zeitlich mit der größten Zuspitzung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zusammenfiel, wie dies u. a. während der Okkupation des Ruhrgebiets der Fall war. Die an sich zutreffende Bemerkung beseitigt jedoch nicht den Umstand, daß der Antagonismus zwischen Deutschland und Frankreich ungleich größer ist als der Antagonismus zwischen Deutschland und England, und daß, wenn Deutschland in dieser neuen Gruppierung mitunter mit Frankreich gegen England wird gehen können, das Umgekehrte viel häufiger der Fall sein wird. So oder anders, Deutschland setzt voraus, daß der Garantiepakt, der Beitritt zum Völkerbund Deutschland gestatten werde, indem er ihm seitens Frankreichs eine wohlwollendere Politik sichert, sich der Besserung seiner internationalen Lage nach anderen Richtungen hin zuzuwenden. Die deutschen Nationalisten träumen bereits davon, daß sie in der nächsten Zeit imstande sein würden, solche Aufgaben, wie Rückgabe der in den Besitz der Verbündeten übergegangenen deutschen Kolonien, Anschluß Österreichs, Besserung der Lage der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, Jugoslawien und Rumänien und, als eine zunächst noch weiter liegende Aufgabe, Rückgabe des Danziger Korridors, in positivem Sinne zu lösen. Inwieweit diese Träume real sind, wird die nächste Zukunft lehren. Im großen und ganzen jedoch sieht die nationalistische Partei Deutschlands im Garantiepakt eine Niederlage der deutschen Diplomatie. Es wird bereits die Vermutung ausgesprochen, daß Stresemann als der verantwortliche Hauptverfasser des Garantiepaktes bald aus dem Auswärtigen Amte würde ausscheiden müssen, und daß der Garantiepakt den Ausgangspunkt für eine Stärkung nicht der linken, sondern der rechten bürgerlichen Parteien bilden würde. Stresemann wird in ihren Reihen bald dieselbe Popularität genießen wie seinerzeit Rathenau.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Erwägungen, die eine nicht geringe Rolle in der Politik Deutschlands gespielt haben, laufen auf die Notwendigkeit hinaus, in Amerika und England Kredite zu erhalten. Es ist bekannt, welche schwere Krise die deutsche Industrie durchmacht, hauptsächlich wegen des Mangels an Betriebsmitteln. Der Zusammenbruch des Stinneskonzerns, die großen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich andere kapitalistische Industriegruppen befinden, die große passive Handelsbilanz Deutschlands (obgleich der begründete Verdacht besteht, daß diese Handelsbilanz der Wirklichkeit nicht entspricht, und daß sie einen politischen Trick darstellt) haben in der Initiative Deutschlands keine geringe Rolle gespielt.



So oder anders, Deutschland hat entschlossen und für lange Zeit eine neue Orientierung getroffen.

Daß Deutschland die französisch-englischen Bedingungen annehmen würde, wurde von niemand bezweifelt. Durch Verschleppung der Verhandlungen verfolgte Deutschland nur das eine Ziel — seinen Preis zu erhöhen. Die Schwierigkeiten, die die deutschen Nationalisten ihrer Regierung machten, liefen objektiv auf dasselbe hinaus. Die deutsche Regierung hoffte u. a. eine Befriedigung in den sogenannten „untergeordneten Fragen“ zu erreichen, d. h. die schleunige Befreiung der Kölner Zone, eine Kürzung der Okkupationszeit für die übrigen rheinischen Gebiete, die Rückgabe, wenn nicht aller, so doch zum mindesten eines Teiles der früheren deutschen Kolonien (man sprach davon, daß England dies bereits zugesagt hätte), die Beseitigung der Entente-Kontrollkommission, gleichzeitig mit einigen Abschwächungen des Entwaffnungsregimes, das Recht, Flugzeuge von größerer Leistungsfähigkeit zu bauen (auf Grund des Versailler Vertrages ist Deutschland nicht berechtigt, Flugzeuge zu bauen, die sich dem Typ der Militärflugzeuge nähern) u. a. m. Aus dem Verlauf der Unterhandlungen in Locarno ist jedoch ersichtlich, daß es den deutschen Delegierten nicht gelungen ist, das „untergeordnete“ Programm durchzuführen.

Auf die Kritik, die in der Sowjetpresse an Deutschland geübt wurde, daß es den Rapollovertrag löse, daß es in das Lager der Feinde der Sowjetunion abschwänke, antworteten die deutschen offiziellen Kreise, daß Deutschland seiner Freundschaft zu der USSR treu bleibe. Wir glauben gern, daß Deutschland die Stütze nicht zu verlieren wünscht, die es in der USSR haben kann. Die Unterzeichnung des Handelsvertrages, die kürzlich erfolgte, die Gewährung eines kurzfristigen Handelskredits von 100 Millionen für die Sowjetindustrie bestätigen scheinbar die Absichten Deutschlands, auch weiterhin die in Rapollo geweihte Politik fortzusetzen. Dies wird jedoch nicht von Deutschland selbst, sondern von seinen neuen Kompagnons abhängen. Jene erklären jedoch unzweideutig, wie kürzlich der Offiziosus des französischen Außenministeriums, der „Temps“, schrieb, daß für Deutschland der Zeitpunkt gekommen sei, zu wählen: „entweder mit uns oder gegen uns“. In der Praxis gibt es natürlich in den zwischenstaatlichen Beziehungen nichts Absolutes. Der Antagonismus und die Verschiedenartigkeit der Interessen sind so groß, daß man von vornherein eine Situation für ausgeschlossen halten muß, in der die Richtlinien der Politik aller Staaten, selbst der am engsten miteinander verbündeten, voll und ganz zusammenfallen. Das gleiche kann man auch von der Richtlinie der Politik der neuen Gruppierung sagen. In bestimmten Interessensphären werden sie einander zuwiderlaufen; solche Fragen jedoch wie die der kommunistischen Propaganda, der Arbeiterbewegung, der Schulden und der Nationalisierung des Privateigentums werden die gemeinsame Plattform bilden, die mehr als einmal Deutschland mit den anderen kapitalistischen Staaten gegen uns verbünden wird.

Andererseits wird Deutschland, wenn ihm ein Teil seiner Kolonien zurückgegeben werden sollte, in die Kolonialpolitik der imperialistischen Staaten hineingezogen werden (wenn England sich bereit erklärt haben sollte, Deutschland in dieser Frage behilflich zu sein, so nur aus diesen Erwägungen heraus) und wird zusammen mit ihnen eine Einheitsfront gegen den

revolutionären Osten und gegen die USSR bilden. Es bleibt die verhältnismäßig enge Sphäre reiner Handelsinteressen übrig, wo Deutschland interessiert sein wird, seine Freundschaft mit der Sowjetunion zu festigen.

Man darf sich nicht verheimlichen, daß die neue internationale Gruppierung die Isolierung des Sowjetstaates in der kapitalistischen Welt verschärft. Überhaupt ist die USSR als revolutionärer Staat gezwungen, die Politik der „splendid isolation“ zu praktizieren, allerdings von etwas anderen Motiven ausgehend als England, als es vor dem Kriege der einzige Vertreter dieser Politik war.

Wenn die Sowjetmacht während der Intervention und des Bürgerkrieges ihre Existenz aufrechterhalten und ihren Staat gefestigt hat, so ist dies jetzt, wo die politische, militärische und wirtschaftliche Macht der Sowjetunion sowohl in Europa als auch in Asien zu spüren ist, um so eher möglich. Schließlich ist der kapitalistische Block kein Monolit. Die sogenannte Stabilisierung wird nach Beseitigung etwaiger scharfer Zusammenstöße zwischen den kapitalistischen Staaten ihre Sonderinteressen noch schärfer zum Ausdruck bringen. Der Endkampf um den Weltmarkt, der nunmehr auf die Tagesordnung kommen wird, wird die Konkurrenz und den Antagonismus zwischen ihnen noch mehr verstärken. Das gleiche gilt auf dem Gebiete der politischen Fragen. Der Rheinpakt und die sonstigen Verträge werden „im Rahmen des Versailler Vertrages“ geschlossen. Mit anderen Worten, um Deutschland werden immer stärker die Ketten angezogen, in Form von territorialen Amputationen, Reparationsschulden, Beschränkungen für die Bewaffnung usw., die seine Existenz und Entwicklung bedrücken. Die gleichen Weltprobleme, die durch die Vergewaltigungsverträge aufgerollt worden waren — nicht nur durch den Versailler, sondern auch durch die anderen —, bleiben ungelöst. Der Garantiepakt ist nicht einmal die Reparatur des morschen Gebäudes des europäischen Gleichgewichtes, sondern bloß eine dünne Kalkschicht an seinen schmutzigen Wänden. Gleichzeitig ist er ein neuer Beweis für die Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, die internationalen Beziehungen auf dem festen Boden des Friedens zu errichten. Nicht Frieden, sondern eine Etappe auf dem Wege zu neuen Kriegen bedeutet die Konferenz in Locarno.

PS. Der Artikel war bereits abgeschlossen, als die Nachricht von dem erfolgreichen Abschluß der Konferenzarbeiten in Locarno eintraf. Aus den in den Zeitungen veröffentlichten bruchstückartigen Telegrammen ist zu entnehmen, daß der Rheinpakt in der Form unterzeichnet worden ist, wie ihn die Verbündeten vorgeschlagen hatten. Deutschland war gezwungen, zu kapitulieren und sich in bezug auf den Artikel 16 mit einzelnen, einseitigen „gentlemanliken“ Erklärungen abzufinden, daß angesichts seiner besonderen Lage die Verbündeten bei Erfüllung der Verpflichtungen des Artikels 16 durch Deutschland nachsichtiger sein würden. Die Schiedsverträge zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich wurden gleichfalls in der Gestalt angenommen, in der sie im ursprünglichen französischen Angebot abgefaßt waren. In den Schiedsverträgen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und Polen tritt Frankreich formell nicht als Garant auf, hat aber ein Sonderabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei unter-

zeichnet, in dem es sich als einen solchen Garanten bekennt. Was die „untergeordneten“ Forderungen Deutschlands anbelangt, so sind sie, soweit man nach den vorliegenden Nachrichten urteilen kann, glatt abgelehnt worden. Trotzdem sind alle zufrieden; die englische, französische und deutsche Presse triumphiert; alle freuen sich. Man darf jedoch das französische Sprichwort nicht vergessen: „Gut lacht, wer zuletzt lacht!“

A. MARTYNOW :  
 DER GRÖSSTE MANN IN DER  
 II. INTERNATIONALE

*1. Der Marseiller Kongreß und sein Held*

Die deutsche bürgerliche Zeitung „Montag Morgen“ schrieb in ihrer Nummer vom 31. August d. J. über den Marseiller Kongreß der II. Internationale:

„Es ist bedenklich charakteristisch für die Situation des Sozialismus, daß der Marseiller Kongreß der II. Internationale völlig resonanzlos verlief. Europa spricht über Briand, über Caillaux und Churchill, aber nicht über Marseille. Früher waren diese Konzile der sozialistischen Ökumene Ultimaten an die bürgerliche Welt. Unwillkürlich denkt man an den Stockholmer Kirchenkongreß, wo auch eine Reihe von Ohnmachten sich abmühten, durch Vereinigung eine Macht zu werden.

Was in Marseille vor sich ging, war kein Meeting begeisterter Revolutionäre, sondern ein Stelldichein abgeklärter Parteiexzellenzen, die neben der roten Kokarde auch noch eine zweite nationale tragen. Sie sind Routiniers des politischen Handwerks, reden klug und wohltemperiert, gleich weit entfernt vom Überschwang wie von bohrender Skepsis, und beherrschen weniger die Massen als vielmehr die Klaviatur der Parteibureaukratie.

Sie kämpfen zwischen zwei Feuern. Überall sind sie in den Kriegsjahren in den bürgerlichen Staat hineingewachsen, und überall schickt die bürgerliche Gesellschaft sich jetzt an, die Eindringlinge auf operativem Wege wieder zu entfernen. Der Marxist hat seine Schuldigkeit getan... Von links droht der Kommunismus. Ist es nicht ein trübes Symbol, daß kommunistische Arbeiter den Kongreß zu sprengen versuchten? Selbst wenn man die Moskauer Gefahr nicht überschätzen möchte, die Sozialdemokraten aller Länder stehen in der Defensive, eingeklemmt zwischen Mussolini und Sinowjew. Sie behaupten sich ziffernmäßig, aber werben nicht mehr und beeinflussen nicht mehr den Gang der Ereignisse. Der Sozialismus steht bereits ein wenig neben der Weltgeschichte... Die Exzellenzherren in Marseille haben vieles geredet und wahrscheinlich noch mehr beschlossen. Doch die Schicksalsfrage wurde nicht gestellt: wie der Sozialismus tatsächlich in der Entwicklung von heute steht... Es ist etwas Fatales um diese II. Internationale: obgleich jedes ihrer Glieder durch tausend an und für sich vielleicht notwendige Kompromisse gegangen ist, noch immer hält sie fest an Emblemen und dem Wortschatz von einst... Ihre Führer, gute Gouvernemente und Ministrable, spielen noch immer eine revolutionäre Terminologie aus, die sie in der Praxis hundertmal widerlegt sahen, und an die sie selbst nicht mehr glauben und nicht mehr glauben können.

Auch die alte Internationale ist ein Kriegsoffer geworden. Es gibt heute nur noch sozialistische Parteien mit sehr gegeneinanderlaufenden nationalen Einstellungen und Interessen, aber nicht eine große, sie alle bindende Macht. Was sich uns als die Internationale vorstellt, das gleicht einer verblühten Schönheit, die auf die Ansprüche von einst nicht verzichten kann.“

So versetzt ein Organ der undankbaren Bourgeoisie, die sich fester im Sattel fühlt, dem Lakaien einen Fußtritt, der ihr half, sich aufs Pferd zu schwingen. Die sozialdemokratischen Parteien sind jedoch nicht übelnehmerisch. Sie sind auch jetzt von dem Wunsche beseelt, ihrem lieben bürgerlichen Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Damit dies gelingt, müssen sie vor dem Proletariat eine würdigere, edlere Haltung annehmen. Zu diesem Zwecke hatte der Marseiller Kongreß zum Hauptreferenten Otto Bauer bestimmt. Ihm war der Auftrag erteilt worden, die Ent-

schließungen zu der brennendsten Frage, dem „Problem des Ostens“, zu formulieren. Sein Bericht wurde auf dem Kongreß nach den Berichten der sozialdemokratischen Presse mit angehaltenem Atem entgegengenommen und löste stürmischen Beifall aus. Er hat es allen rechtgemacht, er hat alle, sozusagen, auf seiner weisen und edlen Resolution vereinigt, und eine englische Zeitung bezeichnete ihn nach dem Marseiller Kongreß nach Verdienst als den größten Mann in der Internationale.

## 2. Woher kam er?

Der Held des Marseiller Kongresses Otto Bauer stammt aus der austromarxistischen Schule. Diese Schule, die sich lange vor dem Kriege herauskristallisiert hatte, vereinigte in sich die deutsche Neigung zum Theoretisieren mit dem Praktizismus, der Anpassungsfähigkeit und Verständigungsbereitschaft eines Kleinmaklers. Diese Schule war stolz darauf, daß sie sich nicht nur bemühte, die Marxsche Lehre auf die konkreten österreichischen Verhältnisse anzuwenden, sondern war auch bemüht, diese Lehre weiter zu entwickeln und sie so zu ergänzen, daß sie als theoretische Rechtfertigung für die völlige und dauernde Anpassung der österreichischen Sozialdemokratie an das faule österreichische Staatsgebilde, an den aus vielen Nationalitäten zusammengewürfelten Staat, der historisch zum Untergange bestimmt war, dienen konnte. Der Austromarxismus war ständig bestrebt, das Unfaßbare zu umfassen, das Unversöhnliche zu versöhnen, und war stolz darauf, als auf ein Zeugnis des tiefgründigsten Realismus und der größten Feinfühligkeit in den Lebensfragen.

Die Austromarxisten waren in der Gestalt Karl Renners bemüht, den Klassenkampf des Proletariats mit einer Unterstützung der übernationalen Macht der Habsburgischen Dynastie in Einklang zu bringen, und erzielten hierin solche Erfolge, daß der Kaiser von Österreich, der greise Franz Joseph, jeden Tag bei einer Tasse Tee die „Wiener Arbeiterzeitung“ las und in bezug auf sie äußerte: „Sie reden vernünftig, aber was wollen sie denn eigentlich von mir?“ Der Austromarxismus gab durch die Person Otto Bauers der nationalen Frage eine neue theoretische Begründung, derzufolge eine Nation nicht durch die Gemeinschaft der Sprache und die Gemeinschaft des Territoriums, sondern durch die Gemeinschaft der historischen Erlebnisse und der historischen Kultur bestimmt wird, woraus sich die Folgerung ergab, daß die alte marxistische Losung „das Recht der Nation auf Selbstbestimmung“ — im Sinne ihres Rechtes auf nationale Absonderung — durch das Recht der Nation auf eine kulturell-nationale Autonomie ersetzt werden muß. Das bedeutete, daß der Internationalismus zu einer Summe von Nationalismen werden müsse. Die Austromarxisten in der Person Fritz Adlers und anderer bekundeten ein feines Gefühl für die „letzten Worte“ der in Verfall befindlichen bürgerlichen Ideologie, sie bemühten sich eifrig, den historischen Materialismus von Marx mit dem „Realismus“ Ernst Machs in Einklang zu bringen. Die Austromarxisten sind in der Person von Max Adler auch jetzt bemüht, den historischen Materialismus von Marx mit Lassalles historischem Idealismus auszusöhnen als zwei Seiten der gleichen Gechichtsauffassung: Lassalles „moralisches Ziel der Gechichte als Bewegung zur Freiheit“ soll angeblich identisch sein mit der Marxschen „historischen, durch reale Verhältnisse bedingten Notwendigkeit“, da beiden Konzeptionen der



Begriff von der „sozial-praktischen Natur des Menschen“ zugrunde liege. Die Austromarxisten haben es sogar fertiggebracht, den Marxismus mit dem Freudismus in Einklang zu bringen.

Ein wahres Genie des Austromarxismus war jedoch der Begründer der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler, der alle und jeden in seiner Partei vereinigte, und der unter Heilighaltung der Tradition der marxistischen revolutionären Phraseologie in der Praxis seine Partei in einen typischen Sumpf verwandelte. Während in der französischen sozialistischen Welt der Kampf zwischen Jaurèsisten und Guesdeisten tobte, während in der deutschen Sozialdemokratie der Kampf zwischen den orthodoxen Marxisten und den Bernsteinianern ausgefochten wurde, herrschten in der österreichischen Sozialdemokratie Friede und Eintracht wie im Paradiese vor dem Sündenfalle Adams oder wie im Wiener Café. Indem die Austromarxisten sich zitternd an das österreichische Staatsgebilde klammerten, das keine Zukunft hatte, brachten sie den wechselnden Tagesbedürfnissen die große Zukunft des Proletariats zum Opfer, indem sie hinter den Ereignissen nachhinkten und mehr oder minder revolutionäre Methoden des Handelns anwendeten, wenn die Arbeitermassen elementar auf die Straße hinausdrängten, und indem sie in den äußersten Opportunismus verfielen, wenn der Wind nach rechts wehte. In dem einen wie in dem anderen Falle stürzten sie einmütig, die ganze Herde, unter Leitung ihres weisen Hirten Viktor Adler, bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung. Die politische Weisheit Adlers bestand darin, daß er die Aufzeichnungen des Barometers glänzend abzulesen verstand und stets und unentwegt mit dem Strom ging.

Solange die II. Internationale bergan marschierte, spielte die österreichische Sozialdemokratie in ihr keinerlei Rolle, aber es ist bezeichnend, als der Weltkrieg heranrückte und diese in ihrem Kern bereits verfaulte Internationale ihren Kopf verlor und hilflos der nahenden Ereignisse harnte als Folge der verschärften Gegensätze in der kapitalistischen Welt, da wurde dem weisen Vermittler Viktor Adler das Wort erteilt. Es ist bezeichnend, daß gerade auf dem Baseler Kongreß der II. Internationale, am Vorabend der Kriegserklärung, Viktor Adler der von allen anerkannte Kündler der Ansichten und . . . Ängste der II. Internationale wurde. Gerade er formulierte in Basel das Programm, in dem nur das eine fehlte: der Hinweis, wie die Internationale es verwirklichen würde.

Wie die II. Internationale als Ganzes dieses Programm in die Tat umgesetzt hat, ist bekannt; doch es verlohnt sich, daran zu erinnern, wie der Verfasser selbst, Viktor Adler, es bei sich zu Hause verwirklicht hat. „Die Furcht vor dem Siege des Zarats“, schreibt der Schüler Viktor Adlers, Otto Bauer, in seinem Buch „Die österreichische Revolution“\*

„packte alle Klassen des deutschösterreichischen Volkes, sie packte auch die deutschösterreichischen Arbeitermassen . . . In den ersten Kriegsmonaten stand die deutschösterreichische Sozialdemokratie völlig im Banne dieser Massenstimmung. Ohne Vorbehalt stellte sie sich an die Seite der Mittelmächte. Ohne Vorbehalt stellte sie ihren Einfluß auf die Massen in den Dienst der Kriegführung . . . Der Staatsgedanke hat über das Nationalitätenprinzip gesiegt, triumphierte damals Renner . . . Da er den übernationalen Staat“ als eine höhere, entwickeltere Staatsform betrachtete als den Nationalstaat, trat er, ganz im Sinne des habsburgischen Imperialismus, für die austropolnische

\* „Die österreichische Revolution“ von Otto Bauer. Wien, 1923.

Lösung der polnischen, für die großkroatische Lösung der jugoslawischen Frage ein, die deutsche Einheit suchte er, ganz den Plänen des hohenzollernschen Imperialismus entsprechend, in der mitteleuropäischen Zoll- und Schützengrabengemeinschaft... (S. 53/54.)

So schmähschlich benahm sich die österreichische Sozialdemokratie, als der Wind von rechts her wehte. Als jedoch nach der Februarrevolution von 1917 in Rußland die Stimmung der Massen in Österreich sich änderte, begann die österreichische Sozialdemokratie vorsichtig das Steuer zu wenden.

„Unter dem Drucke der sich wandelnden Massenstimmung hatte sich die Haltung der Partei zwar nur allmählich, nur schrittweise, aber vollständig verändert.“

erzählt uns Otto Bauer (S. 58). Als unter dem Einflusse der russischen Revolution, unter dem Einflusse der erstarkten nationalen Befreiungsbewegung der Polen, Kroaten und Tschechen die Träumereien von der Erhaltung der „übernationalen“ Macht der Habsburger und der Schaffung einer „mitteleuropäischen Zollgemeinschaft“ verblaßten, als „nicht nur in der Sozialdemokratie, auch in den Reihen der herrschenden Klassen schon eine tiefe Wandlung vollzogen“ worden war, als erneut „alter Gegensatz, in den ersten Kriegsjahren überbrückt“, wieder aufklaffte, „der Gegensatz zwischen dem Deutschland und dem Österreichertum“ wieder lebendig wurde, als in den „deutschösterreichischen Arbeitermassen die revolutionäre Gärung zu wachsen anfang“, als die österreichische Regierung geheime Verhandlungen über einen Separatfrieden zu führen begann, gab endlich auch die österreichische Partei, die hinter den Ereignissen her hinkte, durch den Mund des aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Otto Bauer eine Erklärung ab, in der die Partei vorsichtig andeutete, daß sie für die volle Selbstbestimmung der Nationalitäten des österreichisch-ungarischen Staates und für die Schaffung einer unabhängigen österreichischen Republik eintrete:

„Wir konnten also“, sagt Otto Bauer, „nicht offen von der Revolution sprechen, sondern mußten sie als vollen Sieg der Demokratie, als ‚Einberufung konstituierender Nationalversammlungen‘ umschreiben; wir konnten nicht offen die Auflösung Österreichs proklamieren, sondern sie nur umschreiben durch die Forderung, daß den Nationen nur diejenigen Angelegenheiten gemeinsam bleiben sollen, die sie durch freie Vereinbarung als gemeinsam feststellen.“ (S. 58 und 62.)

Otto Bauer schließt das Kapitel mit den Worten:

„Unter der weisen Führung Viktor Adlers, Seitz' und Austerlitz' hat die Mehrheit der Partei ihre Auffassungen, die sich verändernde historische Situation erkennend, allmählich berichtigt, ihre Haltung der sich wandelnden Stimmung der Massen allmählich angepaßt, den Gegensatz, der Linke und Rechte schied, allmählich aufgelöst. Der ganze Verlauf der Revolution ist wesentlich dadurch bestimmt worden, daß die Partei als einheitliche Kraft in die Revolution eintrat.“

Übertragen in die kräftige Sprache Lenins bedeutet dies, daß die österreichische Sozialdemokratie während des Krieges ein klassisches Musterbeispiel für das „Hinterherhinken“ bot. Ein treuer Schüler dieser austromarxistischen Schule war und blieb auch Otto Bauer.

### 3. Das „objektive“ Urteil Otto Bauers über die Oktoberrevolution

Bei Ausbruch der Februarrevolution in Rußland befand sich Otto Bauer daselbst als Kriegsgefangener. Im September 1917 kehrte er in die Heimat nach Österreich zurück und veröffentlichte dort im April 1920 sein Buch

„Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“\*, in dem der Verfasser eine Bewertung der Oktoberrevolution lieferte und auf Grund dieser Bewertung die Frage beantwortete, ob der bolschewistische revolutionäre Versuch in Westeuropa anwendbar wäre. Als wahrer Austromarxist, der nicht geneigt ist, mit irgend jemand zu streiten, verurteilte er nicht die Bolschewiki und anerkannte die Oktoberrevolution für Rußland im gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung als historische Notwendigkeit. Aber als wahrer Austromarxist, der sich feige den Umständen anpaßt, der sich bemüht, Hindernisse vorsichtig dort zu umgehen, wo sie gebrochen werden müssen, gelangt er auch in seinem Buche zu dem Schluß, daß die Methoden der Oktoberrevolution, die zeitweilig für Rußland zweckentsprechend sind, in Westeuropa absolut nicht anzuwenden seien.

Seine Feigheit durch revolutionäre Phraseologie verdeckend, schreibt der Verfasser in dem Vorwort zu seinem Buch:

„Rußland, ein Jahrhundert lang die Zitadelle der europäischen Konterrevolution, ist zum Schauplatz der gewaltigsten proletarischen Revolution geworden. Zum erstenmal hat das Proletariat die Herrschaft über einen großen Staat an sich gerissen. Zum erstenmal unternimmt es den Versuch, die kapitalistische Organisation der Gesellschaft zu zertrümmern und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Die kapitalistische Welt zittert . . . Mit Kanonen und Haubitzen, mit Maschinengewehren und Flammenwerfern, mit dem Golde, das die konterrevolutionären Armeen in Rußland wirbt, mit den Intrigen der Diplomatie, die die kleinen schwachen Nationen in den konterrevolutionären Ring hineinpreßt, mit dem Hungergürtel der Blockade, mit einer Flut von Druckerschwärze, von Entstellungen, Lügen, Verleumdungen führt die internationale Bourgeoisie ihren Krieg gegen die proletarische Revolution.

Desto stärker aber schlagen die Herzen der Proletarier aller Länder für das russische Proletariat. Unbeirrt durch den Lügenfeldzug der Bourgeoisie, jubeln die Arbeitermassen aller Nationen über die Siege der Sowjetrepublik.“

Es möchte scheinen, als könnte der Oktoberrevolution überhaupt kein besseres Zeugnis ausgestellt werden, und man sollte glauben, daß der Verfasser dieser Zeilen, die so anschaulich schildern, wie die Bourgeoisie auf der einen und das europäische Proletariat auf der anderen Seite reagierten, es unternehmen würde, dem westeuropäischen Proletariat auseinanderzusetzen, auf welche Weise es bei sich zu Hause den Versuch machen kann, den russischen Versuch, die kapitalistische Organisation der Gesellschaft zu zerstören und die sozialistische Ordnung aufzubauen, durchzuführen. Wer dies gedacht hat, wird enttäuscht das Vorwort zu Ende gelesen haben. „Etwas anderes hatte der Autor im Sinn.“ Unter Berücksichtigung der Stimmung der westeuropäischen Arbeiter im Jahre 1920 und in der Furcht, ihre revolutionären Gefühle zu verletzen, dem bürgerlichen Chor der Verleumder der Sowjetmacht zugezählt zu werden, macht der Verfasser eine Verbeugung vor der Oktoberrevolution, wie sie Antonius vor Brutus tat, der jeden Absatz seiner Anklagerede gegen den Cäsarenmörder mit den Worten begann: „Doch Brutus ist ein ehrenwerter Mann.“ Doch gleich hinterher, bereits am Schlusse des Vorwortes, gibt er den europäischen Arbeitern vorsichtig zu verstehen, daß in Westeuropa der Versuch, eine Diktatur des Proletariats zu errichten, unvermeidlich auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde, bemüht er sich, den europäischen Arbeitern die Richtigkeit des Sprichwortes verständlich zu machen: „Was für den Russen gesund ist, bedeutet für den Deutschen den Tod.“

\* „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“ von Otto Bauer, Wien 1920.

Um zu zeigen, worauf sich die Sowjetmacht in Rußland stützt, beginnt er vorsichtig, weit ausholend, mit der Geschichte der Bauernfrage in Rußland und weist nach, daß die Bauernschaft in der Oktoberrevolution eine entscheidende Rolle gespielt hat, daß in Wirklichkeit die bäuerliche Kleinwirtschaft in dieser Revolution zweimal den Sieg davongetragen hat. „Sie hat zuerst die Reste des Feudalismus zerschlagen und dann den Ansturm des Kommunismus abgewehrt.“

„Aber gerade auf der Tatsache,“ sagt der Verfasser, „daß das Proletariat die Offensive gegen die Bauernschaft rechtzeitig als aussichtslos erkannt und eingestellt hat, beruht die Festigkeit der Sowjetmacht. Der russische Bauer ist noch kein ‚politisches Lebewesen‘. Nur der Kampf um das Herrenland hat ihn in den Strudel der Geschichte hineinzureißen vermocht. Sobald das Herrenland erobert und sobald der neuerrungene Besitz gesichert ist, fällt er wieder in den Zustand der politischen Indifferenz zurück. Läßt ihn die Sowjetmacht in seinem Dorfe ungeschoren, dann kümmert er sich nicht darum, was die Sowjetmacht in den Städten treibt. So scheidet der Bauer aus dem Getriebe der Geschichte aus; er sinkt wieder in den engen Kreis seiner rein lokalen Interessen, wieder in die Tiefe geschichtslosen Daseins zurück. Auf der Bühne der Geschichte bleibt das Proletariat mit der Bourgeoisie allein. Darauf beruht die Herrschaft des Proletariats.“ (S. 42.)

Bei der Struktur des Sowjetstaates ausführlich verweilend, die Sowjetverfassung analysierend, weist der Autor nach, daß diese dem Proletariat in den Sowjets die vorherrschende Rolle gewährleistet, die dem Zahlenverhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft nicht entspricht.

„Aber,“ so fährt er fort, „das zahlenmäßige Übergewicht der Bauernschaft gegenüber dem industriellen Proletariat ist in Rußland so groß, daß die Bauern trotz der Doppelvertretung der Industriearbeiter durchaus in der Lage wären, den Allrussischen Rätekongreß zu beherrschen.“

Doch die russischen Bauern streben nicht danach.

„Obwohl also die Sowjetverfassung der Bauernschaft die Möglichkeit gibt, die Sowjetrepublik vollständig zu beherrschen, finden die Anschauungen der Bauernschaft in der Gesetzgebung und in der Politik der Sowjetrepublik — von ihrer Agrargesetzgebung und Agrarpolitik allein abgesehen — überhaupt keinen Ausdruck. Diese Tatsache kann nicht anders erklärt werden als daraus, daß die Bauernschaft die Machtmittel, die die Sowjetverfassung ihr gibt, nicht ausnützt.“ (S. 44.)

„Nur die Kulturlosigkeit der russischen Bauern, nur der Zustand der Barbarei, in dem die russischen Bauern leben, macht die Sowjetverfassung zum Mittel der Ausschaltung der Bauernschaft.“

Diese Barbarei der russischen Bauernschaft ist es eben nach Ansicht des Verfassers, die die Diktatur des Proletariats in Rußland geschichtlich rechtfertigt.

„Wäre Rußland eine demokratische Republik, so würden die kulturlosen russischen Bauern zur wehrlosen Beute jedes Schlagwortes, jeder Demagogie. Steht die Masse der Wahlberechtigten noch auf so niedriger Kulturstufe, so ist das allgemeine Wahlrecht, wie das Parteiprogramm der Guesdeisten einst sagte, nicht ein Werkzeug der Befreiung, sondern ein Mittel der Prellerei. Es würde der Bourgeoisie wahrscheinlich unschwer gelingen, die Masse der bäuerlichen Stimmen durch den Appell an ihre Eigentumsinstinkte, an ihre überlieferten Vorstellungen, an ihre Abneigung gegen die Städte, die Habenichtse, die Juden für ihre Zwecke zu gewinnen.“ (S. 47.)

„Das soll natürlich nicht besagen, daß der Bauer in Rußland ohnmächtig sei“, fährt der Verfasser fort.

„In seinem Dorfe ist er vielmehr unbeschränkter Herr. Wir haben gesehen, wie die Sowjetmacht die Offensive gegen das Dorf einstellen, vor dem Dorfe kapitulieren mußte. Aber gerade weil sie das getan hat, kümmert den Bauern nicht, was außerhalb seines Dorfes vorgeht.“

Weiterhin weist der Verfasser nach, wie die Rückständigkeit des russischen Proletariats das Sowjetregime beeinflußt hat. Zu Beginn der Oktoberrevolution, sagt er, setzte die Sowjetmacht ihre ganze Hoffnung auf die revolutionäre „Schöpferkraft“ des Proletariats, das bestrebt war, von den Unternehmungen unmittelbar Besitz zu ergreifen. Aber das rückständige russische Proletariat verstand es nicht, mit diesem Wirtschaftsproblem fertig zu werden, und daher mußte die Selbsttätigkeit der Massen einem bürokratischen Zentralismus weichen. Das Resultat ist:

„Die Herrschaftsorganisation der Sowjetbürokratie und der Roten Armee beginnt sich von dem proletarischen Mutterboden loszulösen, sich zu verselbständigen. Sie droht zu einer selbständigen, über den Klassen stehenden Macht zu werden, die nur nach der Idee noch das Proletariat repräsentiert, in Wirklichkeit aber ihre despotische Gewalt nicht mehr nur über die Bourgeoisie und die Bauernschaft ausübt.“ (S. 52/53.)

Es ist dies nicht die Schuld der Bolschewiki, sagt der Verfasser:

„Dieser despotische Sozialismus ist nicht nach vorgefaßtem Plane entstanden. Gerade die Bolschewiki haben in der ersten Phase der Revolution ihre ganze Hoffnung auf die ‚Schöpferkraft der Masse‘ gesetzt, gerade sie der Selbsttätigkeit der Masse das denkbar weiteste Aktionsfeld gegeben.“

Es ist dies die Schuld der russischen historischen Verhältnisse:

„Nur die Kulturlosigkeit des russischen Bauern erklärt, warum der zarische Despotismus abgelöst werden mußte nicht von demokratischer Selbstregierung des russischen Volkes, sondern von der Diktatur des Proletariats, das eine kleine Minderheit des russischen Volkes ist . . . Der despotische Sozialismus ist das Produkt der russischen Kulturlosigkeit.“ (S. 63/64.)

„Die Konzeption der proletarischen Diktatur,“ fährt der Verfasser fort, „wie sie Marx aus der französischen Revolution von 1793 abstrahiert und der deutschen Revolution von 1848 vorgezeichnet hat, konnte in der russischen Revolution von 1917 ihre Verwirklichung finden; aber sie ist aus demselben Grunde auf die proletarischen Bewegungen West- und Mitteleuropas in unseren Tagen nicht anwendbar . . .“

Im übrigen ist die Diktatur des Proletariats in Rußland, sagt der Verfasser, eine zwar geschichtlich zu rechtfertigende, aber vorübergehende Erscheinung. In voller Übereinstimmung mit den russischen Menschewiki beweist Otto Bauer, daß die Sowjetmacht in Rußland gezwungen sein wird, aus wirtschaftlichen Gründen, von den Gleisen der Diktatur des Proletariats allmählich auf die der Demokratie hinunterzugleiten.

„Rußland wird ungeheure Mengen von Industrieprodukten aus dem Ausland einführen müssen . . . Rußland wird große Auslandskredite brauchen . . . Diese Auslandskredite hofft es zu erlangen, indem es ausländischen Kapitalisten Konzessionen . . . anbietet. Aber wird das ausländische Kapital einer Regierung Kredit gewähren, die mit einem Federstrich alle Auslandsschulden annulliert hat? Die sozialistische Wirtschaftspolitik muß auch den Vertrieb der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft der staatlichen Kontrolle unterwerfen . . . In dem Maße, als die Sowjetmacht erstarkt, muß sie ihren Gesetzen auch im Dorfe Geltung zu erzwingen suchen und damit in Widerstreit mit den am Alten, Überlieferten hängenden Auffassungen des Dorfes geraten.“ (S. 68.)

Auf Grund all dieser Prophezeiungen kommt Otto Bauer zu dem Schluß:

„Die Diktatur des Proletariats in Rußland ist nicht die Überwindung der Demokratie, sondern eine Phase der Entwicklung zur Demokratie.“

Als unser menschewistischer Prophet Otto Bauer dieses Buch schrieb, sah er nicht voraus, daß ein Jahr darauf bereits die Sowjetmacht den Kurs in der Richtung zur neuen Wirtschaftspolitik einschlagen würde, und daß schon in den ersten fünf Jahren dieses neuen Kurses die Sowjetwirtschaft ohne Hilfe des ausländischen Kapitals nahezu das Niveau der Vorkriegszeit erreichen würde; er sah nicht voraus, daß parallel mit der Wiedergeburt der

Wirtschaft ihre sozialistischen Elemente offensichtlich auf Kosten der kapitalistischen Elemente wachsen würden; er sah nicht voraus, daß parallel damit auf Initiative der Sowjetmacht im Sowjetregime die bürokratischen Gewohnheiten durch demokratische ersetzt werden würden, und zwar zum Zwecke einer Festigung der Diktatur des Proletariats. Als typischer Opportunist, der unentwegt vor der Macht der Bourgeoisie zusammenklappt und ebenso unentwegt der Macht des Proletariats nicht traut, konnte er das alles nicht voraussehen. Doch wie dem auch sei: für Rußland hat der Verfasser die Diktatur des Proletariats, wenn auch nur als historisch unvermeidliche Übergangsform vom Zarismus zur Demokratie, gütigst anerkannt.

Ganz anders erscheinen ihm die Perspektiven der sozialistischen Entwicklung in Westeuropa. Dort ist eine Verwirklichung der Diktatur des Proletariats nach seiner Ansicht nicht einen Augenblick möglich. Dort würde ein Versuch ihrer Verwirklichung auf tausende unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Dort wäre sie auf den Konservatismus der kultivierten, politisch entwickelten Bauern und auf den Widerstand der Intellektuellen gestoßen, die durch eine Menge Fäden mit dem Kapitalismus verknüpft sind, sowie auf unvermeidliche wirtschaftliche Katastrophen als Folge der Unterbrechung der kapitalistischen Produktion, als Folge der großen Veränderungen in ihrer Struktur — der raschen Einschränkung der Luxusindustrie zugunsten einer Erweiterung der Produktion von Gegenständen des täglichen Bedarfs, als Folge der Verletzung des Kreditsystems, als Folge der Verletzung des zwischenstaatlichen Warenaustausches bei Vorhandensein einer passiven Bilanz usw. usw. Otto Bauer, der die soziale Revolution so bewertet, wie man die Vorteilhaftigkeit eines Handelsunternehmens abzuschätzen gewohnt ist, sieht angsterfüllt die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen vor sich. Wie soll man da nicht an den von Genossen Lenin zitierten Ausspruch denken: „Was ist ein Philister? Ein hohler Darm voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm’.“

Wo ist denn nun ein Ausweg aus dieser Situation? Welcher Weg führt denn nun in Westeuropa zum Sozialismus? Um diesen Weg zu finden, müssen wir, nach Otto Bauer, in erster Linie uns von der alten Marxschen Konzeption einer Diktatur des Proletariats lossagen, die historische Bedeutung nur am Vorabend der Revolution von 1848 hatte:

„Die Entwicklung des Kapitalismus selbst fördert diese Wandlung des proletarischen Ideals. Im Zeitalter des Manchesterliberalismus stellte das Proletariat der kapitalistischen Anarchie den Sozialismus als das Prinzip planmäßiger staatlicher Ordnung des Wirtschaftslebens entgegen. Im Zeitalter des Staatskapitalismus tritt der Sozialismus der Allmacht der Staatsgewalt, der bürokratischen Beherrschung des Wirtschaftslebens entgegen als das Prinzip des industrial selfgovernment.“ (S. 98.)

Der marxistische Weg zum Sozialismus muß nach Ansicht der Verfassers dem Weg weichen, den die englischen Fabier und die „Gildensozialisten“, d. h. das kleinbürgerliche Ehepaar Webb & Co. vorzeichnen, denen Otto Bauer seine „neue“ Weisheit entliehen hat. Gemäß dieser „neuen“ Theorie des Austromarxisten Otto Bauer, die aus altem, mittelalterlichem Plunder hervorgeholt ist, muß an Stelle einer Konfiskation der Produktionsmittel ihr allmählicher Auskauf zu angemessenem Preise auf dem Wege einer „planmäßigen Steuergesetzgebung“ treten; an Stelle einer einmaligen Enteignung der Produktionsmittel gehört ihre allmähliche Vergesellschaftung. In nächster Zeit werden, soweit es sich voraussehen läßt, nur die Eisenbahnen

und der Bergbau sozialisiert werden. Weiterhin werden die Kapitalisten sich gezwungen sehen, durch die wachsende „Unruhe der Arbeit“ immer mehr bedrängt, sich mit einer teilweisen und allmählichen Heranziehung gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Organisationen zur Mitbeteiligung mit den Kapitalisten an der Leitung der Unternehmungen bereit zu erklären. Letzten Endes wird dies zu einer allmählichen Schaffung autonomer Produktionszweige „nationaler Gilden“ mit Selbstverwaltung führen. Die Gegensätze zwischen ihnen werden durch Staatsgewalt ausgeglichen werden. Parallel hiermit wird der politische Aufbau durch allmähliche Umwandlung der parlamentarischen und demokratischen Republiken in „funktionell-demokratische“ Republiken reformiert werden, in denen anfänglich ein Gleichgewicht der Klassenkräfte vorhanden sein wird; später wird der politische Einfluß des Proletariats auf Kosten des Einflusses der Bourgeoisie allmählich wachsen. Die soziale Revolution verwandelt sich auf diese Weise durch den Zauberstab des Austromarxisten Bauer in ein Schäferidyll: sie wird ohne Blutvergießen, ohne Erschütterungen verlaufen, so daß die Bourgeoisie nicht einmal merken wird, daß ihr die Macht entglitten und in die Hände des Proletariats geraten ist.

Wir werden gleich sehen, wie und mit welchem Erfolge Otto Bauer diese „soziale Revolution“ in der Praxis bei sich in der Heimat, in Österreich, verwirklicht hat.

#### 4. *Wie er die „soziale Revolution“ in Österreich besorgte*

Nach seiner Rückkehr aus der russischen Gefangenschaft schloß sich Otto Bauer erneut dem Stabe der österreichischen Sozialdemokratie an und leitete sie zusammen mit Renner, Fritz Adler usw. in der Epoche des Zerfalls des österreichisch-ungarischen Reiches und der Bildung eines neuen deutsch-österreichischen Staates. Die Rolle der österreichischen Sozialdemokratie in dieser Epoche schildert Otto Bauer ausführlich in seinem Buche: „Die österreichische Revolution von 1919.“ Es verlohnt sich auf dieses Buch näher einzugehen, denn es gibt uns die Möglichkeit, ein klassisches Musterbeispiel der menschevistischen, austromarxistischen Methode der Leitung einer Revolution im Gegensatz zur bolschewistischen kennenzulernen.

Zunächst die Frage: Hat es in Österreich überhaupt irgendeine Revolution gegeben, oder handelte es sich dort nur um eine militärische Vernichtung des habsburgischen Reiches? Otto Bauer, der um so lieber das Wort „Revolution“ gebraucht, je größer seine Furcht vor einer solchen ist, beantwortet diese Frage natürlich in bejahendem Sinne. Worin hat sich denn nun diese, mit Verlaub zu sagen, Revolution geäußert, und welches war die Rolle der österreichischen Sozialdemokratie in ihr?

Erste Etappe. Nachdem die Offensive Ludendorffs im Westen mit einem Mißerfolg geendet hatte und Marschall Foch zum Gegenangriff übergegangen war, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die Niederlage Deutschlands eine zweifelhafte war, nachdem Bulgarien bereits einen separaten Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte, nur ganze elf Tage, bevor Polen zu einem vereinigten unabhängigen Staate proklamiert worden war, nur ganze zehn Tage, bevor die tschechische Volksversammlung und der „sozialistische Rat“ eine Demonstration für die tschechische Republik organisiert hatten, mit einem Wort: als das habsburgische Fetzenreich faktisch bereits zu zer-

fallen begann, da wagte es der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, in Beantwortung einer Anfrage der deutschen bürgerlichen Parteien zu erklären:

„Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden . . . Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.“

Mit keinem Worte noch ist in dieser Erklärung von der Republik die Rede! Die sozialistische Deklaration durfte nicht einmal die Frage einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland erwähnen. Und aus Anlaß dieser berühmtesten Erklärung, die nur vollzogene Tatsachen konstatiert, erklärt Otto Bauer stolz:

„Wir forderten eine revolutionäre Tat!“ (S. 47.)

Zweite Etappe. Nachdem Wilson von Deutschland eine „völlige Kapitulation“ gefordert hatte, nachdem Ludendorff zurückgetreten war und Kaiser Karl an Wilhelm telegraphiert hatte, daß er den unerschütterlichen Entschluß gefaßt hätte, im Laufe der nächsten 24 Stunden einen Separatfrieden und Waffenstillstand zu erwirken, nachdem die kroatischen Truppen in Fiume gemeutert hatten, nachdem sich Kroatien, Slowenien, Dalmatien mit Serbien zu einem unabhängigen Staate zusammengeschlossen hatten, nachdem die tschechischen Arbeiter eine Demonstration für die Republik veranstaltet hatten, nachdem überhaupt das österreichische Reich bereits auseinandergefallen war — forderte Viktor Adler endlich bei Konstituierung der Nationalversammlung in einer Erklärung namens der österreichischen Partei die Republik. Und das nennt Otto Bauer eine „Revolution“. Stolz erklärt er:

„Auf den Schlachtfeldern am Balkan und in Venetien zerschlug sie (die Revolution, und nicht die Truppen der Entente? A. M.) den ehernen Mechanismus, der der Revolution im Wege stand. Deshalb konnten wir die Revolution im Hinterland ohne Gewalt vollziehen. Wir vollzogen sie, indem wir in diesen entscheidungsvollen Wochen vom 3. Oktober bis zum 12. November an jedem Tage immer nur das, was schon gereift war, forderten, immer nur das, was schon ohne schwere Opfer durchsetzbar war, durchsetzten . . .“

Zum letzten Male leitete in diesen Wochen Viktor Adler die Aktion der Partei (S. 104), fügt Otto Bauer hinzu. Wir sehen, daß Otto Bauer, Renner u. a. m., in deren Hände nach dem Tode Viktor Adlers die Leitung der Partei überging, dem Vermächtnis ihres Lehrers treu blieben: auch später forderten sie nur das, was kein Opfer erforderte, nur das, was auch ohne ihre Bemühungen sich zu verwirklichen begann.

Otto Bauer begnügt sich nicht damit, in seiner großen Liebe zur revolutionären Phrase, die seine ebenso große Feigheit verdeckt, den Zerfall des habsburgischen Reiches als „Revolution“ zu bezeichnen. Er nennt sie sogar „soziale Revolution“:

„Aber der Zusammenbruch der alten Mächte entfesselte zugleich auch die bisher von der Gewalt des Militarismus niedergehaltenen Arbeitermassen. In den täglichen stürmischen Soldatendemonstrationen, die in Wien mit der großen Massenkundgebung am 30. Oktober begonnen hatten, kündigte sich an, daß die national-demokratische Revolution zugleich auch die soziale Revolution weckte.“ (S. 95.)

Weshalb war denn das eine „soziale Revolution“? Erstens deshalb, weil die militärische Vernichtung Österreichs (und nicht die Revolution! A. M.) die Bourgeoisie entwaffnet hatte:



„In der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Polen hatten Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam um die nationale Befreiung gekämpft“, sagt der Verfasser. (S. 112.) Anders lagen die Dinge in Deutsch-Österreich.

„Die nationale Revolution, die die Habsburger Monarchie sprengte, war hier nicht der endliche Sieg, sondern die endgültige Niederlage der nationalen Idee der Bourgeoisie. Mit Habsburg und Hohenzollern war hier auch die Bourgeoisie besiegt. Ihre Autorität war zusammengebrochen. Ihre Herrschaftsmittel waren mit der Auflösung der kaiserlichen Armee zerstört.“ (S. 113.)

Zweitens deshalb, weil die österreichischen Arbeiter die Macht an sich reißen wollten:

„Jedes Zeitungsblatt brachte Nachrichten über die Spartakuskämpfe in Deutschland. Jede Rede verkündete die Glorie der großen russischen Revolution, die mit einem Schlage alle Ausbeutung für immer aufgehoben habe. Die Masse, die soeben die einst so gewaltigen Kaiserreiche zusammenstürzen gesehen hatte, ahnte nichts von der Stärke des Ententekapitalismus; sie glaubte, daß die Revolution nun in einem Fluge auch die Siegerländer erfassen werde. ‚Diktatur des Proletariats!‘ ‚Alle Macht den Räten!‘ So hallte es nun auch hier durch die Straßen.“ (S. 121.)

Gleichzeitig hatte die revolutionäre Gärung die Bauernschaft erfaßt:

„Auch der Bauer war aus dem Schützengraben voll Haß gegen Krieg und Militarismus, gegen Bureaukratie und Plutokratie zurückgekehrt. Auch er jubelte der jungen Freiheit, der Republik, dem Sturz des Militarismus zu. Er freute sich, daß Bauernvertreter nun in den Landhäusern regierten, wo bisher die K. K. Statthalter geherrscht hatten. Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen.“ (S. 122.)

So schildert Otto Bauer die Situation, wie sie sich in Österreich gestaltet hatte. Wie war sie zu verstehen? Daß in Österreich eine soziale Revolution stattgefunden hatte? Durchaus nicht. Es bedeutete, daß in Österreich alle Voraussetzungen für eine soziale Revolution vorhanden waren. Die tatsächliche Verwirklichung der Revolution hing jedoch in dieser Stunde ab von dem Verhalten des Führers des österreichischen Proletariats, der österreichischen Sozialdemokratie. Wie verhielt sich nun diese? Damit die moralische Autorität der neuen Regierung eine möglichst große war, bildete die österreichische Sozialdemokratie im Februar 1919 eine Koalition mit der Christlichsozialen Partei, die im Dorf mit den Bauern liebäugelte, während sie in der Stadt

„ganz unter dem Einfluß der monarchistischen Kreise: des hohen Klerus, des klerikalen Adels, der konterrevolutionären Offiziere“ stand. (S. 127.)

Nachdem die österreichischen Sozialdemokraten dieser Koalition beigetreten waren, war ihre Sorge nicht, was im gegebenen Augenblick das revolutionäre Proletariat oder die revolutionäre Bauernschaft forderten, sondern was die Sieger, die Entente, von Österreich verlangten. Die Forderungen der letzteren waren klar und unzweideutig formuliert. Als die deutsch-österreichische Regierung sich sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes an Wilson mit der Bitte wandte, ihr die Möglichkeit zu geben, vom Auslande Lebensmittel nach dem ausgehungerten Lande einzuführen, erhielt sie am 24. November von Wilson die Antwort: Lebensmittel würden nur unter der Bedingung eingeführt werden, daß „Ruhe und Ordnung“ aufrechterhalten werden. Otto Bauer erläutert diese Antwort wie folgt:

„Wilson's Note vom 24. November forderte den Abschluß der sozialen Revolution.“ (S. 117.)

Man hätte sagen sollen: Wilson's Note forderte, daß die soziale Revolution nicht zum Ausbruch kam. Diese Note fand bei der österreichischen Sozial-

demokratie den lebhaftesten Widerhall. Sie wandte alle ihre Kräfte und ihren ganzen Eifer auf, um nicht den Wunsch der Arbeiter und Bauern, sondern den Wunsch Wilsons und der Verbündeten zu befriedigen. Otto Bauer schreibt:

„Diese Masse unter feste Führung zu stellen, sie vor dem drohenden Mißbrauch ihrer politischen Naivität zu schützen und die lumpenproletarischen Elemente aus ihr hinauszudrängen, das war nun die Aufgabe der Sozialdemokratie.“ (S. 98.)

„In diesen Tagen des Zusammenbruchs aller überlieferten Autoritäten war mächtiger denn je die Autorität der Sozialdemokratie. Sie allein konnte die Haufen bewaffneter Proletarier, die sich in den Kasernen sammelten, disziplinieren, sie ihrer Führung unterordnen, mit ihrer Ideologie erfüllen und dadurch verhindern, daß sie der nach vier Kriegsjahren so großen Versuchung zum Mißbrauch ihrer Waffen erliegen.“ (S. 99.)

Die Schaffung der Volkswehr bewahrte das Land vor der Anarchie, von der es bedroht war.

„Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur ihnen vertrauten die Proletarierrmassen. Nur sie konnten die Massen überzeugen, daß die entsetzliche Not nach dem Kriege nicht die Schuld der Regierung, sondern die unentrinnbare Wirkung weltgeschichtlicher Umwälzung, daß sie nicht durch gewaltsamen Umsturz zu brechen, sondern nur allmählich zu überwinden war. Nur Sozialdemokraten konnten wilderregte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, nur Sozialdemokraten konnten sich mit den Arbeitslosen verständigen, die Volkswehr führen, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern, die der Revolution zum Verhängnis geworden wären, abhalten . . . Die tiefe Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung fand darin ihren anschaulichsten Ausdruck, daß eine bürgerliche Regierung, eine Regierung ohne Sozialdemokraten, schlechthin unmöglich geworden war.“ (S. 128.)

Wir haben diesem Bilde nichts hinzuzufügen. Die „soziale Revolution“ unter Führung der österreichischen Sozialdemokratie kam darin zum Ausdruck, daß die österreichische Sozialdemokratie der österreichischen Bourgeoisie und der Bourgeoisie der ganzen Welt einen unschätzbaren Dienst erwiesen hat. Ihren Einfluß auf die Arbeitermassen ausnutzend, rettete sie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution. Eine der unmittelbaren Folgen der verräterischen Taktik der österreichischen Sozialdemokratie bestand darin, daß die Bauernschaft, die zunächst gewaltige Hoffnungen auf das Proletariat und die Revolution gesetzt hatte, sich von ihnen abwendete und sich in eine einfache Waffe in den Händen der Gegenrevolution verwandelte. Wie die reaktionären Mächte allmählich von den Köpfen der Bauern Besitz ergriffen, schildert anschaulich Otto Bauer selbst, der nur das eine verschweigt, daß die Hauptschuld dafür die Sozialdemokratie trifft, die, obgleich sie tatsächlich die Lage beherrschte, absolut nichts für die Bauern getan hat, „um die Gänse nicht zu reizen“. Die Revolution enttäuschte die Erwartungen der Bauernschaft, schreibt Otto Bauer.

„Die dem Proletariat feindliche Stimmung der Bauernschaft wurde von dem Stadtbürgertum der Alpenländer und vom Klerus genährt. Das städtische Händlertum war der natürliche Verbündete des Bauern gegen das zentrale Bewirtschaftungssystem. Die städtische Bourgeoisie sah in der Bauernmasse ihre Stütze gegen das Proletariat. Der Klerus stärkte und organisierte die bäuerliche Bewegung als die mächtigste Gegenkraft gegen die proletarische Revolution. Zeitung und Predigt erzählten dem Bauern, daß sein Getreide, Vieh und Holz zu dem Zwecke requiriert werden, damit in Wien hunderttausende Arbeitslose, vom Staat ernährt, müßiggehen können; daß die Kriegswirtschaft, die den Bauern bedrückt, von einer Allianz der jüdischen Kriegsgewinner in den Zentren mit den jüdischen Arbeiterführern in der Regierung aufrechterhalten werde; daß die Revolution sein Eigentum sozialisieren und seine Kirche zerstören wolle. Der Bauer setzte sich zur Wehr.“ (S. 124.)

Mit diesen Zeilen gibt Otto Bauer, ohne es zu ahnen, eine glänzende Illustration dessen, wie geschickt die Bourgeoisie und der Feudaladel es verstehen, in der Stunde der Revolution die berühmten „demokratischen Freiheiten“ auszunutzen, um die Bauernschaft zu übertölpeln und sie in eine konterrevolutionäre Waffe gegen das Proletariat umzuwandeln, und wie wichtig es ist, in einem solchen Augenblick mit diktatorischen Maßnahmen die Gegenrevolution im Keime zu ersticken.

Indem wir das sagen, fällt es uns nicht ein, zu leugnen, daß die österreichische Sozialdemokratie sich vor gewaltige Schwierigkeiten gestellt gesehen hätte, wenn sie tatsächlich gewillt gewesen wäre, die Revolution auszulösen, sie mit fester Hand zu leiten und nicht zu verraten. Es fällt uns nicht ein, zu leugnen, daß eine isolierte Revolution in Österreich von der Entente durch Blockade oder Intervention sofort niedergetreten worden wäre. Aber das ist es ja eben, daß sie nicht isoliert gewesen wäre. Selbst abgesehen davon, daß damals Sowjetrußland existierte, daß die Revolution sich rasch auch in Deutschland entwickelt hätte, falls die deutsche Sozialdemokratie — der österreichischen gleichgesinnt — sie nicht verraten hätte, hätte die Revolution zu jener Zeit tatsächlich auch mit den in Österreich benachbarten Ländern, Ungarn und Bayern, den Sieg davongetragen. Unter diesen Umständen bestand die vornehmste Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie darin, die Sowjetrepublik Ungarn energisch zu unterstützen. Wie führte sie diese Aufgabe aus?

In Österreich waren die ganze Ausrüstung des imperialistischen Heeres Österreich-Ungarns, alle seine Waffen und Geschosse konzentriert. Sofort nach der Märzrevolution wandte sich die ungarische Räteregierung an Österreich mit der Bitte um Unterstützung. Die österreichischen Sozialdemokraten lehnten eine solche ab.

„Wir konnten“, schreibt Otto Bauer, „ohne die Pflichten der Neutralität dem tschechisch-ungarischen Krieg gegenüber zu verletzen, Ungarn nicht von Amts wegen Kriegsgerät liefern. Als die Entente kurz nach der Märzrevolution die Blockade über Deutschösterreich nur unter der Bedingung aufhob, daß die importierten Waren nicht nach Ungarn weitergebracht werden dürften, mußten wir uns dieser Bedingung freilich fügen; aber trotzdem blieb uns noch die Möglichkeit, Ungarn mannigfache wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Aber freilich, alle Hilfe, die wir dem ungarischen Proletariat leisten konnten, war doch damit begrenzt, daß wir uns nicht in einen kriegerischen Konflikt mit unseren anderen Nachbarn verwickeln lassen durften.“ (S. 138.)

Um also im Kampfe zwischen Revolution und Gegenrevolution Neutralität zu wahren, wuschen die edlen österreichischen Sozialdemokraten wie Pilatus ihre Hände in Unschuld. Es ist natürlich, daß die ungarischen Kommunisten versuchten, um ihre Sowjetrepublik zu retten, der Entwicklung des Kommunismus im benachbarten Österreich ihre Unterstützung zu leihen. Da aber gaben die österreichischen Sozialdemokraten ihre Neutralität auf und begannen einen erbitterten Kampf gegen die österreichischen Kommunisten. Zunächst mußte man sich die Arbeiterräte sichern, unter denen der Einfluß der Kommunisten rasche Verbreitung fand. Aus diesem Grunde wurde eine Reichskonferenz aller Arbeiterräte einberufen, auf der die Sozialdemokraten den Beschluß durchführten, das Wahlsystem für die Arbeiterräte zu reorganisieren, angeblich, um die Autorität zu festigen, in Wirklichkeit jedoch, um sie mit bürgerlichen Elementen aufzufüllen; der zweite Beschluß betraf die Zusammenfassung ihrer politischen Leitung.

„Auf Grund dieser Satzungen“, schreibt Otto Bauer, „wurden in den folgenden Wochen die Arbeiterräte neugewählt. Gaben diese Neuwahlen, an denen sich nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch ein sehr großer Teil der öffentlichen Beamten beteiligten (sic!), den Arbeiterräten eine verstärkte Autorität, so sicherte die Zusammenfassung ihnen eine einheitliche politische Führung. Diese Führung fiel in die Hände Friedrich Adlers, dessen revolutionäre Haltung während des Krieges ihm das unbeschränkte Vertrauen der revolutionären Arbeiterschaft gesichert hatte. Unter seiner Führung wurde der in jener Zeit überaus schwere Kampf gegen das kommunistische Abenteuerium auf dem Boden der Arbeiterräte durchgekämpft; unter seiner Führung rangen sich die Arbeiterräte zu der Erkenntnis durch, daß der Versuch der Errichtung der Räterediktatur in Deutschösterreich unter den gegebenen Umständen nichts anderes bedeuten konnte als den Selbstmord der deutschösterreichischen Revolution.“

Schwieriger war der Kampf gegen den Kommunismus in den Soldatenräten. Aber auch hier fanden die gewiegten Diplomaten der österreichischen Sozialdemokratie einen Ausweg. Unter dem Einflusse ihrer Agitation beschlossen die Soldatenräte,

„daß sich die Volkswehr als die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse betrachte und sich daher der politischen Führung der Arbeiterräte unterordne. Da die Arbeiterräte die Räterediktatur ablehnten, bedeutete dieser aus der Räteideologie erwachsene Beschluß die Ablehnung der Räterediktatur durch die Wehrmacht.“ (S. 139.)

Somit hatten die österreichischen Sozialdemokraten mit Hilfe eines doppelten Betrugers der Arbeiterklasse ihren Zweck erreicht. Zunächst hatten sie ihre Meinung gefälscht, indem sie in die Arbeiterräte eine Menge Beamte im Interesse einer „verstärkten Autorität“ (!) eingeführt hatten, worauf sie diesen falsifizierten Arbeiterräten die Soldatenräte formell unterordneten, mit der Begründung, daß die Volkswehr die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse wäre und dieser unterstellt sein müßte.

Die österreichischen Sozialdemokraten begnügten sich jedoch nicht mit diesem doppelten Betrug der Arbeiterklasse. Während sie die Waffenanwendung prinzipiell ablehnten, wenn es sich um den Kampf gegen die Bourgeoisie handelte, schämten sie sich nicht, die Waffen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu richten. Es wurde der Befehl erteilt,

„in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni die kommunistischen Vertrauensmänner zu verhaften. Am 15. Juni zog eine Menge von einigen Tausend Kommunisten zum Polizeigefängnis, um die verhafteten Führer zu befreien. In der Hörlgasse trat eine Abteilung der Stadtschutzwache, einer aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetzten Polizeiformation, den Demonstranten entgegen. Als die Demonstranten die Reihen der Stadtschutzwache zu durchbrechen versuchten, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. Zwanzig Tote und achtzig Verwundete blieben auf dem Platze.“ (S. 141.)

So erzählt Otto Bauer mit epischer Ruhe, wie Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei revolutionäre Arbeiter niederschossen, und fügt stolz hinzu:

„Die Bourgeoisie hätte ihnen in Wien und in den Industriegebieten Niederösterreichs und der Steiermark keinerlei Widerstand entgegensetzen können, die Polizei wäre völlig machtlos gewesen. Nur in dem Kampfe innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Ansturm des Bolschewismus abgewehrt worden.“

Die österreichische Sozialdemokratie hat der Bourgeoisie einen großen Henkersdienst erwiesen: Die „kommunistische Hydra“ in Österreich wurde zertreten, und der Weg zur Vernichtung der Sowjetrepublik Ungarn war frei. Gleichzeitig winkte der österreichischen Sozialdemokratie die Hoffnung, daß auch der Weg zu einer freundschaftlichen Annäherung an Frankreich frei wäre:

„... Wir konnten nicht mehr bezweifeln, daß ihr (der ungarischen Räteregierung) Zusammenbruch unmittelbar bevorstand. Unter solchen Umständen konnte es weder

die deutsche noch die ungarische Frage rechtfertigen, im Konflikt mit Frankreich zu verharren. Und eine Annäherung an Frankreich erschien jetzt nicht nur möglich, sondern auch notwendig... So mußten wir jetzt den Versuch unternehmen, Frankreich uns gnädiger (!!) zu stimmen."

Um die Gunst Frankreichs zu gewinnen, umriß Renner

„die taktische Wendung dieser Tage sehr deutlich, indem er öffentlich erklärte, Deutschösterreich wolle nun eine westliche Orientierung einschlagen.“ (S. 156/157.)

Hier ist das Fundament für die spätere Taktik der deutschen Sozialdemokratie in der Frage des „Garantiepaktes“ zu suchen.

Was hat nun die österreichische Sozialdemokratie durch ihre Bemühungen, „die Gunst Frankreichs zu gewinnen“, durch diese berühmte „westliche Orientierung“ erreicht? Um jene Zeit wurde in St. Germain wegen eines Abkommens mit Österreich verhandelt. Welchen Einfluß übte der neue Kurs der österreichischen Sozialdemokratie, ihr Entschluß, sich gen Westen zu orientieren, auf diese Unterhandlungen aus? Otto Bauer selbst beantwortet diese Frage mit einer nur zu lobenden Offenherzigkeit:

„Der Erfolg dieser taktischen Wendung zeigte sich, als uns der ... endgültige Text des Friedensvertrages überreicht wurde. Unzweifelhaft brachte uns der dritte Entwurf weniger weitgehende Verbesserungen als der zweite; die Annäherung an Frankreich hat uns weniger gebracht, als wir in der Zeit des Konfliktes mit Frankreich erreicht hatten.“

Und weiter fährt er fort:

„Die letzte Konsequenz der ‚Unabhängigkeit‘, zu der uns St. Germain verurteilt hat, ist die internationale Finanzkontrolle, der uns Genf unterwirft.“ (S. 157/158.)

Aus Dankbarkeit für das Lakaivenverhältnis, in das sich die erste österreichische Koalitionsregierung Frankreich gegenüber stellte, zog letzteres, wie Bauer selbst eingesteht, die Schlinge um Österreichs Hals noch fester zu. Bauer weiß sich übrigens zu trösten: Hätten sie sich nicht so lakaiehenhaft benommen, so hätte die Sache, vielleicht, ein schlimmeres Ende genommen.

Die Ratifizierung des Vertrages von St. Germain im Oktober 1919 krönt die ruhmvolle Existenz der ersten österreichischen Koalitionsregierung, in der, nach Otto Bauer, die Sozialdemokratie vorherrschte, und in deren Regierungszeit Österreich, wie der gleiche Bauer versichert, eine soziale Revolution durchgemacht hat. Worin bestand denn nun eigentlich diese „soziale Revolution?“ fragt der verwunderte Leser. Darin. Erstens:

„Die Finanzpolitik dieser ersten Phase diente vornehmlich sozialen Zwecken. Während sich der Staatshaushalt vornehmlich auf Besitzsteuern, vor allem auf die Kriegsgewinnsteuer, stützte, hielten wir die indirekten Steuern sehr niedrig. Überdies gaben wir die vom Ausland kreditierten Lebensmittel tief unter dem Selbstkostenpreis an die Bevölkerung ab.“ (S. 250.)

Etwas wenig für eine „soziale Revolution“, wird der Leser sagen. Aber auch dieses Wenige geschah, wie Otto Bauer offen gesteht, in erster Linie zu dem Zwecke, den Revolutionsbrand zu löschen.

„Dadurch wurden die sozialen Spannungen dieser Periode, der Periode des Ansturms des ungarischen Bolschewismus, gemildert, wurde die Verschärfung der Klassenkämpfe verhütet.“

Die zweite Äußerung der „sozialen Revolution“ bestand darin, daß die österreichische Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung gesetzgeberische Maßnahmen traf zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu dem gleichen Endzweck — eine Verschärfung des Klassenkampfes abzuwenden.

Die dritte „sozialistische“ Maßnahme bestand darin, daß Deutschösterreich, ..von Sowjetrußland abgesehen, der erste Staat war, dessen Gesetzgebung

Betriebsräte schuf.“ (S. 167.) In bezug auf diese in höchstem Maße „revolutionäre Tat“ schreibt Otto Bauer tiefsinnig:

„Darum bedeutet die Entstehung und Entwicklung der Betriebsräte für die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung weit mehr als jede gewaltsame Expropriation, wenn ihr Ergebnis nichts als bürokratisch regierte Staats- oder Gemeindebetriebe sind.“ (S. 171.)

Und auch hier, wo Otto Bauer in geschwollener Rede von der großen revolutionären Bedeutung der Schaffung der Betriebsräte in Österreich spricht, verplappert er sich, indem er das wahre Motiv ausplaudert, von dem sich die Sozialdemokraten leiten ließen, als sie die Betriebsräteorganisation gesetzlich festlegten:

„So wurden die Betriebsräte zu Organen der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Die Gewerbeinspektoren berichten, daß einzelne Betriebsleitungen Betriebsräte wählen ließen, noch bevor das Gesetz in Kraft trat, weil sie nur mit Hilfe der Betriebsräte die gelockerte Arbeitsdisziplin wiederherstellen konnten.“ (S. 168.)

Da also lag der Hund begraben!

Die vierte und wichtigste „sozialistische“ Maßnahme bestand in der Anbahnung einer allmählichen Sozialisierung der Produktion. Hierauf ist Otto Bauer am meisten stolz, dieweil er in Österreich Vorsitzender der Sozialisierungskommission war zu der gleichen Zeit, wie Kautsky in einer ähnlichen Kommission in Deutschland tätig war. Hier hatte Otto Bauer die Möglichkeit, den von ihm schon lange gehegten Plan einer Verwirklichung des „Gildensozialismus“ zu entfalten. Hier hatte er die Möglichkeit, den Bolschewiki zu imponieren. Was hat er nun vollbracht?

Zunächst muß man im Auge behalten, welche objektiven Vorbedingungen für eine Verwirklichung der Sozialisierung durch die Sozialdemokratie damals bestanden. Sie werden nicht übel von Bauer selbst geschildert:

„Der Glaube der kapitalistischen Gesellschaft an sich selbst war erschüttert. Die Kriegswirtschaft hatte die kapitalistische Produktion unter dem Kommando der Staatsgewalt in Zwangsverbänden organisiert; mußte jetzt nicht die Arbeiterklasse das Erbe der Militärgewalt antreten?... Die Finanzen der besiegten Staaten waren in einen Zustand der Zerrüttung geraten, den mit den allgewohnten Mitteln des ‚Steuerstaates‘ zu überwinden nicht möglich erschien... So sah auch die bürgerliche Welt eine neue Wirtschaft kommen. Die Universitätsprofessoren der Nationalökonomie, unter den Deutschösterreichern vor allen Schumpeter, Grünberg, Lederer, Ammon, Schwiedland. Gelehrte, die aus bürgerlichem Lager kamen, wie Goldscheid und Neurath, schrieben Abhandlungen über die Sozialisierung als die Aufgabe des Tages.“ (S. 162.)

Andererseits wollten die Arbeiter

„nicht mehr lebende Werkzeuge der Unternehmer sein. Der Arbeiter wollte mit herrschen, wo er mitarbeitete; die Industrie mitregieren, in der er mitproduzierte.“ (S. 166.)

Und unter solchen, wie es doch scheinen sollte, außergewöhnlich günstigen Vorbedingungen für die Durchführung entschlossener revolutionärer Maßnahmen zur Sozialisierung der Industrie beschränkte sich Otto Bauer darauf, in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen einzubringen, der sich lediglich auf Unternehmungen der Kriegsindustrie bezog, die sich nach dem Kriege in einer hoffnungslosen Lage befand; außerdem schrieb er damals noch Artikel, in denen er theoretisch seinen Organisationsplan der Sozialisierung begründete, der eine Umarbeitung des sattsam bekannten Planes der „Gildensozialisten“ darstellte.

**Der kreiende Berg gebar eine Maus! Otto Bauer selbst mußte bekennen:**

„Der stürmischen Zeit, in der das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen entstanden ist, konnte freilich eine so langsame Entwicklung der Elemente der sozialistischen Zukunft nicht genügen.“ (S. 178.)

**Besonders die Arbeitermassen konnten sich damit nicht zufriedengeben:**

„Die Masse war unzufrieden. Die Masse forderte mehr, als der Vertrauensmann bringen konnte. Die Masse schrie nach gewaltsamer Entscheidung.“ (S. 186.)

Aus all dem Gesagten geht vollkommen klar hervor, daß das Hauptziel der „Sozialisierungs“tätigkeit Otto Bauers darin bestand, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, damit sie mit diesen kläglichen Kompressen ihre revolutionäre Hitze abkühlten, um die Bourgeoisie vor einer tatsächlichen Verwirklichung des Sozialismus zu bewahren. Otto Bauer plaudert selbst dies Geheimnis aus:

„In solchen Betriebs- und Kasernenversammlungen ist die große Versuchung des Bolschewismus abgewehrt worden. In solchen Betriebsversammlungen ist allmählich die Wiederherstellung der aufgelösten Arbeitsdisziplin durchgesetzt worden. . . . Die Geschichte der Betriebs- und Kasernenversammlungen — sie ist die innere, geistige Geschichte der deutsch-sterreichischen Revolution; der Bourgeoisie gegenüber, die diesen großen Prozeß der geistigen Selbstbeherrschung, Selbstüberwindung der Arbeiterklasse kaum bemerkt, gewiß nie verstanden hat, ihre Geheimgeschichte.“ (S. 186.)

Die undankbare Bourgeoisie! Sie hat die großen Dienste, die ihr die sterreichische Sozialdemokratie erwiesen hat, nicht zu schtzen verstanden.

Es lohnt sich nicht, auf die weitere Geschichte der, mit Verlaub zu sagen, sterreichischen Revolution ausführlich einzugehen; sie ergab sich logisch aus dem feigen und verräterischen Verhalten der sterreichischen Sozialdemokratie in der Zeit der ersten Koalitionsregierung, als die Sozialdemokratie in der Regierung noch die erste Geige spielte, als sie noch die Lage beherrschte. In der zweiten Koalitionsregierung, die die Lebensdauer von einem Jahre hatte — vom 17. Oktober 1919 bis zum 22. Oktober 1920 —, bildete sich, wie sich Otto Bauer ausdrückt, ein „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, das immer mehr und mehr zugunsten der Bourgeoisie gestört wurde. Nach wie vor nahmen an der Regierung Sozialdemokraten neben den Christlichsozialen teil; aber, sagt Bauer, es gelang den Wiener Klerikalen, allmählich Einfluß auf die Bauerndeputierten zu gewinnen. Der Prlat Seipel wurde der eigentliche Führer der Christlichsozialen Partei. Dem Prlatten Seipel gelang es, fügen wir von uns aus hinzu, allmählich, die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung seinem Einfluß unterzuordnen. Es ist kein Wunder, daß, wie Otto Bauer zugibt, innerhalb der Arbeiterklasse die Opposition gegen die Koalitionsregierung rasch zu wachsen begann. Das Ende dieser Politik kam, als im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Genfer Vertrages die offene bürgerliche Konterrevolution den endgültigen Sieg in Österreich davontrug. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten sah sich die Koalitionsregierung dem Dilemma gegenüber: „Stabilisierung der Krone auf Kosten des Proletariats unter der Kontrolle der Entente“ oder „Stabilisierung der Krone auf Kosten der Bourgeoisie und unter Kontrolle des Proletariats“. Das tatsächliche Oberhaupt der Koalitionsregierung, der Prlat Seipel, entschied die Frage natürlich in dem ersteren Sinne, indem er die Souveränität Österreichs und sein Recht, sich Deutschland anzu-

schließen, für 520 Millionen Goldkronen endgültig verkaufte. Der Genfer Vertrag

„schließt aber auch nicht nur den Anschluß Österreichs an Deutschland, sondern auch jede engere wirtschaftliche Verbindung Österreichs mit Deutschland aus. Der Genfer Vertrag unterwirft zweitens Österreich... der Kontrolle durch einen vom Völkerbunde ernannten Generalkommissär und der Kontrolle durch ein Kontrollkomitee, das aus Vertretern der Mächte, die die Bürgschaft für die österreichische Anleihe übernehmen, zusammengesetzt ist... Der Genfer Vertrag verpflichtet Österreich drittens, der Regierung unbeschränkte Vollmacht zur Durchführung des mit einer Völkerbundsdelegation und mit dem Generalkommissär zu vereinbarenden Reform- und Sanierungsprogramms zu geben, so daß die Regierung die zur Durchführung dieses Programms erforderlichen Maßregeln verfügen kann, ohne an das Parlament herantreten zu müssen.“ (S. 265.)

„Zum Generalkommissär des Völkerbundes wurde Dr. Zimmermann, der Bürgermeister von Rotterdam, bestellt... Vom ersten Tage an belagerten ihn die Vertreter der Großbanken und der Großindustrie, suchten sie ihn zum Eingreifen gegen die Arbeiterklasse zu bewegen... So steht das Proletariat nicht mehr nur der österreichischen Regierung gegenüber, sondern dem fremden Generalkommissär, dessen Macht über Österreich beinahe unbegrenzt ist, weil er jederzeit die Fortführung der österreichischen Staatswirtschaft unmöglich machen kann... Das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie war gewaltig gestärkt. Hinter Seipel stand nun wirklich die Gesamtheit der besitzenden Klassen: die Christlichsozialen ebenso wie die Großdeutschen, die Großbanken und die Großindustrie ebenso wie die Agrarier und die Zünftler, die Bischöfe ebenso wie die Börse, die jüdisch-kapitalistische Presse ebenso wie das radauantisemitische Hakenkreuzlerium.“ (S. 270.)

Die Resultate der Wirtschaft dieser netten Gesellschaft machten sich sofort in der Lage der Arbeiter bemerkbar. Im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Krone brach eine Industriekrise aus. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Genuß der Arbeitslosenunterstützung waren, stieg im Zeitraum von August bis Februar von 31 000 auf 169 000. Ende 1922 waren von 620 573 organisierten Arbeitern nur noch 275 000 voll beschäftigt. Die erste Forderung der Auslandskontrolle war: Verringerung der Zahl sämtlicher Staatsbeamten um ein Drittel. Der Einfluß der Gewerkschaften ging zurück, gleichzeitig begannen sich faschistische Organisationen zu bilden sowie Organisationen der technischen Nothilfe, deren Ziel in der Unterdrückung von Streiks in lebensnotwendigen Betrieben bestand. So schildert Otto Bauer den Abschluß der österreichischen „sozialen Revolution“, die unter der Führung der österreichischen Sozialdemokratie stand, die entschieden den bolschewistischen Weg zum Sozialismus ablehnte und einen eigenen, zuverlässigeren Weg dahin gewählt hat.

##### 5. Seine Erfolge auf dem Marseller Kongreß der II. Internationale

Nachdem Otto Bauer auf Grund der Erfahrungen der Oktoberrevolution festgestellt hatte, wie eine europäische Revolution nicht durchgeführt werden darf, beschloß der durch die eigenen glänzenden Erfahrungen in der Führung der österreichischen „sozialen Revolution“ gewitzte Bauer die Weltarena zu betreten und der II. Internationale seine Führerdienste anzubieten. Die II. Internationale nahm auf dem Marseller Kongreß diesen neuauftauchten Führer mit offenen Armen auf. Es ist dies bemerkenswert.

Als Europa der Katastrophe des Weltkrieges gegenüberstand, als die II. Internationale, nachdem sie den Kopf verloren hatte, die drohenden nahenden Ereignisse erwartete, ersuchte sie den Austromarxisten Viktor Adler, sein Programm des Handelns, oder richtiger des Nichthandelns, zu formulieren. Und wiederum rücken finstere Wolken heran. Europa geht



erneut internationalen Konflikten entgegen. In der Perspektive tritt immer deutlicher die neue Kriegs- und Revolutionsepoche hervor, und wiederum beauftragt die II. Internationale als Ausdruck ihrer Ohnmacht als ihren Sprecher des österreichisch-marxistischen Viktor Adlers treuen Schüler — Otto Bauer.

Schon am Vorabend von Marseille formulierte Otto Bauer in der Zeitschrift „Der Kampf“ die politische Plattform, die ihm auf dem Marseiller Kongreß durchzuführen gelang. Das Ziel, das sich Otto Bauer gesetzt hatte, kann in zwei Worten ausgedrückt werden: Kapitulation des Proletariats und der Weltrevolution gegenüber der Bourgeoisie zur Vermeidung von Weltkriegen. Bauer war sich jedoch darüber klar, daß es nicht einmal leicht ist, die II. Internationale auf diese bürgerlich-pazifistische Formel zu einigen: auf der einen Seite die englische Delegation, die unter dem Drucke der nach links marschierenden englischen Arbeitermassen die Formel von der offenen Kapitulation vor der Bourgeoisie nicht unterzeichnen kann; auf der anderen Seite sind die deutsche und französische Delegation und allerhand Kautskys durch die bolschewistische Revolution so in Schrecken gesetzt, daß sie der ewigen Furcht vor ihr es vorziehen, durch Unterstützung eines neuen Feldzuges gegen die Sowjetrepublik dem roten Gespenst ein Ende zu machen: „Lieber ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende.“ Man mußte daher die ganze Kunst der österreichischen Diplomatie aufwenden, um diese Widersprüche wenn nicht zu beheben, so doch zu verkleinern. Die beste, altbewährte austromarxistische Methode der Lösung dieser Frage besteht in der Verbindung von revolutionären Worten mit konterrevolutionären Taten. Und Otto Bauer hat diese Methode mit Erfolg angewendet.

In seinem Artikel „Der Kongreß in Marseille“ in Nr. 8/9 der Zeitschrift „Der Kampf“ führt Otto Bauer aus, daß die II. Internationale bisher, dank der Mitarbeit verschiedener Parteien, bei Beratung der Fragen der Reparationen und Garantieverträge die Rolle einer „Internationale des täglichen Lebens“ gespielt habe. Jetzt sei die Zeit gekommen, die prinzipiellen Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen Parteien aus dem Wege zu räumen, denn es nahen gefährdende Zeiten. Wiederum, wie vor hundert Jahren, sagt er, verschärfen sich die Gegensätze zwischen zwei feindlichen Lagern. Damals stand auf dem einen Pol die auf dem Wiener Kongreß von 1815 gegründete „Heilige Allianz“ der Fürsten, die „Heilige Allianz“, die die monarchistische Staatsordnung verteidigte, den Frieden und die „Heiligkeit der Verträge“ schützte. Auf dem anderen Pol stand das „junge Europa“ der bürgerlichen Revolution. Jetzt sehen wir ähnliche Widersprüche: auf dem einen Pol sehen wir „einen Pazifismus der Herrschenden und Satten“, auf dem anderen „kriegerisch-revolutionäre Gegentendenzen“. Der Träger dieser Tendenzen ist der Bolschewismus.

Rein äußerlich ist dies eine für die Bolschewiki sehr schmeichelhafte Analogie; aber ihrem Wesen nach unterstellt diese heuchlerische Formel, daß die imperialistischen Staaten den Frieden, die Bolschewiki dagegen den Krieg wollen. Otto Bauer zieht formell einen Trennungsstrich zwischen sich und Kautsky:

„Nichts wäre für die Zukunft gefährlicher,“ sagt er, „als eine solche Stellung der Internationale (die Position Kautskys. A. M.) zu dem Bolschewismus. Die Bolschewiki sind unzweifelhaft eine von einem Teil des russischen Proletariats gestützte, eine unzweifelhaft revolutionäre und unzweifelhaft sozialistische Partei.“

Wenngleich er nun die Interpretierung des Bolschewismus durch Kautsky ablehnt, schließt er sich doch voll und ganz den Bolschewiki gegenüber der Position an, die die „führende Gruppe der russischen Sozialdemokratie — Martow, Dan und Abramowitsch“ einnahmen und einnehmen. Er liest daher dem „linken Flügel der englischen Arbeiterpartei“ gehörig den Text, der sich dem Bolschewismus gegenüber „naiv, unkritisch, ohne wirkliches Verständnis seiner Tendenzen“ verhält. Der linke Flügel der englischen Arbeiterpartei, sagt er, begreift es nicht, daß wir den Bolschewismus insbesondere deshalb bekämpfen müssen, weil

„die auswärtige Politik der Sowjetunion . . . in letzter Instanz auf Krieg eingestellt ist und darum unabwendbar in Gegensatz tritt zur Politik unserer Internationale, die die energischsten Anstrengungen, einen neuen Weltkrieg zu verhüten, als eine ihrer obersten Aufgaben betrachtet muß.“

Otto Bauer bestreitet nicht den reaktionären Untergrund des „Pazifismus“ des Völkerbundes und spöttelt gutmütig über die Illusionen verschiedener Sektionen der II. Internationale in bezug auf den Völkerbund. Er sympathisiert auch von ganzem Herzen mit der Befreiungsbewegung der Völker des Ostens. Soweit jedoch diese Bewegung die Form einer Revolution annimmt, zudem von den Bolschewiki unterstützt wird, muß sie unvermeidlich zum Kriege führen, der die europäische Zivilisation vernichten wird; daher müssen die Völker des Ostens die Entscheidung über ihr Schicksal der westeuropäischen „Demokratie“ und den Parteien der II. Internationale anvertrauen, die dafür sorgen werden, daß der Völkerbund sich aus einem Instrument der Erhaltung in ein Instrument der Umbildung der gegenwärtigen Staatsordnung verwandelt, zum Schutze der nationalen Minderheiten, zur Gewährung einer Selbstverwaltung an die Kolonialvölker, zur Beseitigung der nationalistischen Wirtschaft des Protektionismus. Somit empfiehlt Otto Bauer nach allen Komplimenten wegen des revolutionären Geistes der Bolschewiki, nach allen Willkommengrüßen an die Völker des Ostens, die um ihre Befreiung ringen, nach allen freundschaftlichen Vorwürfen gegen die rechten Sozialdemokraten, die sich allzu großer Illusionen bezüglich des Völkerbundes hingeben, letzten Endes dennoch, das Geschick der Völker und der unterdrückten Klassen diesem selben Völkerbunde anzuvertrauen, dem die Partei der II. Internationale schon den rechten Weg weisen werde, nachdem sie das Vertrauen der Mächtigen dieser Welt durch bescheidenen Verzicht auf jegliche revolutionäre Abenteuer errungen haben werde.

Diese österreichische bürgerlich-pazifistische Weisheit lag der Resolution der Ostfrage zugrunde, die auf dem Marseiller Kongreß zur Annahme gelangte und von Otto Bauer verfaßt worden war. Wir wollen hier auf diese Resolution nicht näher eingehen, da sie bereits in unserer Zeitschrift dargestellt worden ist\*, und weil sie nur eine Konkretisierung der Grundsätze darstellt, die in dem von uns wiedergegebenen Artikel der Zeitschrift „Der Kampf“ vermerkt waren. Wir heben nur jene Stellen der Resolution hervor, die sich speziell auf die Sowjetrepublik beziehen:

„Die Internationale erklärt und betont insbesondere die Pflicht aller sozialistischen Parteien . . . der aggressiven Politik gegen Sowjetrußland entgegenzutreten.“

\* S. „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 9, 1925. G. Waletzki: „Der Marseiller Kongreß der II. Internationale“.

(Darüber, wie sie entgegenzutreten gedenken, schweigt sich die Resolution wohlweislich aus; die alte Drohung der II. Internationale, im Falle eines Krieges einen allgemeinen Generalstreik zu erklären, fehlt bereits in der Resolution. A. M.)

„Der Kongreß begrüßt die Besserung der internationalen Lage der Sowjetunion, die nach dem Hamburger Kongreß eingetreten ist, hauptsächlich dank dem Auftreten der Sozialistischen Arbeiterinternationale (III) . . . Dieser Umstand gibt der Internationale das Recht, vom russischen Volke zu verlangen, daß es die Wiederherstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Rechte in der Sowjetunion anstrebt, daß es sich jeder aggressiven, annexionistischen Politik seiner Regierung sowie jeder Propaganda widersetzt, deren Ziel es ist, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist überzeugt, daß die Kriegsgefahr sich erheblich verringern würde, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Sowjetrepublik nicht in Händen einer diktatorischen Gewalt, sondern in den Händen der Völker der Sowjetunion selbst liegen würde.“

Dieser Absatz hat, wie wir sehen, den Zweck, den Kampf der Menschewiki gegen die Diktatur des Proletariats durch ein neues demagogisches Argument zu festigen und zu verstärken, nämlich, daß die Diktatur des Proletariats unvermeidlich zu Kriegen führe. Daß die tatsächliche Diktatur der englischen und französischen Bourgeoisie in ihren Staaten reich an Kriegen ist, daß man sie entwaffnen muß, um Kriege zu verhindern, wird in der „objektiven“ Resolution von Otto Bauer nicht erwähnt. Endlich hält es die Resolution für notwendig, in dem Absatz, der sich auf das Recht der Selbstbestimmung der Völker bezieht, konkret nur das Recht auf Selbstverwaltung von Armenien, Georgien und der Ukraine aufzuführen, die sich bereits „selbstbestimmt“ haben; die Resolution erachtet es nicht für notwendig, das Recht auf Selbstverwaltung jener Völker aufzuzählen, die unter dem Joche des Imperialismus stöhnen. Alles das zeigt mit genügender Deutlichkeit, wieweit die Erklärung in der Resolution ernst zu nehmen ist, daß der Kampf gegen die gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik Pflicht aller sozialistischer Parteien sei.

Ich wiederhole, der Sinn der auf dem Marseiller Kongreß gefaßten Entschliebung ist: Das Proletariat muß vor der Bourgeoisie kapitulieren, um eine militärische Katastrophe zu vermeiden.

Glaubt etwa Otto Bauer selbst, daß man durch eine vollständige Kapitulation der II. Internationale und der ihr folgenden Arbeiter erreichen könnte, daß der Völkerbund zu einer Waffe des Friedens wird? Nein, er glaubt das nicht. Als Otto Bauer nach dem Marseiller Kongreß den Wiener Parteifunktionären Bericht erstattete, sagte er u. a.:

„Der Kongreß hat in der Resolution seine Ansichten über die Bedingungen zum Ausdruck gebracht, unter denen die sozialistischen Parteien sich mit dem Garantiepakt einverstanden erklären können. Die Resolution war von dem französischen Genossen Renaudel verfaßt und durch Zusätze anderer französischer und deutscher Genossen ergänzt. Ein österreichischer Sozialdemokrat findet in dieser Resolution gewiß vieles, womit er einverstanden ist, aber er wird das Gefühl nicht los, ob man sich nicht zu sehr Illusionen hingibt? Man denke nur an die zahlreichen Differenzen im Osten, an die Gegensätze zwischen den Großstaaten und der Sowjetrepublik, an die Gegensätze zwischen den Kleinstaaten und der Sowjetrepublik. Und wenn man trotzdem sagt, der Friede müsse durch Verträge zwischen den Regierungen gesichert werden, so darf man doch nicht vergessen, daß auch Belgiens Neutralität durch Verträge gewährleistet war, und daß in dem Augenblick, wo eine Regierung spürt, daß die Interessen der herrschenden Klassen bedroht sind, sie diese Neutralitätsverträge wie einen Fetzen Papier behandelt. Wenn man uns sagt, daß alle im Garantiepakt enthaltenen Gefahren

in dem Augenblicke beseitigt sein werden, wo Deutschland dem Völkerbund beitrifft, so zucken wir Österreicher, die wir schon eine gewisse Erfahrung mit dem Völkerbund haben, nur die Achseln.“

Man sieht, daß Otto Bauer im Grunde seiner Seele ebensowenig an die rettende Wirkung der auf dem Marseiller Kongreß gefaßten Entschließungen glaubt, wie Viktor Adler nicht an die Bedeutung der Entschließungen des Basler Kongresses am Vorabend des Weltkrieges glaubte.

Ist es ihm wenigstens gelungen, die Parteien der II. Internationale auf seine bürgerlich-pazifistische Resolution dauernd festzulegen? Nein, es ist ihm nicht gelungen. Gleich nach der erfolgten Annahme der Resolution verlas de Brouckère auf dem Kongreß eine Deklaration im Namen von zwölf sozialdemokratischen Parteien (Frankreich, Polen, Estland, Lettland, Armenien, Bulgarien, Jugoslawien, Georgien, Finnland, Belgien und Schweden), in der das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß die Resolution sich nicht mit genügender Schärfe gegen die Taktik der Sowjetregierung ausgesprochen habe, die „die Welt durch rote Bajonette revolutionieren“ wolle, die den Weg Napoleons I. gehe. In der Deklaration wird weiter dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Resolution Kolonialfragen streift, während der Kongreß den Beschluß gefaßt hätte, daß die Kolonialfragen erst auf dem nächsten Kongreß nach zwei Jahren (wenn China und Marokko bereits niedergetreten sein werden. A. M.) zur Diskussion gestellt werden sollen. Am Schluß der Deklaration heißt es, daß die vorerwähnten Parteien nur deshalb für die Resolution stimmen, weil in ihr nur von der Pflicht der II. Internationale die Rede ist, für das geknechtete Armenien und das geknechtete Georgien einzutreten.

Wir sehen, daß die Erfolge Otto Bauers nicht groß waren. Doch, was kann man von diesem armen Mann verlangen . . . Auch das schönste Mädchen in Frankreich kann nicht mehr geben, als es hat. Otto Bauer war die Aufgabe zugefallen, erstens, vor der Welt zu demonstrieren, daß noch irgendeine vereinigte II. Internationale existiert, und zweitens, die Wangen dieser verwelkten Schönheit ein wenig zu schminken, damit sie den Arbeitern, die noch der II. Internationale Gefolgschaft leisten, rot erscheinen, und damit es der II. Internationale noch einmal gelingt, das genasführte Proletariat auf den Weg einer Kapitulation vor der Bourgeoisie zu drängen im Namen der Herstellung eines sagenhaften Dauerfriedens in Europa. Und Otto Bauer hat diese Aufträge gewissenhaft ausgeführt.

Ein kläglicher Kongreß, ein kläglicher Kongreßheld. Zum Glück werden die Geschicke des Proletariats nicht von ihnen, sondern ihnen zum Trotz entschieden werden.

R. PALME DUTT :  
 DER „ROTE FREITAG“ UND SEINE  
 AUSWIRKUNGEN

Der direkte Zusammenstoß der englischen Regierung und der vereinigten Gewerkschaftsbewegung am 30. Juli 1925, dessen Ergebnis der vorübergehende Rückzug und die Vertagung des Konfliktes seitens der Regierung war, ist der erste Akt in einer Reihe heraufziehender Kämpfe, die an Ausdehnung umfangreicher zu sein versprechen als alle bisherigen. Ähnlich der Lage beim Sturz der Cuno-Regierung in Deutschland im Jahre 1923 (abgesehen von dem Unterschied im Umfang und dem erreichten Stadium in der Entwicklung) hat dieser erste Erfolg des gemeinsamen Kampfes der Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins einen machtvollen Anstoß gegeben, und es beginnt jetzt eine Periode intensiver Vorbereitungsarbeit für die künftigen Auseinandersetzungen. Diese Vorbereitungsarbeit ist besonders wichtig, damit der „Deutsche Oktober“ nicht seine Analogie findet in der kommenden Periode in England.

Der „Rote Freitag“ ist der Name, den man dem Abkommen vom 31. Juli 1925 gegeben hat, zum Unterschied von dem „Schwarzen Freitag“, dem 15. April 1921, wo das solidarische Zusammenstehen der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Offensive im letzten Moment hintertrieben wurde durch den Verrat der reformistischen Führer, was eine schwere Niedergedrücktheit der Arbeitermassen zur Folge hatte. Dieser Name widerspiegelt zum Teil die übertriebene Auffassung „eines Sieges“, als den die reformistischen Führer dieses Abkommen darstellen (während es in Wirklichkeit noch kein Sieg, sondern nur eine Vertagung des Konfliktes war). Doch in ihm klingt auch die berechtigte Freude über das Einsetzen der Massensolidarität, und er hat darum allgemeine Anerkennung gefunden.

Der „Rote Freitag“ rechtfertigt in verblüffender Weise die von der Kommunistischen Internationale vom 3. bis zum 5. Kongreß entwickelte Linie der Einheitsfront und der Kampagne für die Internationale Gewerkschaftseinheit. In England haben diese Losungen einen besonders günstigen Boden gefunden. Das Versagen der englischen Bewegung angesichts der kapitalistischen Offensive im März 1921, eine Folge der fehlenden Einheit, ist die Ursache, daß die Losung der Einheitsfront in weiten Kreisen Anerkennung und Popularität gefunden hat. Die Kräfte, die sich im Verlauf der Einheitsfront-Kampagne sammelten, hatten ihre erste Musterung und Aktion in dem Kampf am „Roten Freitag“, und sein Erfolg überzeugte die Arbeiterklasse von der Richtigkeit der Einheitsfronttaktik.

Hinsichtlich seiner Ergebnisse ist der „Rote Freitag“ ein ebenso wertvolles Beispiel der revolutionären Bedeutung der Einheitsfront für die Entwicklung der Arbeiterklasse. Der Wert dieses ersten Erfolges der Massensolidarität liegt gerade in dem Anstoß, den er der weiteren Entwicklung gibt, in der unmittelbaren Ausweitung der Situation zu einem sichtbaren Aufeinanderprallen der Klassenkräfte, in dem Anstoß, den das Klassenbewußtsein und die weitere

Entwicklung der Massenbewegung erhält, in dem unvermeidlichen Prozeß der Differenzierung der Führer angesichts neu auftauchender Fragen, in der Tatsache, daß er neue Fragen, ja die Machtfrage selber, in den Vordergrund rückt.

International ist der „Rote Freitag“ der erste Sieg der neuen Kräfte, die sich um das Banner der internationalen Gewerkschaftseinheit scharen, und ein Ansporn für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, ihren Rückzug zum Stillstand zu bringen und in neuem Kampf vorwärts zu stoßen. Für die unterdrückten Völker des Imperiums endlich bedeutet er das Aufsteigen neuer Kräfte im Herzen des Imperiums selbst, die gewillt und fähig sind, gegen die Bourgeoisie den Kampf aufzunehmen, auf die sie als auf mächtige Verbündete für ihre Kämpfe vertrauensvoll blicken können.

### *Die Gründe der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes*

Der „Rote Freitag“ reiht sich an eine Serie von Zusammenstößen in der englischen Geschichte der letzten fünfzehn Jahre. 1911, das Jahr der sogenannten „Arbeiterunruhe“ und des großen Eisenbahnerstreiks, mit dem direkten Eingreifen der Regierung und der Durchführung militärischer Schutzmaßnahmen in bezug auf die Eisenbahnen, eröffnete die neue Periode von Klassenkämpfen. An ihrem Ausgangspunkt Wirtschafts- und Gewerkschaftskämpfe, zogen sie durch ihre Ausdehnung das ganze Land in Mitleidenschaft und führten unvermeidlich zum direkten Konflikt mit der Regierung, womit sie zu politischen Kämpfen wurden. 1912 brachte den großen Bergarbeiterstreik, in dessen Verlauf sich die Regierung zu einer teilweisen Kapitulation in der Frage des Mindestlohnes gezwungen sah. Dann kam 1919, das Jahr der revolutionären Gärung, mit dem drohenden, dank der Regierungsdiplomatie und der „Kohlenkommission“ allerdings hintertriebenen Bergarbeiterstreik und dem allgemeinen Eisenbahnerstreik, dem schärfsten bis jetzt zwischen der Regierung und den Arbeitern ausgefochtenen Konflikt, der vorübergehend den Angriff auf die Löhne zurückschlug. Das Jahr 1920 brachte die „Aktionskomitees“, die durch den direkten Druck auf die Regierung den Krieg gegen Rußland verhinderten. Im Jahre 1921 sehen wir die entscheidende Prüfung des Dreiverbandes der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter gegen die Regierung und die Niederlage des „Schwarzen Freitag“. 1925 endlich brachte die Wiedererrichtung der proletarischen Front und den Vorstoß des „Roten Freitag“.

1911 — 1919 — 1920 — 1921 — 1925: diese Zusammenstöße sind Wegzeichen in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse. Sie waren jeder in seinem Umfang und seiner Bedeutung größer als der vorhergehende, und jeder hat mit zunehmender Gründlichkeit die Zukunftsfrage gestellt, indem er der Arbeiterklasse sowohl wie der Bourgeoisie zum Bewußtsein brachte, daß es um entscheidende Fragen geht, und indem er die Möglichkeit revolutionärer Lösungen immer entschiedener in den Vordergrund rückte.

Was ist der Sinn dieser Zusammenstöße? Sind es sporadische und ruckweise Aufwallungen des gewöhnlichen wirtschaftlichen Kampfes unter den neuen Bedingungen der großen Industrie und des virtuellen Staatskapitalismus in England? Oder stellen sie eine fortlaufende und aufsteigende Reihe von Kämpfen dar, die sich unvermeidlich vertiefen und ausdehnen, um

schließlich in einen revolutionären Kampf auszumünden? Die objektiven Bedingungen sprechen für die letzte Perspektive.

Die einander ablösenden und an Tiefe zunehmenden Wirtschaftskämpfe, die für die englische Arbeiterklasse der gegenwärtigen Periode charakteristisch sind, spiegeln den mit wachsender Schnelligkeit vor sich gehenden Niedergang der Wirtschaftslage in England wider und den daraus folgenden steigenden Gegensatz zwischen dem englischen Kapitalismus und der Arbeiterklasse. Diesem Prozeß kann der englische Kapitalismus, der sich heute nur dank dem verschärften Klassenkampf in England zu halten vermag, nicht enttrinnen. Der Prozeß begann bereits vor dem Kriege; 1911 war das einleitende Signal der neuen Periode, seit dem Kriege vollzieht er sich mit ungeheurer Schnelligkeit.

Mit Bezug auf den Niedergang des englischen Kapitalismus, über den allgemein gesprochen wird, ist eine genauere Definition vonnöten. Die englische kapitalistische Klasse ist noch immer sehr stark: in gewisser Hinsicht (der wirtschaftlichen Durchdringung außereuropäischer Länder) macht sie sogar noch Fortschritte. Die Profite der englischen Kapitalistenklasse (wie sie in den Ziffern des Nationaleinkommens, der Mehreinkommen- (super-tax) und Erbschaftssteuern zum Ausdruck kommen) belaufen sich rund gerechnet auf das Doppelte der Vorkriegszeit, das ist auch bei Berücksichtigung der Veränderungen im Werte des Geldes ein positives Wachsen. Aber die Grundlagen des englischen Kapitalismus werden durch das Aufsteigen neuer Weltfaktoren in wachsendem Maße untergraben, und die Anstrengungen der englischen Bourgeoisie, sich den neuen Bedingungen anzupassen und eine neue Grundlage zu finden, führen zu wachsendem Druck und Kampf im Imperium sowohl wie zu Hause, so daß der englische Kapitalismus in einen fehlerhaften Kreislauf gerät und die englischen Staatsmänner sich in zunehmendem Maße einem unlösbaren Dilemma gegenübergestellt sehen.

Der englische Vorkriegskapitalismus beruhte auf seiner internationalen Finanz-Vormachtstellung, dank der die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der großen Exportindustrien — Kohle, Eisen, Stahl, Maschinen, Textilien — möglich war, die über alles Maß hinaus entwickelt wurden, auf Kosten des heimischen Bedarfs. (Die Wohnungsnot datiert seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Sinken des Reallohns.) So war schon vor dem Kriege die Struktur höchst unnatürlich und schwankend, und die sich verschlechternde Lage der Arbeiter führte zu den ersten großen Massenbewegungen. Nur den großen auswärtigen Investierungskrediten, die die Industrieprofite und die Armut der Arbeiter ermöglichten, war die Hereinbringung immer neuer Aufträge auf Eisenbahnen, Lokomotiven, Maschinen gedankt, trotz der verschärften internationalen Konkurrenz und der wachsenden Weltproduktion; und dieser Prozeß verschärfte die industrielle Konkurrenz unaufhaltsam.

Der alte Stand der Dinge ist durch den Krieg unvermeidlich und endgültig beseitigt worden. Die finanzielle Vormachtstellung ist auf Amerika übergegangen, die schon schwankende Stellung der englischen Industrie war auf der alten Basis angesichts der Zusammenschrumpfung der Märkte und der beschleunigten Entwicklung neuer industrieller Mächte in der ganzen Welt nicht aufrechtzuerhalten. Die englische Bourgeoisie mußte nach einer neuen Grundlage suchen.

Zwei Prozesse waren für die Wiederherstellung der englischen kapitalisti-

schen Macht unerläßlich: 1. die Wiederherstellung ihrer finanziellen Weltvormachtstellung (wenn nötig zusammen mit Amerika); 2. eine Reorganisation der britischen Industrie, um sie den neuen Bedingungen der internationalen Konkurrenz anzupassen. Aber die britische Bourgeoisie war nicht stark genug, um beides in Angriff zu nehmen, und sie mußte sich für einen der beiden Wege entscheiden. Sie wählte den ersten. Die vieldisputierten Pläne der Nachkriegs-„Rekonstruktion“ (die sehr kostspielig und ohne Inflation nicht möglich gewesen wären) wurden fallen gelassen. Der Angelpunkt der britischen Politik seit dem Waffenstillstand war die Wiederherstellung des Goldstandards. 1925 war das erreicht, und das englische Geld stand nominell in der ganzen Welt in gleichem Werte mit dem amerikanischen. In diesem Kampfe wurden die Auslandsinvestitionen Englands aufgebaut, aber den heimischen Industrien wurde ein schwerer Schlag zugefügt. Das hohe Preisniveau machte eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkte unmöglich; fünf Jahre hindurch gab es einen faktischen Stillstand in der britischen Industrie, mit ein bis zwei Millionen Beschäftigungslosen. Und viele der Unternehmungen blieben technisch zurück im Vergleich zu Frankreich, Deutschland, Amerika und den neuen Industrieländern. Andererseits war die finanzielle Macht nicht anders aufrechtzuerhalten als auf der Basis von Industrieerträgen, die nur möglich waren bei „Herabdrückung der Produktionskosten“, d. h. der Lebenshaltung der Arbeiter (da eine wirksame technische Reorganisation ja nicht in Frage kam), und dies war die Ursache der neuen kapitalistischen Offensive im Jahre 1925.

Während dieser „mageren“ Jahre konnte die Bourgeoisie ein hohes Einkommenniveau erhalten, teils auf Grund der Profite der bewußt eingeschränkten und spezialisierten Produktion, teils auf der Basis ihrer auswärtigen Investitionen und Unternehmungen in der ganzen Welt, d. h. auf Kosten der Kolonialarbeiter. In dieser Weise stärkte die Rückkehr zum Goldstandard die Stellung der englischen Bourgeoisie in der ganzen Welt zum Schaden der englischen Arbeiter. Hand in Hand mit dem Niedergang der heimischen Industrie ging eine Ausdehnung der britischen kapitalistischen Industrie im Auslande; die auf Grundlage des Berichts der indischen Industriekommission von 1911—1918 bewußt unternommene Industrialisierung Indiens und der Aufbau des neuen Kolonialreiches im mittleren Osten sind vorwiegend das Werk des britischen Nachkriegskapitalismus. Führende britische Industriefirmen sind in den Dominionen und Kolonien an die rasche Entwicklung von Unternehmungen gegangen, auf die sie in wachsendem Maße als auf ihre sicherste Profitbasis blicken. Dieser Prozeß ist, wirtschaftlich gesehen, noch im Anfangsstadium; zu Ende geführt, würde er die Rolle Englands auf die einer bloßen parasitären Metropole des Imperialsystems beschränken: eines verwaltenden und verzehrenden Zentrums, in dem nur einige, besondere Qualifikationen erheischende Produktionszweige, Luxusgewerbe usw., erhalten blieben — eine Tendenz, die schon heute sichtbar ist.\*

\* Der Bericht des Vorsitzenden der Handelskammer im Unterhause am 6. Juli 1925 über die wirtschaftliche Lage des vergangenen Jahres zeigte einerseits Depression in den grundlegenden Industrien (Kohle: Sinken des Exports um 25 Prozent; Roheisen: Sinken der Produktion um 33 Prozent; Stahl: Vorkriegsproduktion, aber angesichts bedeutend gesteigerter Produktionskapazität; Schiffbau: „schlechte Lage“; Baumwolle: „schrumpfende Tendenz“), während die Luxusindustrien glänzend dastehen (Motore: „Hochkonjunktur“; Fahrräder: „gute Geschäftslage“; Gummi: „gut“; Chemikalien: „steigende Tendenz“; Seide: „steigende Tendenz“). Es ist dies ein sehr bezeichnendes Bild.



Auf diese Weise versucht der britische Kapitalismus, sich den neuen Bedingungen anzupassen und sich eine wirklich neue Grundlage zu schaffen.

Aber diese neue Grundlage läßt neue Widersprüche aufsteigen, die die auflösenden Faktoren, deren sich der englische Kapitalismus gegenüber sieht, nur steigern.

Vor allem bedeutet die Entwicklung des Kolonialreiches, die wachsende Verwandlung der Dominions und Kolonien aus Rohstoffquellen und Märkten in Zentren der industriellen Produktion nicht nur die Schwächung der heimischen Industrien, sondern auch die unabwendbare Entwicklung der Kolonien in der Richtung zur Unabhängigkeit. Eine einheimische Bourgeoisie entsteht, die schrittweise die unabhängige Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter zu erobern trachtet und entweder zur Unabhängigkeit drängt oder nach dem Kreis der stärkeren Finanzmacht — Amerika tendiert. Gleichzeitig bringt die Entwicklung eines einheimischen Proletariats und die zunehmende Ausbeutung der Bauern neue revolutionäre Kräfte in den Vordergrund. So führt der neue Prozeß der Entwicklung zur Stärkung der auflösenden Faktoren im britischen Kolonialreich.

Zweitens zerreißen auf der neuen Grundlage die alten Bande zwischen dem britischen Kapitalismus und der britischen Arbeiterklasse, die die Basis der in dem alten Trade Unionismus zum Ausdruck gekommenen Klassenharmonie waren. Die Wurzel dieser Harmonie war das scheinbar gemeinsame Interesse am Gedeihen des Kolonialreiches, auf dem die britische Industrie beruhte. Die Entwicklung der Industrie in den Kolonien und Dominions vernichtet die bisherige Position der britischen Industriearbeiter. Vor allem zerstört die Entwicklung dieser Industrie auf der Grundlage der maßlos ausgebeuteten Kolonialarbeiter den herkömmlichen Lebensstandard der britischen Arbeiter. Der Weiterbestand der britischen Industrie unter den neuen Bedingungen der Weltkonkurrenz erheischt immer brutalere Angriffe gegen den Lebensstandard der Arbeiter. Der gleiche Prozeß, der trotz des Niedergangs der britischen Industrie der Bourgeoisie neue und selbst gesteigerte Profite bringt, hat für die britischen Arbeiter Arbeitslosigkeit, Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, Lohnkürzungen und Verlängerung ihrer Arbeitszeit zur Folge.

Auf diese Weise erfolgt eine völlige Scheidung der Interessen zwischen der britischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Diese Scheidung findet ihren Ausdruck in der zunehmenden Verschärfung des Konfliktes um Lohnfragen, in einer immer konzentrierteren kapitalistischen Offensive, in einer immer konzentrierteren proletarischen Verteidigung. Aber dieser Kampf nimmt unvermeidlich einen immer revolutionäreren Charakter an: 1. weil die Erweiterung des wirtschaftlichen Kampfes ihn aus einem isolierten Kampf zwischen einer Unternehmerschicht und einer Gewerkschaft zu einem Kampf zwischen der Regierungsgewalt und der organisierten Arbeiterklasse werden läßt; 2. weil die Lage der Wirtschaft eine Fortführung der alten Politik der wechselseitigen Konzessionen nicht mehr zuläßt und die Arbeiter darum zu grundlegenden Forderungen — Nationalisierung, Kapitalsteuer und ähnlichem — getrieben werden; 3. weil die Arbeiter in dem Maße, wie sie sich der neuen Bedingungen bewußt werden, ihre gemeinsamen Interessen mit der internationalen Arbeiterklasse und den Kolonialarbeitern der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber erkennen. Alle diese Umstände erweitern den Ge-

sichtskreis der Arbeiter und führen dazu, daß sie ihren Kampf als Kampf um die Macht erkennen.

Dieser Prozeß ist die wirtschaftliche Grundlage der „Revolutionierung“. Und dieser Prozeß kann nicht haltmachen vor den Grenzen der bestehenden Struktur des britischen Kapitalismus. Der Interessengegensatz wird fortab nicht abnehmen, sondern zunehmen; er läßt sich nicht ausgleichen, er führt unabweisbar zu revolutionären Kämpfen.

Aus diesen Gründen wird der Typ der Zusammenstöße, wie ihn der „Rote Freitag“ darstellt, auf gesteigerter Stufenleiter wiederkehren, um schließlich in das Stadium der unmittelbaren revolutionären und konterrevolutionären Kämpfe auszumünden.

Der „Rote Freitag“ ist infolgedessen keine isolierte Episode in dem Kampf der Gewerkschaften um Lohnfragen; er stellt eine Stufe dar in dem sich entwickelnden Klassenkampf in England und einen entscheidenden Markstein in dem vor sich gehenden Revolutionierungsprozeß der britischen Arbeiterklasse.

### *Der „Rote Freitag“*

Im Verlauf der gegenwärtigen Periode sind in England zu wiederholten Malen die Bergarbeiter der Mittelpunkt des Kampfes gewesen. 1919 war das so, 1920, 1921, und 1925 ist es erneut der Fall.

Der Grund hierfür ist, daß die neue wirtschaftliche Lage der Industriearbeiter am schärfsten und grausamsten in den Bedingungen der Bergarbeiter zum Ausdruck kommt. Die Weltbedingungen, neue Kraftquellen, die Entwicklung der Kohlenproduktion außerhalb Europas und im besonderen der Einfluß der Reparationskohle und die Auswirkungen des Dawesplanes — alles das zusammen hat die Lage der britischen Bergarbeiter erschüttert. Bei Ausbruch der Krise 1925 war ein Drittel der Bergarbeiter arbeitslos. Die Bergarbeiter sind im Zeitraum weniger Jahre aus der Stellung einer Arbeiteraristokratie hinabgeschleudert worden in buchstäbliche Hungerbedingungen. Hunderttausende verdienen weniger als 12 Schilling wöchentlich. Parallel mit dieser Entwicklung vollzog sich eine Revolution in ihrem Denken. Vor dem Kriege war es Tradition bei den Bergarbeitern, auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu stehen; sie verließen als letzte die Liberalen, und sie schlossen sich als letzte große Abteilung der Labour Party an. Seit dem Kriege sind die Bergarbeiter die revolutionäre Avantgarde der englischen Arbeiterklasse geworden. So fand der Prozeß der Proletarisierung der englischen Arbeiterklasse sein klarstes Beispiel in dem Fall der Bergarbeiter.

In dieser Weise sind die Bergarbeiter seit dem Kriege der Mittelpunkt des Kampfes gewesen. Der Hauptstoß jedes neuen kapitalistischen Angriffes richtete sich gegen sie. Vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus ist die Kohle der Schlüssel für die Verbilligung jeglicher Produktion. So ist die Frage der Bergarbeiterlöhne ständig die entscheidende Frage der Gesamtarbeiterklasse gewesen.

Aus einem weiteren Grunde ist in der gegenwärtigen Periode die Frage des gemeinsamen Kampfes gerade für die Bergarbeiter von Wichtigkeit. Der völlige Umschwung in den Wirtschaftsbedingungen bedeutet, daß die Berg-

arbeiter nicht mehr die ökonomische Macht besitzen, die sie ehemals hatten. Gleich den Technikern sind sie durch die neue Wirtschaftslage in eine Position äußerster Schwäche geraten. Die stärkste Macht in wirtschaftlicher Hinsicht repräsentieren heute die Eisenbahner und Transportarbeiter, die in der Lage sind, mit einem Schlag die ganze Produktion zum Stillstand zu bringen. Es ist darum äußerst wichtig, daß die Gewerkschaften in ihren Kämpfen der gegenwärtigen Periode zusammenstehen, da die meisten viel zu geschwächt sind, um separate Kämpfe führen zu können.

Aus diesem Grunde bedeutete die Preisgabe der Bergarbeiter durch die Eisenbahner (unter der Führung von Thomas) im Jahre 1921 den schwersten Rückschlag in der Nachkriegsgeschichte der Arbeiterbewegung.

Nach den Niederlagen von 1921 und 1922 folgte für die Arbeiter eine Depressionsperiode. Erst im Verlauf des Jahres 1923 begannen langsam die ersten Anzeichen einer Besserung sichtbar zu werden und ein neuer Wille zum Kampf und zur Wiedereroberung des verlorenen Bodens. Die Kommunistische Partei hat in dieser Depressionsperiode — anfangs fast allein — in der ganzen Gewerkschaftsbewegung ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet, um den Kampfgeist der Arbeiter wieder zu erwecken; die Früchte dieser Arbeit zeigten sich in der schnellen Entwicklung der im Sommer 1924 begonnenen Minderheitsbewegung und in der starken Verankerung des kommunistischen Einflusses, trotz der kleinen Zahl von Parteimitgliedern, in fast allen Teilen der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Das Wachsen dieses Einflusses beweisen zum Teil die folgenden Zahlen: Anfang 1923 wurde der „Workers Weekly“ herausgegeben als Parteiorgan zur Durchführung erweiterter Arbeit unter den Massen, unter hauptsächlichlicher Konzentrierung auf die Gewerkschaftsarbeit. Das Blatt hatte eine sofortige Auflage von 50 000. Im Sommer 1924 versammelte die 1. Konferenz der Minderheitsbewegung Vertreter von 270 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die außerordentliche Einheitskonferenz der Minderheitsbewegung Anfang 1925 vereinigte die Vertreter von 600 000 Arbeitern. Die 2. Konferenz der Minderheitsbewegung im August 1925 vereinigte die Vertreter von 750 000 Arbeitern. Ein wichtiger Gradmesser des wachsenden Einflusses war die Wahl des Kandidaten der Minderheitsbewegung A. J. Cook zum Sekretär des Bergarbeiterverbandes Anfang 1924. Das Erwachen des Bewußtseins der Massen während der Jahre 1924 und 1925 vollzog sich mit äußerster Schnelligkeit. Die Rolle der Labour-Regierung in bezug auf dieses Erwachen, das Auftauchen eines linken Flügels in der Gewerkschaftsführung, der Einfluß der Rußland-Delegation und der Kontakt mit den russischen Arbeitern und endlich die Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit — alles das hat zu dieser schnellen Entwicklung beigetragen. Alles das hat, nach den Erfahrungen der vorhergehenden Niederlage und der langen Depression, zusammengewirkt, um eine viel größere Bereitschaft für die kommende Krisis zu schaffen.

So hatte die 1925 brutaler als je erneuerte kapitalistische Offensive es mit einer durchaus anderen Arbeiterklasse zu tun als 1921. Die Arbeiter stellten faktisch in allen wichtigen Industrien Lohnforderungen, und zwar unter dem direkten Einfluß der Partei und der Minderheitsbewegung, die es vermochte, ihr Programm durch einen Massendruck den Gewerkschaftsführern aufzuzwingen. Die Kapitalisten antworteten mit Gegenforderungen nach Lohnherabsetzungen; besonders brutal waren die Forderungen der Grubenkapita-

listen, die für den 30. Juni die Aussperrung angedroht hatten. Aber dieses Mal hatte der Einheitsgedanke innerhalb der Arbeiterklasse einen starken Widerhall gefunden.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels die Mängel der Einheitskampagne aufzuzeigen gegenüber der kapitalistischen Offensive, die zur Hauptfrage in der ersten Hälfte des Jahres 1925 wurde. Die kommunistische Losung eines Arbeiterbündnisses zur Abwehr des Angriffes wurde anfangs nicht ernst genommen und gewann erst allmählich Boden. Aber die Lage im Jahre 1925 zeigt im Gegensatz zu der von 1921 einen höchst charakteristischen Unterschied, der für die Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Unterschied liegt in der Tatsache, daß 1925 die Elemente einer zentralen Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden waren.

1921 brachte den Versuch zur Bildung einer gemeinsamen Front der Arbeiter durch den sogenannten „Dreiverband“ der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter. Aber dieses Bündnis hatte keine einheitliche und gemeinsame Führung; es war zustande gekommen auf der Grundlage einfacher Kombinierung auseinanderstrebender Interessen, und in der Stunde der Prüfung brach es zusammen.

Im Jahre 1925 dagegen bestand eine gemeinsame führende Körperschaft — der Generalrat. Zwar hatte der Generalrat noch keinerlei Aktionsvollmachten; die seit den letzten drei Jahren geführte Kampagne der Kommunisten für die Übertragung der Zentralvollmacht für die ganze Bewegung auf den Generalrat hatte ihr Ziel noch nicht erreicht, wenngleich diese Kampagne die Stellung des Generalrates unzweifelhaft gestärkt hat wie auch die Bereitschaft, in ihm den berufenen Führer zu sehen. Immerhin existierte der Generalrat, und dank seiner linken Führerschaft und seiner Einheitskampagne hatte er einen großen moralischen Einfluß gewonnen als erstes Element einer Klassenführung in den zentralen Organen der englischen Bewegung. Und es ist bezeichnend, daß der entscheidende Einfluß bei der Vereinigung der Arbeiter in der Stunde der Krise vom Generalrat ausging als dem Vertreter der gemeinsamen Interessen der Gesamtbewegung.

Zwei Monate vor der Krise hatten langwierige Besprechungen stattgefunden über die Bildung eines Arbeiterbündnisses zwischen den Bergleuten, Eisenbahnern, Technikern und Transportarbeitern. Der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, hatte von seinem Amtsantritt an sich unermüdlich der Festigung der gemeinsamen Front gewidmet. Diese Arbeiten hatten einen großen vorbereitenden Wert; indessen gestalteten sich die Verhandlungen besonders angesichts einer zahlreichen nur schlecht verhüllten Gegnerschaft so langwierig, daß es klar wurde, daß das Arbeiterbündnis, selbst wenn es zustande kam, in der herannahenden Krise keine Rolle zu spielen vermochte. In diesem Moment übernahm der Generalrat die direkte Führung. Die Bergarbeiter unterstellten sich ihm rückhaltlos.

Am 10. Juli faßte der Generalrat den folgenden Beschluß:

„Der Generalrat ist überzeugt, die gesamte Gewerkschaftsbewegung hinter sich zu haben, wenn er sich ohne Einschränkung und rückhaltlos dem Bergarbeiterverband zur Verfügung stellt und ihm jede mögliche Unterstützung zusagt.“

Am 24. Juli fand auf Einladung des Generalrates ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß statt, der sich mit den Bergarbeitern solidarisch erklärte. Ein entscheidender Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt.

Am 25. Juli verhandelte der Generalrat mit den Eisenbahnern, deren Mitwirkung die entscheidende Frage war. Bis zu dieser Stunde war die Mitwirkung der Eisenbahner fraglich; ihre maßgebendsten Führer (Thomas und Cramp) gehörten dem äußersten rechten Flügel an und verhielten sich jeglicher Streikaktion gegenüber absolut ablehnend. Aber diese Verhandlungen führten zu dem Beschluß, daß die Eisenbahner und die (ebenfalls vertretenen) Transportarbeiter eine wirksame Hilfe leisten würden durch die Verweigerung des Transports von Kohle für den Fall, daß die Grubenkapitalisten die beabsichtigte Aussperrung durchführten.

Dies war der Wendepunkt. Von diesem Moment an bemühte sich die Regierung, eine Regelung des Konfliktes herbeizuführen. Es ist klar, daß der durch den Generalrat zum Ausdruck gebrachte Einfluß der Gesamtbewegung für die Eisenbahner entscheidend war. Der Eisenbahnerführer Cramp erklärte einen Tag nach dem entscheidenden Beschluß folgendes:

„Als gestern sämtliche Transportgewerkschaften eingeladen wurden, vor der Sonderkommission des Generalrats der Gewerkschaften zu erscheinen, war es für uns klar, daß die Bergarbeiter sich in einer verzweifelten Lage befinden, daß sie möglicherweise, ja bestimmt — sprechen wir es nur ganz brutal aus — den Kampf allein nicht würden führen können. Die Eisenbahnerverbände sind heute unzweifelhaft die mächtigsten in diesem Lande, insofern irgendeine allgemeine Stilllegung in Betracht kommt . . . . Das wird die allernächste Annäherung an einen allgemeinen Wirtschaftskampf sein, die wir bisher gesehen haben, und niemand kann vorläufig sagen, zu welchem Ende es führen wird.“

Thomas erklärte folgendes:

„Die Lage hat eine ganz neue Wendung genommen. Der einstimmige Beschluß sämtlicher Eisenbahner-Exekutiven, vom Moment der Aussperrung an keine Kohle zu transportieren, ist meiner Überzeugung nach gleichbedeutend mit einem absoluten Stillstand.“

Die Zitate zeigen klar, daß dank dem direkten Eingreifen des Generalrats der gemeinsame Wille der Massen über die Feindschaft gegen die Einheitsfront den Sieg davongetragen hatte. Diese Tatsache ist von außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft der proletarischen Kämpfe in England und beweist die absolute Notwendigkeit einer zentralen Führung auf einer Klassengrundlage.

Die Endkrise brachte der 30. Juli. Der Premierminister, der noch immer hoffte, daß die Front der Arbeiter im letzten Moment noch, wie 1921, auseinanderreißen würde, hatte noch am Morgen die Erklärung abgegeben, daß von einer Finanzhilfe für die Bergwerksindustrie nicht die Rede sein könne (die Finanzhilfe war faktisch ein Geschenk an die Grubenbesitzer, um sie zur Rücknahme ihres Aussperrungsbeschlusses zu veranlassen). Er erklärte rund heraus:

„Alle Arbeiter dieses Landes werden sich mit einer Lohnherabsetzung abfinden müssen, damit die Industrie wieder auf die Beine kommt.“

Diese Erklärung hatte zur Folge, daß die Arbeiter erst recht fest zusammenstanden. Am Morgen wurden Instruktionen über die Verladung aller Arten Kohle ausgearbeitet, die die Unterschriften des Generalrates und der Führer des Eisenbahner- und Transportarbeiterverbandes trugen. Der Aufruf an die gesamte Arbeiterbewegung erschien am nächsten Tage auf der Titelseite des „Daily Herald“. Am Nachmittag fand eine außerordentliche Konferenz aller dem Trade Union-Kongreß angeschlossenen Gewerkschaftsvertreter statt, und diese Konferenz übertrug einmütig die absolute Exekutivgewalt

über die ganze Bewegung dem Generalrat. Die „Times“ bezeichneten dies zutreffend als

„einen wahrscheinlich folgenschwereren Schritt, als ihn irgendeine kombinierte Gewerkschaftsbewegung bisher unternommen hat . . . eine derartige Entschlossenheit und Einmütigkeit hat es bisher in keinem Wirtschaftskampf gegeben.“

Wenige Stunden nach diesem Beschluß trat das Kabinett zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und warf dort seine bisherige Politik über den Haufen, indem es sich für die Finanzhilfe aussprach, um so den Konflikt hinauszuschieben. Ein entsprechender Einigungsvorschlag, der einen neunmonatigen Waffenstillstand auf der Grundlage des Status quo und die Einsetzung einer staatlichen Kommission vorsah, wurde ausgearbeitet und am nächsten Tage angenommen.

Eine Regelung des Konfliktes war das natürlich nicht, sondern nur seine Vertagung. Die Arbeiter hatten faktisch nichts gewonnen, abgesehen von der vorläufigen Zurückziehung des Aussperrungsbeschlusses. Viele Bergarbeiterdistrikte waren äußerst unzufrieden darüber, daß keinerlei Versuch unternommen worden war, ihre Forderung nach ausreichender Entlohnung durchzusetzen, und daß die Solidarität der Bewegung nur eingesetzt worden war, um schließlich eine Regelung zu akzeptieren, die keinen positiven Gewinn brachte.

Nichtsdestoweniger war der direkte Rückzug der Regierung angesichts der vereinten Kampfbereitschaft der Gewerkschaften eine gewaltige Demonstration der proletarischen Macht, die eine tiefe und dauernde Lehre bedeutet. Zum erstenmal seit vier Jahren war die Offensive der Kapitalisten zurückgeschlagen worden, und zwar dank der vereinten Aktion der Arbeiter.

### *Die Politik der Regierung*

Was veranlaßte die Regierung zu ihrem Rückzug?

Die Gründe, von denen sich die Regierung leiten ließ, wurden am nächsten Tag in den „Times“ sehr klar dargelegt (die „Times“ hatten schon einige Tage vorher der Regierung den Rückzug nahegelegt). Das Blatt stellte fest:

1. „Die Gesamtgewerkschaftsbewegung steht durch den Trade Union-Kongreß hinter den Bergarbeitern.“
2. „Die Grubenbesitzer rechneten offensichtlich auf die großen Vorräte. Wenn jedoch die Eisenbahner und übrigen Transportarbeiter es ablehnen, diese fortzubringen, so ist das praktisch dasselbe, als wenn sie nicht da wären.“
3. „Wer da glaubt, daß der drohende Kampf nicht eine ernste und außerordentliche Störung der Ordnung zur Folge haben würde, weiß nichts von der Stimmung, die nicht nur unter den Bergarbeitern, sondern im Industriegebiet des ganzen Landes herrscht.“

Die Regierung vollzog den vorläufigen Rückzug, weil die Umstände für einen entscheidenden Konflikt ihr ungünstig waren. Aber dieser vorläufige Rückzug wurde bewußt vollzogen, um den Boden vorzubereiten für einen erfolgreichen Vorstoß gegen die Gesamtgewerkschaftsbewegung in der aller-nächsten Zukunft. Das ging ganz klar hervor aus den Ausführungen des Premierministers und aller Regierungssprecher unmittelbar nach dem Abkommen.

Sofort nach der Krisis ließen die Regierung und die kapitalistische Presse keinen Zweifel darüber, daß von Stund an alle Kräfte konzentriert werden würden auf die Vorbereitung eines entscheidenden und siegreichen Kampfes, selbst unter Anwendung äußerster Mittel.

Nach dem politischen Korrespondenten der „Times“ ist die Regierung der folgenden Meinung:

„Die Mehrheit des Kabinetts war sich darüber einig . . . daß, falls es unvermeidlich wäre (was sie bezweifeln), daß die Kräfte von Gesetz und Ordnung früher oder später in einen Konflikt mit den Gewerkschaftsexekutiven kommen müssen, ein solcher Kampf lang und hart werden würde. Wenn jemals ein solcher Kampf zum Austrag gebracht werden müßte, so sollte man die öffentliche Meinung dazu erziehen, sich mit den Konsequenzen abzufinden.“ („Times“ 6. 8. 25.)

Der Premierminister erklärte:

„Wir sahen uns einem großen Bündnis der Gewerkschaften gegenüber, die die Macht und den Willen hatten, ihrem Lande gewaltigen und nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen . . . Das ist eine ernste Bedrohung . . . Es ist eine sehr düstere Aussicht für die Entwicklung der Volksregierung, daß Männer, die (welchen Standpunkt sie haben mögen) durch die fortschreitende Demokratie nur gewinnen können, Wege gehen im Gegensatz zu aller Demokratie. Ich weiß nicht, ob die von mir geschilderte Politik mit allen ihren Konsequenzen von der gesamten Labour Party akzeptiert wird. Wenn das der Fall wäre, so sehe ich keine Möglichkeiten für eine konstitutionelle Regierung . . . Wenn je die Stunde kommen sollte, wo die Gesellschaft zu ihrem Schutz die gesamte Macht der Regierung einsetzen muß, so wird sie das tun, und ihre Antwort wird die Mächte des Umsturzes in der ganzen Welt in Erstaunen setzen.“ (Unterhaus 6. 8. 25. „Times“-Bericht 7. 9. 25.)

Der Innenminister sagte folgendes:

„Er kam direkt aus dem Kabinettsrat und sagte ihnen, daß die Sache nicht zu Ende sei; daß die Gefahr nicht vorüber sei; daß diese Frage früher oder später von dem Lande werde durchgefochten werden müssen: ob England vom Parlament und dem Kabinet oder von einer Handvoll Gewerkschaftsführer regiert werden sollte. Würde es hier zur Errichtung eines Sowjets kommen, so würde eine schwere Lage entstehen. Andererseits, wenn das Volk bereit wäre, die Regierung zu unterstützen . . . dann sagte er, ganz offen, ganz ernst . . . würde es eine Zeitlang ernste Unruhe im Lande geben; doch wenn das Herz des Volkes gesund wäre, würde es dies ertragen.“ (Rede in Northampton, „Times“ 3. 8. 25.)

Und endlich Mr. Churchill:

„Falls es zu einem Kampfe kommen sollte, gleich welchen Charakters und wie unangenehm die Episoden, die ihn kennzeichnen werden, er zweifle nicht, daß der nationale Staat siegreich aus ihm hervorgehen werde, allen Gefahren zum Trotz. Aber wenn ein solcher Kampf unvermeidlich werden sollte, dann muß es ganz klar sein, daß die entscheidende öffentliche Meinung hinter ihnen stehe . . . In dem Maße, wie der Kampf sich ausweiten und — unvermeidlich zur Frage würde, ob das Land von dem Parlament regiert werden solle oder von irgendeiner anderen, dem Lande als Ganzes auf Grund unserer Wahlen nicht verantwortlichen Organisation, wenn das der Fall wäre, so würden mit dem wachsenden Ernst der Lage alle Kraftquellen dem Staate zu Hilfe kommen müssen und alle Aktionen, die wir heute für unmöglich halten, würden — gerade wie in Kriegszeiten — mit allgemeiner Zustimmung als selbstverständlich hingenommen werden.“ (Unterhaus 6. 8. 25. „Times“ 7. 8. 25.)

Alles dies sind Ausführungen verantwortlicher Regierungsredner. Ihr Sinn ist vollkommen klar und unzweideutig. Sie besagen, daß die Wiederholung eines solchen Widerstandes, wie ihn die Gewerkschaften am „Roten Freitag“ geleistet haben, als Kriegsansage an den Staat betrachtet und mit Maßnahmen beantwortet werden wird „genau wie in Kriegszeiten“.

Die englische Arbeiterbewegung wird sich hierüber klar Rechenschaft geben müssen.

Die kapitalistische Presse hat seit dem „Roten Freitag“ eine ausgedehnte Pressekampagne geführt zur Vorbereitung auf kommende äußerst scharfe Kämpfe. Einige typische Beispiele seien hier angeführt. Der „Observer“ schreibt unter dem Titel „Parlament oder Sowjet“:

„Die Zukunft der demokratischen Regierung und der parlamentarischen Kontrolle ist hinfort eine Frage, die an Bedeutung selbst die der Kohlewirtschaft übertrifft.

Es wäre verbrecherisch von der Regierung, wenn sie sich nicht sofort auf das schlimmste vorbereitet und detaillierte Listen für den Bürger-Sicherheitsdienst ausarbeiten würde.“

Der „Weekly Dispatch“ schreibt:

„Früher oder später muß eine entscheidende Kraftprobe kommen. Wir haben keinerlei Zweifel hinsichtlich des Ausgangs, wenn wir nur vorbereitet sein werden.“

Dieser Pressefeldzug propagierte offen die Verwendung militärischer Machtmittel, faschistischer Organisationen usw.

Die Regierung trifft aktive Vorbereitungen, darunter die Organisierung einer unmittelbar dem Kriegsministerium unterstehenden Spezialpolizei (der keine Gewerkschaftler angehören dürfen).

Es ist unzweifelhaft, daß die Regierung in der kommenden Periode ihre Kräfte für den Klassenkampf im Inlande konzentriert. Im Zusammenhang damit seien die Bemühungen erwähnt, international in den diversen schwebenden Fragen (Frankreich, Deutschland, die Schuldenfrage u. a.) zu einer Regelung zu kommen. Ob die Verschärfung des Klassenkampfes im Inlande den geplanten Vorstoß gegen die Sowjetunion hinausschrieben wird, bleibt abzuwarten.

Zu den wichtigsten Elementen der Regierungsvorbereitungen gehören zweifellos die Bemühungen, die Einheit der Arbeiterbewegung zu zerstören. Hier spielt ihr die verräterische Politik der Labour Party in die Hände. Macdonalds Haltung während der Krisis des „Roten Freitag“ war die einer schlechtverhüllten Feindschaft gegen die Arbeitereinheitsfront, und unmittelbar nach dem Abschluß des Waffenstillstands griff er die Tory-Regierung an, weil sie den extremen Elementen in der Arbeiterbewegung nachgegeben habe, womit er sich als bürgerlicher zeigte als die Bourgeoisie selbst. Macdonald hatte sich bereits vorher als Gegner der Internationalen Gewerkschaftseinheit und der englisch-russischen Einheitskampagne betätigt. Die kapitalistische Pressekampagne hat dies nach Kräften ausgenützt und versuchte in jeder Weise den Gegensatz zwischen der Labour Party und den Gewerkschaften zu unterstreichen und zu verschärfen. Die rechte Führerschaft, die zur Zeit in der Labour Party die Macht hat und auch in den Gewerkschaften noch über großen — wenn auch schon schwindenden — Einfluß verfügt, wird zweifellos alles tun, um die Entwicklung der proletarischen Einheitsfront zu hintertreiben, und die Wahl von Thomas in den Generalrat ist ein Anzeichen dafür. Gegen diese Gefahren müssen die Arbeiter sich sichern.

### *Die Arbeiterbewegung nach dem „Roten Freitag“*

Der Erfolg des „Roten Freitag“ hat der Arbeiterbewegung neues Vertrauen und den Willen zum Kampf gegeben, gestärktes Klassenbewußtsein und weitere Perspektiven, den Ansporn zu verschärfter Aufmerksamkeit für die neuen, vor ihr liegenden Probleme.



Am klarsten zeigte sich das auf dem Gewerkschaftskongreß in Scarborough im September. Es war selbstverständlich, daß dieser Kongreß auf alle Fälle die Linie des Generalrats in der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit gutheißen würde. Daß aber die Tagesordnung des Kongresses vorwiegend Resolutionen enthielt, die der direkten Initiative der (durch die Kanäle der Gewerkschaften wirkenden) Partei- und Minderheitsbewegung entstammten und daß alle diese Resolutionen mit überwältigender Mehrheit gegen eine offene rechte Opposition angenommen wurden — das ist ein Gradmesser für die vor sich gegangene Wandlung. Die bezeichnendsten unter diesen Resolutionen waren:

1. Die Resolution zur internationalen Gewerkschaftseinheit, die den Generalrat beauftragte, sich für die Schaffung einer neuen, allumfassenden Gewerkschaftsinternationale einzusetzen.

2. Die Resolution, die den Dawesplan verurteilte und ablehnte.

3. Die Resolution über das Recht auf Selbstbestimmung, mit Einschluß des Rechts auf Loslösung, für alle Teile des Kolonialreiches.

4. Die Resolution, die die Errichtung von Fabrikkomitees fordert, als ein Mittel zum Sturz des Kapitalismus, in Verbindung mit der Partei der Arbeiter.

Alle diese Resolutionen waren direkt von den Kommunisten inspiriert und gelangten mit überwiegender Mehrheit zur Annahme. Die Frage der Vollmachten für den Generalrat wurde auf dem Kongreß nicht entschieden, der neue Generalrat wurde jedoch beauftragt, dem nächsten Kongreß einen entsprechenden Plan vorzulegen.

Dieser auffällige Ruck nach links seitens der Gewerkschaften, der jetzt auf dem Kongreß so nachdrücklich bestätigt wurde, rollte innerhalb der Arbeiterbewegung sofort dringende Fragen auf. Die Politik des Trade Unionskongresses steht jetzt in direktem Gegensatz zur gegenwärtigen offiziellen Politik der Labour Party, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Bestätigung des Klassenkampfes als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus als auch in wichtigen Einzelfragen (Dawesbericht, Kolonialreich, Einheitsfront mit den Kommunisten). Infolgedessen wurde die Frage möglicher „Spaltungen“ zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party in zahlreichen Fällen aufgeworfen und mit der wiederholten Betonung der Notwendigkeit engster Zusammenarbeit des gewerkschaftlichen mit dem politischen Flügel der Bewegung beantwortet.

Da die Frage der Gewerkschaften und der Labour Party in nächster Zukunft zweifellos eine wichtige Rolle spielen wird, ist es angebracht, sie etwas näher zu betrachten. Es ist unabwendbar, daß die Verschärfung des Klassenkampfes, im Gegensatz zu der immer offener betriebenen Arbeitsgemeinschaftspolitik der Labour Party-Führer, zu scharfen Streitfragen führen muß. Aber die oft zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß dieser Kampf sich zwischen dem „gewerkschaftlichen“ und dem „politischen“ Flügel der Bewegung abspielt, ist falsch; für die Zukunft der Bewegung ist es von Wichtigkeit, daß man sich über die eigentlichen, im Hintergrunde stehenden Streitfragen klar wird. Im Grunde kann es natürlich keinerlei Gegensatz zwischen der Masse der Gewerkschaften und der Masse der Labour Party geben, da die Gewerkschaften es sind, die die Labour Party bilden. Aber es kann und muß unvermeidlich zu einer größeren Spannung

führen zwischen einer Führerschaft, die sich immer mehr auf den Standpunkt des Klassenkampfes stellt, und einer Führerschaft, die den Klassenkampf entschieden ablehnt. Das ist der Prozeß, der sich faktisch abspielt. Es gibt in der Tat bereits zwei Führungen in der Bewegung — nicht in dem Sinne der Führungen des gewerkschaftlichen und des politischen Flügels, sondern in dem Sinne zweier politischer Führungen. Der Generalrat spielt vorübergehend in der Tat eine politische Führerrolle (das hat sich ganz klar in der China-Krise gezeigt). Es gibt Freunde und Feinde des Klassenkampfes in beiden Lagern; aber zur Zeit überwiegen im Generalrat die Anhänger, in der Labour Party-Exekutive überwiegen die Gegner. Was in Wirklichkeit eine wichtige politische Frage der ganzen Bewegung ist, die Frage des Klassenkampfes, erscheint als eine Streitfrage zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Flügel der Bewegung. Aber die Frage in dieser Weise stellen und als ihre Lösung die „Zusammenarbeit“ des gewerkschaftlichen und des politischen Flügels empfehlen, ist ein bloßer taktischer Schachzug der Rechten, um die wirkliche Frage zu verwischen. Die Frage des Klassenkampfes muß ausgefochten und entschieden werden, sowohl in den Gewerkschaften wie in der Labour Party. Nur so ist die wirkliche Einheit der Bewegung wiederherzustellen.

Warum ist die Frage des Klassenkampfes in den Gewerkschaften eher aufgetaucht als in der Labour Party? Für jeden Kenner der Arbeiterbewegung, die in den Gewerkschaften wurzelt, deren parlamentarischer Sprößling die Labour Party ursprünglich nur ist, ist die Antwort klar: Die Gewerkschaften stehen dem täglichen Kampfe der Arbeiter notwendigerweise näher; die Labour Party-Führer sind in starkem Maße von der bürgerlich-parlamentarischen Tradition beherrscht und der Koalition zwischen dem Proletariat und dem Kleinbürgertum auf der „demokratischen“ Basis des Parlaments, dessen Ausdruck die Labour Party ist. Bis vor wenigen Jahren schienen die Labour Party sowohl als auch die Gewerkschaften auf der Grundlage der Klassenharmonie zu beruhen, und die sanft-radikalen Exkursionen des (durch die Independent Labour Party vertretenen) Kleinbürgertums innerhalb der Labour Party mochten leicht als das „fortschrittliche“ Element gegenüber dem soliden „Konservativismus“ der Gewerkschaften erscheinen. Angesichts des unter den veränderten Bedingungen in England reale und bedrohliche Gestalt annehmenden Klassenkampfes, ursprünglich in seiner primitiven wirtschaftlichen Form und ohne Beziehung zum politischen Bewußtsein, war es natürlich, daß er auf die heftigste Opposition und Obstruktion in der Labour Party stieß, in der die kleinbürgerlichen Elemente (ILP) jetzt ihre reaktionäre und sogar konterrevolutionäre Rolle enthüllt haben. In dem Maße aber, wie das politische Bewußtsein wächst, wird der Gedanke des Klassenkampfes sich auch in der Labour Party durchsetzen. Auf diese Weise erweist sich die Spannung zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party als eine anfängliche Form der Bewußtwerdung des Klassenkampfes in England.

Die Entwicklung der Dinge hat die Frage des Klassenkampfes in England in äußerst scharfer Form gestellt. Der unmittelbare Wert des „Roten Freitag“ war, daß er die Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden Kampf konzentrierte und sogar die Frage möglicher revolutionärer Auseinandersetzungen aufrollte. Die Sprache der Presse und der Regierung, die wieder-

holt mit großer Klarheit und mit einer Publizität, die über den Rahmen der Partei weit hinausging, auf die kommende Auseinandersetzung „zwischen Parlament und Sowjet“ hinwies, hat viel dazu beigetragen, mit dem Gedanken möglicher großer Kämpfe vertraut zu machen. Viele Gewerkschaftsführer begannen eine revolutionäre Sprache zu reden. Das folgende ist eine charakteristische Stelle aus einer Rede von Cook nach der Krise.

„Die Revolution wird kommen. Ich wünsche eine Revolution, die nicht nur eine disziplinierte Armee hat, sondern auch ein Ziel: eine Revolution, die weiß, was sie will.“ (Sunday Worker 23. 8. 25.)

Der Vorsitzende des Trade Union Kongresses, Swales, schloß seine Begrüßungsansprache mit folgenden Worten:

„Wir sind im Begriff, in eine neue Phase des Emanzipationskampfes unserer Klasse einzutreten, allüberall sehen wir die Anzeichen des erwachenden Bewußtseins der Völker aller Länder von der Unhaltbarkeit der bestehenden sozialen Ordnung.

Die neue Entwicklungsphase, die international ist, stellt eine weitere und möglicherweise die Endstufe der Revolution dar. Es ist die Pflicht aller Angehörigen der Arbeiterklasse, ihre Bewegung so zu stählen, daß, wenn die Stunde der Endkämpfe gekommen sein wird, es an nichts fehlt, um vorwärts zu stoßen zur Vernichtung der Lohnklaverei und zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf gemeinsamer Arbeit und gegenseitigem Wohlwollen und Verstehen beruht.“

Diese Erklärungen sind charakteristisch für die Stimmungen weiter Arbeitermassen.

Die Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung als Ganzes war vor allem gerichtet auf die Möglichkeiten des erwarteten nahenden Konfliktes am Ende des Waffenstillstandes. Die provokatorische Sprache und sichtbaren Vorbereitungen der Regierung verschärften das Bewußtsein der Bewegung. Was würde die Zukunft bringen? Wie war den möglichen Gefahren vorzubeugen?

Die allgemeine Annahme war, daß ein ausgedehnter Streikkampf beginnen würde, auf den die Gewerkschaften sich vorzubereiten haben. Infolgedessen wurde die Vorbereitung der Verpflegungsfrage ernsthaft diskutiert.

In diesem Moment begann jedoch eine neue Frage ins Bewußtsein der Bewegung einzudringen: die Frage der militärischen Macht. Die Sprache und die Vorbereitungen der Regierung waren voller Andeutungen über die Verwendung militärischer Machtmittel im Falle einer Generalstreiksbewegung. Und diese Möglichkeit begann in den Reden und in der Agitation erörtert zu werden. Im Unterhause erklärte Purcell gegenüber der Regierungsprovokation mit aller Deutlichkeit:

„Ich denke nicht, daß wir vor unserer Pflicht, die wir in erster Linie unserer Klasse gegenüber haben, zurückschrecken werden. Die Gewerkschaften werden vor ausreichenden Maßnahmen zu ihrer Verteidigung nicht zurückschrecken.“

Der Exminister Wheatly unternahm im Zusammenhang mit der wahrscheinlichen Verwendung militärischer Machtmittel durch die Regierung eine Kampagne, in der er die Schaffung eines „Arbeiterverteidigungskorps“ von 10 Millionen Mann propagierte. Wheatley schrieb:

„Die Soldaten und Polizisten werden dazu gedrillt werden, den ausgesperrten „Pöbel“ in Schach zu halten, während der Hunger ihre Unterwerfung erzwingen soll. Die Arbeiter aber, die Engländer sind und keine knechtische östliche Rasse, werden sich auf diesen Anschlag vorbereiten. Sollte es denkbar sein, daß proletarische Soldaten die Waffe erheben gegen proletarische Streikende, so würde der Kapitalismus eine

Atempause erhalten, indem er aus England ein Land von Kulis macht. Wenn der proletarische Soldat das ablehnt, dann ist der Kapitalismus verloren. Eins ist klar: Für die nächsten neun Monate müssen sich die Arbeiter in einem bisher unerhörten Maßstabe und auf neuen Wegen für den gewaltigsten Kampf ihrer Geschichte vorbereiten.“

Und in bezug auf das von ihm vorgeschlagene „Arbeiterverteidigungskorps“ schrieb er:

„Wir brauchen 10 Millionen Mann: Männer, die bereit sind, alles einzusetzen, um zu verhindern, daß England ein Land von Kulis wird . . . Eure Klasse, euer Land braucht euch.“

Der Vorsitzende des Trade Union-Kongresses, Swales, schloß sich der Forderung Wheatleys an.

Das führte zu Kontroversen. Im „Daily Herald“ wurden Artikel aus prominenten Federn gegen Wheatleys Propaganda veröffentlicht unter Überschriften, wie: „Sollen die Arbeiter sich bewaffnen?“, wobei gegen die Verwendung von Waffen „praktische“ und „moralische“ Gründe ins Feld geführt wurden. Wheatley antwortete mit der Erklärung, daß er die Steigerung der Gewerkschaftsmitgliederzahl auf 10 Millionen im Auge hatte, und daß die Arbeiter wahrscheinlich nicht gewillt sein werden, Gewalttätigkeiten widerspruchslos hinzunehmen.

Während dieser Auseinandersetzungen, an ihrem Beginn, intervenierte die Kommunistische Partei mit einem Offenen Brief an die Labour Party-Exekutive und den Generalrat. Der Brief besprach die Frage der Verwendung von Soldaten gegen die Arbeiter durch die Regierung, unter Hinweis auf die Ausführungen Wheatleys, und forderte die Labour Party und den Generalrat auf, ein offizielles Manifest an die Soldaten und Matrosen zu erlassen, um die unteren Soldatenmassen aufzuklären und der kapitalistischen Beeinflussung derselben entgegenzuwirken.

Dieser Offene Brief beschränkte sich auf eine einzige praktische Frage von entschieden revolutionärer Bedeutung: der Frage der proletarischen Propaganda unter den Soldaten, gegen die der extremste Pazifist nichts einwenden konnte. Die unmittelbare Antwort der führenden Kreise der Bewegung war merkwürdig und bezeichnend. Nicht nur der rechte Flügel in Eintracht mit der kapitalistischen Presse, sogar einige nach links neigende Führer bekämpften den Brief als eine Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz.

Von Wichtigkeit ist, festzustellen, daß der Trade Union-Kongreß nichts unternahm zur direkten Erörterung der hinter uns liegenden Krisis und der heraufziehenden Kämpfe.

Es besteht somit die große Gefahr, daß die Bewegung in hohem Maße unvorbereitet in den kommenden Kampf gehen muß, was zu ernststen und schweren Niederlagen führen kann. Dies und die sich aus solchen Niederlagen ergebende Depression ist die dringendste Gefahr der weiteren Entwicklung der Bewegung, die zur Zeit droht. Und die Aufgabe der Propaganda und Vorbereitung für die kommenden Kämpfe ist die allernächste wichtige revolutionäre Aufgabe.

### *Die Lehren des „Roten Freitag“*

Die erste Lehre des „Roten Freitag“ ist zweifellos der Beweis der Macht der proletarischen Klassensolidarität, die Geltendmachung des proletarischen

Klassenwillens. Das ist die wichtigste Lehre von allen. Die beiden Erfahrungen des „Schwarzen Freitag“ und des „Roten Freitag“ müssen das Bewußtsein dessen tief einhämmern in die Köpfe der Arbeiter. Aber der „Rote Freitag“ ist nur eine Stufe in der Auswertung dieser Lehre. Er ist die Erfahrung der Macht gemeinsamen Willens und der Solidarität, aber er ist noch nicht die Erfahrung der gemeinsamen Aktion. Es fehlte bisher noch jede faktische Generalstreiksbewegung. Darum liegt die wichtigste Lehre — die Lehre des gemeinsamen Kampfes — erst noch in der Zukunft. Es wäre darum verfrüht, allzusehr auf die Solidarität des „Roten Freitag“ als einer endgültigen Errungenschaft zu bauen. Der „Rote Freitag“ ist das Ergebnis einer Reihe glücklicher Umstände; aber gründliche Vorbereitungsarbeit und Propaganda sind nötig, damit diese am „Roten Freitag“ gezeigte Solidarität sich auch in der künftigen Krisis offenbart.

Die zweite Lehre des „Roten Freitag“ ist darum die Erkenntnis von der Notwendigkeit sofortiger wirksamer Vorbereitungen, um den Erfolg künftiger Kämpfe zu sichern. Wenn das gegenwärtige Wiedererwachen des proletarischen Bewußtseins eine neue schwere Niederlage erleben würde, die das offenbare Resultat fehlender Vorbereitung und Voraussicht wären, so würde das die große Gefahr schwerer Niedergedrücktheit ergeben. Das ist um so mehr der Fall, als es die Tendenz der laufenden Propaganda ist, die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die mit dem Ablauf des Waffenstillstandes zu erwartende Krisis zu fixieren, unter Ausschluß jeglicher weiteren Perspektive oder der Möglichkeit einer rascheren Entwicklung des Konflikts.

Deshalb besteht die erste Aufgabe der Vorbereitung darin, der Arbeiterklasse ganz klar die künftige Entwicklung aufzuzeigen. Es ist notwendig, die Lehre aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen, um zu zeigen:

1. die Unvermeidlichkeit der kommenden Kämpfe, nicht notwendigerweise an einem bestimmten Datum und in einer bestimmten Frage, sondern in bezug auf die ganze nächste Periode, als das Ergebnis des Aufeinanderstoßens der Klassenkräfte und der wirtschaftlichen Lage;

2. die Unmöglichkeit für die englischen Arbeiter, irgendeine Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage oder die Garantie gegen weitere Verschlechterungen innerhalb der bestehenden ökonomischen Ordnung zu finden, und daher die Notwendigkeit für sie, den Kampf vorwärts zu treiben zu dem einzig möglichen Ziel: der Eroberung der Industrie durch die Arbeiterklasse;

3. die sich daraus ergebende Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, die politische Macht in die eigenen Hände zu nehmen;

4. die Notwendigkeit, auf die Verwendung aller Mittel in diesen Kämpfen seitens der Regierung gefaßt zu sein; den Wahnsinn jeglicher Vertrauensseligkeit hinsichtlich des Schutzes durch Parlament, Demokratie und Legalität; die Notwendigkeit für die Arbeiter, nur auf sich selbst zu bauen;

5. im Hinblick auf das vorstehend Angeführte, die Notwendigkeit der Arbeiter, sich vorzubereiten auf eine Periode sich entwickelnder Kämpfe. Niederlagen sowohl wie Siege, bis zum Endkampf um die Macht.

Eine Agitationskampagne im ganzen Lande ist vor allem unerläßlich. Die breitesten Massen müssen für die kommenden Kämpfe aufgerüttelt werden. Die Losung der nationalen und internationalen Einheit muß die weiteste Verbreitung finden. Gleichzeitig müssen an allen Orten Konferenzen von Arbeiterorganisationen abgehalten werden zur Diskutierung der kommenden

Kämpfe. Nur durch die ausgedehnteste Agitation und Propaganda ist eine starke Grundlage der Solidarität und Kampfbereitschaft zu schaffen.

Die zweite Aufgabe ist die Frage der praktischen Vorbereitungen für die Kämpfe. Die Gewerkschaften müssen gestärkt, neue Massen ihnen zugeführt werden. Nach der Demonstration des „Roten Freitag“ sollte eine Agitationskampagne für die Gewerkschaften reiche Früchte tragen. Gleichzeitig ist darüber Klarheit zu schaffen, daß der bestehende Gewerkschaftsapparat unzureichend ist für die Erfordernisse einer Massenaktion. Wie sollen die Arbeiter, ohne jede Erfahrung und jeden Apparat für gemeinsame Aktionen, im erforderlichen Moment in Bewegung kommen? Einheitlichkeit ist nötig, nicht nur im Zentrum, sondern in der ganzen Arbeiterklasse. Diese ist nur zu erreichen auf der Grundlage der Betriebskomitees. Der letzte Trade Union-Kongreß hat die Notwendigkeit der Schaffung von Betriebskomitees zur Führung des Kampfes gegen den Kapitalismus anerkannt. Die ganze Kraft der Bewegung muß eingesetzt werden, um diese Resolution in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Errichtung eines Netzes von Fabrikkomitees ist die wichtigste praktische Vorbereitung für die kommenden Kämpfe. Gleichzeitig müssen lokal und zentral die Organe des kommenden Kampfes bereit sein. Es müssen gemeinsame Körperschaften der Gesamtbewegung geschaffen werden, in der alle proletarischen Organisationen vertreten sind: gewerkschaftliche, politische, genossenschaftliche; in jedem Distrikt, in jeder Ortschaft, die als Agitationskomitees tätig sein können.

Endlich ist es notwendig, an die Organisierung von Arbeiterwehren zu gehen und im Namen der ganzen offiziellen Labour-Bewegung eine Propaganda unter den Soldaten und Matrosen zu entfalten.

In dieser Periode haben die Kommunistische Partei und die Minderheitsbewegung mehr als je gewaltige Aufgaben zu erfüllen, sowohl hinsichtlich der Agitation und Propaganda als auch der Durchführung einer festen revolutionären Linie in jeder Phase des sich entfaltenden Kampfes. Die Rolle der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung muß in diesem Prozeß immer klarer werden und zu einer gewaltigen Stärkung hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke wie ihres Einflusses und zu rascher Entwicklung zur Massenpartei führen.

Der „Rote Freitag“ hat einen Kampf eingeleitet, der sich schnell entwickeln wird. Der gegenwärtige Moment ist der Moment für die intensive Vorbereitung.

## B E N N E T :

# D I E A R B E I T E R P A R T E I U N D D I E G E W E R K - S C H A F T E N I N E N G L A N D

Die Jahre nach dem Weltkriege zeichneten sich aus durch ein stürmisches Wachstum der Arbeiterpartei. Sie wurde nicht die dritte auf die Macht Anspruch erhebende Partei, wie einige ihrer Gründer es geträumt hatten, sondern die zweite, während die Zahl der Stimmen, die sie bei der letzten Wahlkampagne vor dem Kriege erhielt, noch keine vierhunderttausend betragen hatte. Schon die Wahlen im Jahre 1918 sprachen beredt von dem kolossalen Aufschwung innerhalb der Arbeitermassen, die sich aus der Gefangenschaft der herrschenden Parteien überhaupt und der Liberalen Partei insbesondere frei zu machen begannen. Seit dem Jahre 1918 wächst die Partei unentwegt sprunghaft weiter, wobei sie nicht nur die breitesten Massen der Arbeiterklasse, sondern auch einzelne Schichten des städtischen Kleinbürgertums in ihre Einflußsphäre zieht.

Als die herrschenden Klassen ihre Einwilligung zur Bildung einer Regierung der Arbeiterpartei gaben, wollten sie sie nicht nur auf die Probe stellen, sie gedachten sie auch zu diskreditieren, um ihrem weiteren Wachstum Einhalt zu tun. Das Experiment der herrschenden Klassen gelang nur zum Teil. Die Tatsache, daß die Partei im Laufe eines einzigen Jahres 1 200 000 Stimmen neu gewonnen hat, sowie die in den letzten Monaten stattgefundenen Ergänzungswahlen sprechen von ihrem fortschreitenden Wachstum.

Das Wachstum der Partei vollzieht sich offenbar in erster Linie auf Kosten der Liberalen Partei, die ihren Einfluß auf die Arbeitermassen immer mehr einbüßt. Macdonalds Sozialreformismus gewährt diesen Massen zur Zeit noch Befriedigung; ungeachtet ihrer Enttäuschung, die sie an der Liberalen Partei erlebten, bleiben sie den liberalen Illusionen treu.

Die Partei hat sich unterdes einen starken politischen Apparat zugelegt, in dem gestrige Liberale, die sich beeilten, das sinkende Schiff rechtzeitig zu verlassen, an führender Stelle stehen. Aus ihnen rekrutieren sich nicht selten die Wahlagenten, die natürlich in einer Partei, deren Glaubenssymbol der Parlamentarismus ist, eine mächtige und zuweilen entscheidende Rolle spielen.

Noch kompliziertere und verschlungenere Bahnen hat die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegsepoche eingeschlagen. Die Gewerkschaften repräsentierten bereits vor dem Kriege eine immense Macht. Als 1910 die Arbeiterpartei bei den Wahlen 371 000 Stimmen auf sich vereinigte, vertrat der Gewerkschaftskongreß bereits 2 446 000 organisierte Mitglieder. Die Differenz zwischen der Stärke der Gewerkschaften und der der Arbeiterpartei kam noch schärfer zum Ausdruck 1918, wo die Gewerkschaften 6 664 000 Mitglieder zählten, während die Arbeiterpartei nur 2 245 000 Stimmen auf sich vereinigte. Zum Unterschied von der Arbeiterpartei aber standen die Gewerkschaften notgedrungen die ganze Zeit über in enger Berührung mit den Arbeitermassen, und zwar nicht nur an den

Festtagen der „Wahlschlachten“, sondern auch im Alltagsleben, das der Widerschein des drohenden Zerfalls des großen Imperiums durchzuckt. Die Gewerkschaften hatten somit nicht nur die Jahre des steilen Aufstiegs — bis 1921 —, sondern auch die des jähen Sinkens vor Augen.

Mit dem Zu- und Abstrom sind jedoch noch nicht alle Wandlungen erschöpft, die in den letzten Jahren unter den gewerkschaftlich organisierten Massen vor sich gingen. Die schroffen quantitativen Veränderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaften signalisieren nur jene gewaltige Gärung innerhalb der Arbeiterklasse, die durch neue wirtschaftliche Faktoren hervorgerufen wurde. Der tätige Stamm der Gewerkschaften, der in jahrzehntelanger Entwicklung entstanden war und sich nach dem Kriege auf 3000 bis 4000 bezahlte Gewerkschaftsbeamte und zirka 100 000 in den zentralen und lokalen Organen der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung tätige Arbeiter belief, konnte den schwerwiegenden Veränderungen in der Wirtschaftslage des Landes nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Schon gegen Ende des Krieges machte sich eine ernsthafte Gärung innerhalb der Gewerkschaften geltend, die ihren Höhepunkt unter den Metall- und Bergarbeitern erreichte. Sie verstärkte sich, als die Gewerkschaften den realen Sinn des „schwarzen Freitag“ am eigenen Leibe zu spüren begannen. Unter den klassenbewußten Gewerkschaftsarbeitern reifte jetzt die Erkenntnis, daß der alte Apparat und die alten Methoden der Gewerkschaftsbewegung den neuen Bedingungen und den neuen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Immer häufiger hört man das Wort von der Notwendigkeit einer „Neubewaffnung“.

Von dieser „Neubewaffnung“ spricht man sowohl in der Arbeiterpartei als in den Gewerkschaften. In beiden Organisationen treten die „linken Flügel“ immer mehr in den Vordergrund, ohne daß zwischen ihnen bisher ein aktiver Kontakt bestünde. Offensichtlich jedoch geht das Wachstum der linken Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rascher vor sich als innerhalb der Arbeiterpartei. Die Bildung der Kommunistischen Partei ging der Organisation der Minderheitsbewegung voran. Indes spielt sie innerhalb der Arbeiterpartei eine geringere Rolle als die Minderheit in der Gewerkschaftsbewegung. Überdies hören die Gewerkschaften sogar aufmerksamer auf die Stimme der Kommunistischen Partei, als dies in der Arbeiterpartei der Fall ist. Fassen wir alles das zusammen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sich in der gesamten Arbeiterbewegung Englands eine einschneidende Umwertung der alten Werte vollzieht. Am schroffsten kommt diese Entwicklung in den Gewerkschaften zum Ausdruck. Aber auch den Führern der Arbeiterpartei wird es (ungeachtet des ihnen zur Verfügung stehenden gut organisierten und zentralisierten Apparates, den die Gesamtgewerkschaftsbewegung nicht besitzt) im Kampf gegen die zum Durchbruch drängenden revolutionären Tendenzen recht schwül zumute.

Die herrschenden Klassen verfolgen aufmerksam das Erwachen des Klassenbewußtseins unter der Arbeiterschaft. Mehr denn je sind sie bestrebt, die Sozialreformisten in ihrem Kampf gegen die „rote Gefahr“ zu unterstützen. Vom ersten Tag des Kongresses in Scarborough bis zum letzten Kongreßtag in Liverpool hatte die gesamte bürgerliche Presse die Sache Macdonalds zu ihrer eigenen gemacht, und nach Liverpool bejubelte sie den Sieg Macdonalds als ihren eigenen Sieg.



Die bürgerliche Presse faßte den Liverpooleser Kongreß der Arbeiterpartei als einen Sieg des „Konstitutionalismus“ auf. Der Kongreß sprach sich mit erdrückender Mehrheit für ein Programm der „Reform und des Aufbaus“ aus und unterstrich durch den Ausschluß der Kommunisten aus der Arbeiterpartei gleichsam seine Treue der Konstitution gegenüber. Der Konstitutionalismus des Liverpooleser Kongresses kam auch darin zum Ausdruck, daß der Führer der Partei, Macdonald, die ganze Machtvollkommenheit übertragen erhielt.

Das öffentliche Leben Englands bildet eine merkwürdige Mischung von formaler Demokratie mit faktischer Autokratie. Nirgends verfügt ein Parteiführer über eine so unbeschränkte Macht wie in England. Dabei hatte sich die englische Arbeiterbewegung jahrzehntelang unablässig bemüht, den herrschenden Klassen alle Äußerlichkeiten jener „Konstitutionalismus“ genannten Scheindemokratie abzugucken. In den letzten Monaten schien die Macht Macdonalds erschüttert. In Liverpool aber bekam er die Zügel der Macht wieder in die Hand und zeigte, daß er es glänzend versteht, sozialistisches Wortgepränge mit liberaler Politik zu verbinden.

Die Geschichte wiederholt sich. Auf dem Londoner Parteikongreß war es Macdonald vor einem Jahr gelungen, eine Reihe Resolutionen gegen die Kommunisten durchzusetzen. Als Premierminister erschien er dann abends im Parlament, um den herrschenden Parteien mitzuteilen, daß „die Regierung Seiner Majestät“ alles in ihren Kräften Stehende zur Überwindung des Kommunismus in England tun werde. Er hoffte mit Bestimmtheit, daß sein Sieg in dem königlichen Saal, in dem der Kongreß der Arbeiterpartei getagt hatte, auch in Westminster gebührend geschätzt und belohnt werden würde. Die unersättlichen Götter der Reaktion nahmen zwar das dargebrachte Opfer gern an, argumentierten aber mit Recht, daß es nach dem Parteikongreß noch ungefährlischer und damit vorteilhafter sein würde, die Regierung Macdonalds dennoch zu stürzen. Auch in diesem Jahre hat er sich in seinen Berechnungen getäuscht. Die kapitalistische Presse spendete ihm zwar für seine Bemühungen in Liverpool warmes Lob und beglückwünschte ihn zu den Resultaten, kam aber zu dem logischen Schluß, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, die Arbeiterbewegung als Ganzes mit Skorpionen zu züchtigen. Und am 5. Oktober, also zwei Tage nach dem Kongreß, beklagt sich Macdonald in den Spalten der „Times“ bitter über die Regierung, die den Faschismus ermutige und dadurch seinen „Sieg über die Revolution zunichte mache.“

Gleichzeitig haben sich bereits die großen Arbeiterorganisationen der Hauptstadt gegen die Liverpooleser Beschlüsse ausgesprochen, und dem „Daily Herald“, dem offiziellen Organ der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses — dessen Chefredakteur seine Schulung in der reaktionären, gelben „Daily Mail“ erhalten hat — stiegen neuerdings Zweifel auf über die Stabilität des Macdonaldschen Sieges, weshalb er zum Rückzug zu blasen beginnt.

Uns interessiert jedoch in erster Linie jener gewaltige Unterschied zwischen den in Liverpool und den in Scarborough angenommenen

\* In diesem Jahre folgten auf Liverpool die Legalisierung des Faschismus und — die Verhaftung von Kommunisten. So legte Hicks den Sieg des Konstitutionalismus aus!

Resolutionen. Beide Kongresse zusammengenommen zeigen die mosaikartige Buntheit der in die Netze einer weit zurückreichenden Vergangenheit verstrickten englischen Arbeiterbewegung während einer Krisenperiode unregelmäßigen Wachstums und angespannten Suchens nach neuen Wegen. Es hat der Geschichte gefallen, uns an zwei, nur durch einen Monat voneinander getrennten Kongressen die ganze Skala der innerhalb der Arbeiterbewegung kämpfenden Stimmungen und Strömungen zu zeigen.

Die Basis beider Kongresse bilden die Gewerkschaften. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß waren 4 343 000 organisierte Arbeiter vertreten, auf dem letzten Kongreß der Arbeiterpartei 3 275 000, von denen annähernd 3 240 000 auf die Gewerkschaften entfallen und ungefähr 35 000 auf die der Arbeiterpartei angehörigen sozialistischen Organisationen. Die Differenz zwischen der Zahl der auf beiden Kongressen vertretenen Arbeiter erklärt sich hauptsächlich daraus, daß einzelne Gewerkschaften, die auf dem Gewerkschaftskongreß vertreten sind, der Arbeiterpartei nicht angehören. Außerdem führen zahlreiche Gewerkschaften aus Sparsamkeitsgründen Mitgliederbeiträge für eine geringere Arbeiterzahl an die Arbeiterpartei ab, als sie bei den Wahlen zu den Gewerkschaftskongressen aufweisen. Selbstverständlich können die Arbeiter, die den politischen Beitrag nicht entrichten, auch auf den Kongressen der Arbeiterpartei nicht vertreten sein. Aus dem Gesagten geht hervor, daß es falsch wäre, anzunehmen, daß die beiden Organisationen — der Gewerkschaftskongreß und der Kongreß der Arbeiterpartei — verschiedene Schichten der Arbeiterklasse vertreten. Ebenso wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß die sozialistischen Organisationen einen merklichen Einfluß auf das Programm und die Praxis der Arbeiterpartei ausüben. Um auf die Ursache der Rechtsorientierung Liverpools und der Linksströmungen in Scarborough zu stoßen, müssen wir uns mit den Wechselbeziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei befassen.

Der Gewerkschaftskongreß ist eine der ältesten Organisationen der englischen Arbeiterbewegung und hat im vergangenen Jahre sein hundertjähriges legales Bestehen gefeiert. Seit ihrem Entstehen haben die Gewerkschaften große, jedoch fruchtlose Anstrengungen gemacht zur Schaffung eines Reichszentrums der Gewerkschaftsbewegung. Von Zeit zu Zeit entstanden zwar solche Zentren, die jedoch ebenso rasch wieder zerfielen. Erst zur Zeit der I. Internationale — 1868 — gelang es den Gewerkschaften, die Einrichtung der Jahreskongresse zu schaffen, die noch heute besteht.

Es zeigte sich jedoch, daß diese Kongresse außerstande waren, die Vereinigung und Festigung der englischen Arbeiterbewegung zu realisieren. Trotz der Tätigkeit dieser Kongresse zersplitterte sich die Gewerkschaftsbewegung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts immer mehr. Der Kongreß besaß kein Exekutivorgan. Sein „parlamentarisches Komitee“ befaßte sich vorwiegend mit der politischen Vertretung der Gewerkschaftsinteressen, ohne es wagen zu können, die Autonomie der einzelnen Gewerkschaftsverbände anzulasten. Die Autonomie der einzelnen Gewerkschaften bildete das Glaubenssymbol des Trade Unionismus. Erst 1920 wurde das „parlamentarische Komitee“ als „Generalrat“ mit sehr beschränkten Vollmachten reorganisiert. Hinsichtlich der Gewerkschaften selbst ist zu sagen, daß der Kongreß auch jetzt noch — trotz der kolossalen in den letzten zehn

Jahren geleisteten Arbeit zur Ersetzung der Fachverbände durch Industrieverbände — etwa 1200 verschiedene nationale Organisationen vertritt. Allerdings haben sich in den wichtigsten Industriezweigen die einzelnen Fachorganisationen zu Verbänden zusammengeschlossen, die sich mehr oder minder dem Typ der Industrieverbände nähern. Aber auch innerhalb der vereinigten Verbände geht der Kampf der verschiedenen Teile, die ihre lange selbständige Existenz nicht vergessen können, weiter, und neben den großen Verbänden bestehen, wie früher, zahllose kleine. Der Gewerkschaftskongreß muß daher den häufigen Konflikten und Unruhen in der Gewerkschaftsbewegung eine Menge Zeit und Aufmerksamkeit schenken. Einen zentralisiert geleiteten Apparat hat die englische Gewerkschaftsbewegung bis heute noch nicht hervorgebracht.

Die herrschenden Klassen haben alles in ihren Kräften Stehende getan, um diese Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, und dazu auch die „Konstitution“ benützt. Bis zum Jahre 1917 gestattete das Gesetz den Zusammenschluß von Gewerkschaftsverbänden nur, wenn in jedem der in Frage kommenden Verbände sich eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitgliedschaft für die Vereinigung aussprach. Das neue Gesetz fordert: a) Beteiligung von 50 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung und b) eine Mehrheit für die Vereinigung von mindestens 20 Prozent. Das Gesetz wacht demnach auch jetzt noch über die Interessen der Unternehmer, die gegen die Gewerkschaftsvereinigung sind und gleichzeitig die Gewerkschaftsbeamten der kleinen Verbände unterstützen, die den Übergang zu den Industrieverbänden als einen direkten Anschlag gegen ihre Interessen betrachten.

Die Gewerkschaftskongresse spiegelten natürlich auch das Streben der Arbeiter zum Zusammenschluß und zur Einheit wider. Die Gewerkschaftsbureaukratie der großen und kleinen Verbände traf daher alle Maßnahmen, um die Kongresse einem allzu mächtigen Einfluß der Massen möglichst zu entziehen. Die „neueste“ Geschäftsordnung, die für die Arbeiten des Kongresses maßgebend ist, wurde 1894 angenommen. Ihr geistiger Vater war der reaktionäre Gewerkschaftsführer James Maudsley, und ihr Zweck ist, der Gewerkschaftsbureaukratie einen möglichst großen Einfluß auf die Arbeit des Kongresses zu garantieren. Weder der Kongreß noch sein Exekutivorgan stehen in direkter Fühlung mit den lokalen Organisationen; sie verkehren ausschließlich über die Zentralkomitees der einzelnen Verbände. Um den Kongreß gegen alle „fremden“ Einflüsse zu sichern, verbietet die Geschäftsordnung vom Jahre 1894 die Zulassung der lokalen Gewerkschaftskartelle.

All diesen Vorsichtsmaßregeln zum Trotz weisen die letzten Gewerkschaftskongresse offenkundig einen Zug nach links auf. Der Druck der Massen ist so stark, daß er alle Hindernisse durchbricht. Schon der 56. Gewerkschaftskongreß in Hull beunruhigte jene Kreise, die in der Gewerkschaftsbureaukratie auch weiterhin einen Stützpunkt des Kapitalismus sehen wollten. In der Rede des Vorsitzenden A. Purcell klangen neue Noten. Und der Kongreß als Ganzes wurde wegen seiner warmen Einstellung der Sowjetdelegation gegenüber als „Gesellschaft der Sowjetfreunde“ bezeichnet.

Mit dem Ende des Krieges hat ein rasches Wachstum der Gewerkschaften eingesetzt. Das Wachstum betraf sowohl die Verbände, die dem Kongreß

angehörten, als auch die außerhalb des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Stehenden. Daneben entstanden neue Verbände. 1920 betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter 8 493 000, auf dem Kongreß waren 6 505 000 vertreten. Aber die herrschenden Klassen manövierten äußerst geschickt und stützten sich auf die reaktionäre Führerclique der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften. Der „schwarze Freitag“ bildete den Abschluß des revolutionären Aufstiegs und den Beginn der Offensive des Kapitals. Unmittelbar nach dem „Schwarzen Freitag“ sank die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf 6 793 000; auf dem Gewerkschaftskongreß 1921 waren noch 6 418 000 vertreten. 1922 war die Zahl der organisierten Arbeiter auf 5 580 000 gefallen, und der Kongreß vertrat 5 129 000. Dieses Sinken dauerte bis zum Jahre 1923 an, wo auf dem Kongreß von Plymouth 4 369 000 Arbeiter vertreten waren.

Die breiten Massen gaben ihrer Enttäuschung Ausdruck, indem sie den Gewerkschaften den Rücken kehrten. Dafür stieg die Anziehungskraft der Arbeiterpartei. Vorsichtig ließen sich Stimmen vernehmen, die von der Unmöglichkeit einer Verbesserung der Lage im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft sprachen. Unter den Gewerkschaftsbeamten herrschte Verwirrung. Bisher in den Hintergrund gedrängte Gewerkschaftsorgane, wie die lokalen Gewerkschaftskartelle, traten in den Vordergrund. Daneben entstanden neue Organe der Masseninitiative, wie die Arbeitslosenkomitees.

Noch auf dem Kongreß in Plymouth hatte sich die Gewerkschaftsbureaucratie vorwiegend mit den kleinlichen Konflikten zwischen den verschiedenen kleinen, ständig miteinander hadern den Verbänden befaßt. Aber dieser Kongreß brachte die Geduld der aktiven Gewerkschaftsarbeiter zum Reißen, und sie erklärten laut, sie brauchten keine Waschanstalten für schmutzige Wäsche, sondern Kongresse zur Festigung der Arbeiterschaft im Kampf gegen das angreifende Kapital. In der Zwischenzeit von Plymouth bis Hull kristallisierte sich eine linke Gruppe von Gewerkschaftsbeamten heraus, die sich auf breite Schichten der Arbeiterklasse stützten. Unmittelbar vor dem Huller Kongreß fand die erste Minderheitskonferenz statt, die sich eine entscheidende Änderung der Gewerkschaftstaktik zur Aufgabe machte.

Dem Kongreß in Hull lagen zwei praktische Vorschläge vor: 1. Erweiterung der Vollmachten des Generalrates und 2. Übergang zur Reorganisation der Gewerkschaften nach dem Prinzip der Industrieverbände. In der Arbeitermasse bestand eine starke Tendenz, einen Generalstab der Gewerkschaften zu schaffen, der die verwickelten und kunstvollen Manöver der Unternehmer erfolgreich bekämpfen könnte. Die Resolution über die Erweiterung der Rechte des Generalrates war in sehr bescheidenen Ausdrücken gehalten. Nach dieser Resolution sollte der Generalrat berechtigt sein, sich in einen Konflikt einzumischen, wenn die Mittel des betroffenen Verbandes erschöpft seien. Im Falle seiner Einmischung war der Generalrat verpflichtet, den Arbeitern des betroffenen Produktionszweiges die moralische und materielle Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung zuzusichern. Die Stimmung war äußerst gespannt. Die Verteidiger der Autonomie der Verbände wagten es nicht, aufzutreten. Da erhob sich ein alter Gewerkschaftsarbeiter und fragte vorsichtig: „Gibt die Resolution dem Generalrat das Recht, die Fonds der einzelnen Verbände anzugreifen?“

Purcell, der Vorsitzende des Kongresses, schwieg. Das Schweigen dauerte ziemlich lange. Endlich antwortete Hicks, der offizielle Berichterstatter über den Vorschlag, mit einem festen: „Nein“. Die Gewerkschaftsbeamten atmeten erleichtert auf, und der Antrag wurde angenommen.

Schwieriger verhielt es sich mit der Resolution über die Industrieverbände, die den Generalrat beauftragte, zwei Schematas vorzubereiten: 1. ein Projekt für die Organisation der Arbeiter nach Produktionszweigen und 2. ein die Einheit ohne Verschmelzung der bestehenden Verbände sicherstellendes Projekt. Aber selbst in dieser Kompromißform, die das Endresultat von vier Resolutionen und einer Reihe Verbesserungen war, rief sie einen Proteststurm hervor. Schließlich wurde die Resolution mit einer Mehrheit von 2 503 000 gegen 1 428 000 angenommen.

Der gleiche Kongreß lehnte dagegen den Antrag ab, den lokalen Gewerkschaftskartellen das Recht der Vertretung zu gewähren. In der Diskussion erklärte einer der Delegierten empört: „Aber erlaubt, wir haben diese Frage doch schon einmal erörtert und auf unserem Kongreß 1894 eine diesbezügliche Resolution angenommen . . .“ Als ich mir die Teilnehmer des Kongresses, die diese historische Auskunft warm unterstützten, betrachtete, fiel mir unwillkürlich das treffende Wort Bernard Shaws ein, in England sei es leichter, die Regierung zu stürzen, als einen Gewerkschaftsbeamten abzusetzen . . . Diese unabsetzbaren Gewerkschaftsbeamten sorgten auch dafür, daß die Beschlußfassung über den Antrag auf Organisation von Betriebsräten unterblieb.

Immerhin eröffnete der Huller Kongreß eine neue Seite in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung. Die Linkstendenz kam sowohl in den beiden erwähnten Resolutionen als auch in der Einstellung des Kongresses zur Frage der Gewerkschaftseinheit zum Ausdruck. Zwar lehnte der Kongreß die Resolution der Minderheit, die die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses zur Schaffung einer einheitlichen Kampfinternationale forderte, ab, aber seine vorsichtige Stellungnahme zur Annäherung an die Sowjetgewerkschaften ermöglichte es dem Generalrat, aktiv gegen Amsterdam aufzutreten.

Verglichen mit dem Huller Kongreß stellte der letzte Kongreß in Scarborough einen neuen Schritt vorwärts dar, und wir müssen uns mit ihm etwas eingehender beschäftigen.

Um die Arbeiten dieses letzten Kongresses richtig zu verstehen, haben wir uns vor Augen zu halten, daß sie in einen Zeitpunkt fallen, wo es den Gewerkschaften eben gelungen war, eine Attacke auf die Bergarbeiterlöhne zurückzuschlagen. Im Gegensatz zum „schwarzen Freitag“ 1921 erhielt der 31. Juli 1925 die Bezeichnung „roter Freitag“. Und dieser „rote Freitag“ warf seinen roten Schein über einen großen Teil der Arbeiten des Scarborougher Kongresses.

Er begann bereits mit der Präsidentenrede — eine Parodie auf die Thronrede — des Kongreßvorsitzenden Swales, die weniger verschwommen war als die vorjährige Rede Purcells. Er sprach präzise über den Klassenkampf und griff die „guten Freunde“ an, die in vergangenen Jahren den Sozialismus gepredigt hatten und nunmehr das kapitalistische System mit Hilfe der herrschenden Klassen zu retten versuchen. Die klaren Sätze über den Klassenkampf wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Der kluge liberale „Manchester Guardian“ beeilte sich hierauf, seinen Lesern zu versichern, daß den „Moskauer Phrasen“ keine allzu große Bedeutung zukomme. Der Einfluß Moskaus, beteuerte die Zeitung, drücke sich nur auf dem Gebiete der Phrasen aus, ohne sich in den Taten der erfahrenen englischen Gewerkschaftsführer widerzuspiegeln. In den ersten Tagen hatte es in der Tat den Anschein, als entspreche diese Einschätzung der Wirklichkeit.

Am Vorabend des Kongresses in Scarborough prophezeite die Presse, daß die Gewerkschaften es versuchen würden, sich von der Führung der Arbeiterpartei zu emanzipieren. Der Bericht des Generalrates enthielt auch eine Anspielung auf eine derartige Möglichkeit. Die Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskongreß haben gemeinschaftliche Räumlichkeiten und eine Reihe gemeinschaftlicher Abteilungen, für Presse, wissenschaftliche Untersuchungen, auswärtige Angelegenheiten usw. Überdies besteht ein sogenannter „Vereinigter Nationalrat“, der aus Vertretern des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei, der Parlamentsfraktion und des Gewerkschaftskongresses besteht. Während der Julikrise in der Kohlenindustrie hielten sich die Gewerkschaftsführer absichtlich von den „Politikern“ fern, um die Leitung des Kampfes nicht in die Hände des Nationalrates gelangen zu lassen, in dem Macdonald über eine sichere Zweidrittel-Mehrheit verfügt. Der Bericht des Generalrates läßt den Vereinigten Nationalrat unerwähnt. Er spricht sich nur für die Schaffung selbständiger Abteilungen beim Generalrat und für die Erwerbung einer eigenen Behausung aus. Die Rechten wußten und verstanden indes, daß der Generalrat damit seinen ersten schüchternen Versuch unternahm, sich von der Macht der Macdonald-Clique frei zu machen, und gingen sofort zum Gegenangriff über. Der Generalrat hatte nicht den Mut, die Herausforderung anzunehmen, und die erste Schlacht endete mit einem Sieg der Rechten.

Noch schüchterner trat der Generalrat in der Frage der Erweiterung seiner Vollmachten auf. Die Rechten appellierten an die Traditionen und Vorurteile der Autonomie der einzelnen Verbände. Die Minderheit sprach sich geschlossen für ein mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstetes Zentrum aus. Der Generalrat selbst jedoch bewahrte tiefes Schweigen. Bei einer solchen Situation wäre es natürlich schwierig gewesen, den Angriff der Rechten abzuschlagen. In diesem Augenblick schien es in der Tat, als sei die Rede Swales nichts als ein sophistisches Zugeständnis an die wachsenden Linkstendenzen gewesen.

Die weitere Arbeit des Kongresses zeigte indes, daß im Herzen der Gewerkschaftsbewegung selbst ein tiefgehender Ruck nach links vor sich gegangen war. In Hull war noch die Behandlung der Betriebsrätefrage auf Schwierigkeiten gestoßen. In Scarborough dagegen wurden die Betriebsräte mit einer Mehrheit von 2 138 000 Stimmen gegen 1 787 000 Stimmen als ein „notwendiges Kampfmittel“ anerkannt. In Hull war die Resolution für eine geeinigte Internationale abgelehnt worden, in Scarborough wurde eine nicht minder prägnante Resolution einstimmig angenommen. Referenten für diese Resolution waren zwei angesehene Mitglieder der Minderheit, Elsbury und Davis, von denen der erstere betonte, das englisch-russische Beratungskomitee müsse zu einem englisch-russischen Einheitskomitee reorganisiert werden, wobei er erklärte, daß eine Gewerkschaftsinternationale

ohne die Profintern zu einem Mißerfolg verurteilt sei. Die Resolution über den Imperialismus, die sich für das Selbstbestimmungsrecht einschließlich des Ausscheidens aus dem Reichsverband aussprach, wurde mit 3 802 000 Stimmen gegen nur 79 000 Stimmen angenommen. Noch vor einem Jahre hatte es der Generalrat angesichts der allgemeinen schroffen Ablehnung der Arbeiterregierung mit der Bemerkung bewenden lassen: „Es ist nicht unsere Sache, uns über die Gesetzgebung der Arbeiterregierung auszulassen . . .“

Nicht minder charakteristisch ist das Schicksal des Dawesplanes. Der Huller Kongreß wagte es nicht, ihn zu verurteilen. Auf dem Kongreß in Scarborough wagte es niemand, ihn zu verteidigen.

Ein kolossaler Sprung! Dennoch läßt er sich mit einer ganzen Reihe anderer Handlungen des gleichen Kongresses schwer vereinigen. Wir haben bereits die Einstellung des Kongresses in der Frage der Erweiterung der Vollmachten des Generalrates erwähnt sowie die Frage der Beziehungen zur Arbeiterpartei. Hinzuzufügen ist, daß auch der 57. Gewerkschaftskongreß der Geschäftsordnung des Herrn Maudsley treu geblieben ist und die Vertretung der lokalen Gewerkschaftskartelle abgelehnt hat. Bei der Wahl zum Generalrat vergaß man gleichfalls alle in den Arbeitermassen selbst vor sich gegangenen Veränderungen. Der neue Generalrat steht seiner Zusammensetzung nach weiter nach rechts als der bisherige, und auf dem Präsidentensitz wurde der linke Swales von einem Vertreter des rechten Flügels abgelöst. Bei den Wahlen ließ man sich von der Tradition und dem eigenartigen, seit 1866 bestehenden Wahlmodus leiten . . .

Diese inneren Widersprüche sind unschwer zu begreifen, wenn man sich erinnert, daß auf den Kongressen die Gewerkschaftsbureaukratie von jeher die entscheidende Rolle gespielt hat. Innerhalb dieser Beamtenschaft ist ein einschneidender Fortschritt vor sich gegangen. Apostel des Konservatismus waren in erster Linie zwei Beamtengruppen, von denen die erstere und zahlreichere die verschiedenen Versicherungen leitet, während die zweite, weniger zahlreiche, dafür aber einflußreichere Gruppe aus den Industriediplomaten, den Beisitzern der verschiedenen Schiedsgerichts- und Schlichtungskommissionen besteht. In den letzten Jahren hatten sich die Kassen einer ganzen Reihe Verbände geleert, und es liegt auf der Hand, daß die Hüter der verödeten, feuerfesten Schränke ihre Bedeutung verloren. Den Industriediplomaten aber hat der Zerfall des britischen Kapitalismus einen unverwindbaren Schlag versetzt. Von ihren Verhandlungen kamen sie entweder mit leeren Händen oder mit Verlusten für die Arbeiterschaft zurück. Der Einfluß und die moralische Autorität der Anhänger einer aktiven Gewerkschaftspolitik wuchs auf Kosten des konservativen Teils der Gewerkschaftsbureaukratie. Das ist das Geheimnis des erstaunlichen Wachstums der Minderheitsbewegung. Auf der dem Huller Kongreß vorausgegangenen Minderheitskonferenz waren nicht ganz 300 000 Arbeiter vertreten, auf der Konferenz vor dem Scarborougher Kongreß über 700 000.

Die Minderheitsbewegung auf dem Kongreß in Scarborough war stark genug, um eine Reihe eigener Resolutionen durchzudrücken. Dagegen war sie zu schwach, um die Führung der Gewerkschaftsbewegung zu übernehmen und den Kampf mit dem schweren Ballast an Vorurteilen und Hemmungen, die der Arbeiterschaft Hände und Füße binden, aufzunehmen.

Die rechten Führer bildeten eine klägliche Minderheit. Sie wagten nicht einmal mit einem offenen Programm aufzutreten. Aber sie waren geschickt genug, zu verhindern, daß die neuen Tendenzen feste Form annahmen. Das Zentnergewicht der Vergangenheit war ihr stärkster Stützpunkt. Das Resultat waren linke Resolutionen und ein rechter Generalrat.\*

Immerhin wuchs der Mut der Linken, als die Stimmung der Massen in den Arbeiten des Kongresses so schroff zum Ausdruck kam, und die Rechten ließen den Kopf hängen. Die kapitalistische Presse schlug Alarm. Man bereitete die Revanche in Liverpool vor, die denn auch die kühnsten Hoffnungen der Reaktionäre übertraf. Noch am 28. September prophezeiten Purcell, Cook und Bramley: Liverpool werde den Spuren Scarboroughs folgen. Nüchterne Politiker wiesen auf den gut organisierten Apparat der Arbeiterpartei hin und forderten die linken Elemente auf, sich auf einen ernsthaften Kampf vorzubereiten. Aber selbst Macdonald wird kaum mit einem solchen Erfolg gerechnet haben.

Zum Verständnis des Liverpools Feldzugs gegen die Roten müssen wir einen kleinen historischen Exkurs unternehmen.

Die Arbeiterpartei besteht formell seit 1900. Der Gewerkschaftskongreß nahm 1899 mit 546 gegen 434 Stimmen eine Resolution über die Organisation eines „Komitees der Arbeitervertretung“ an. Auf Grund dieser Resolution wurde dann 1900 eine spezielle Konferenz einberufen, von der an die Arbeiterpartei ihr Bestehen datiert.

Der Kampf um eine selbständige Arbeitervertretung hatte in England jahrzehntelang gewährt. Der erste Versuch zur Organisation einer speziellen Liga, um Arbeiterkandidaten ins Parlament zu bringen, fällt beispielsweise in die Gründungszeit des Gewerkschaftskongresses. Aber sowohl dieser als auch die späteren Versuche hatten keinen sonderlichen Erfolg. Der Liberalismus genoß unter den Arbeitermassen große Popularität, und die Führer der Liberalen Partei wachten eifersüchtig darüber, daß sich die Arbeiter nicht in einer selbständigen politischen Partei organisierten. Als Keir Hardie 1888 seine Kandidatur unabhängig von den Liberalen aufstellte, boten ihm die letzteren 300 Pfund pro Jahr und einen sicheren Platz im Parlament, falls er auf seine selbständige Kandidatur verzichtete. Keir-Hardy wies diesen Bestechungsversuch zurück, und die Liberalen bewirkten mit Leichtigkeit seinen Durchfall. Durch die Bestechung sollte der Präzedenzfall eines selbständigen Arbeitervertreters im Parlament hintertrieben werden. Der Beschluß des Kongresses 1899 ist demnach als die erste ernsthafte Niederlage der Liberalen Partei zu werten.

Die Sozialisten spielten bei der Popularisierung der Idee einer selbständigen Arbeitervertretung zweifellos eine mächtige Rolle. Man kann sie getrost die Paten der Arbeiterpartei nennen. Aber sie hatten auf dem ersten Kongreß, auf dem das Arbeitervertretungskomitee — der Vorläufer der Arbeiterpartei — organisiert wurde, bei weitem nicht die Mehrheit. Eine Strömung auf dem Kongreß wollte die neue Partei Liberale Partei nennen, und ihre Anhänger versicherten, die alte Liberale Partei habe die Traditionen des Liberalismus verraten, und deshalb sei eine neue „wirklich“ liberale Partei

\* Von einer Linksrichtung der gewerkschaftlichen Spitze kann man übrigens nur bedingtermaßen sprechen, d. h. sie ist dem Einfluß der Massen mehr ausgesetzt als die Führergruppe der Arbeiterpartei.



erforderlich geworden. Die Idee des Klassenkampfes wurde entschieden abgelehnt. Auch drei Jahre später — 1903 — sprach sich die junge Organisation gegen den Klassenkampf und den Sozialismus aus und verpflichtete ihre Kandidaten, als Arbeiterkandidaten und nicht als sozialistische Kandidaten aufzutreten. 1904 bedang sich die Organisation die volle Selbständigkeit vom Gewerkschaftskongreß aus und begann als selbständige politische Organisation der Arbeiterklasse aufzutreten. Bis zum Jahre 1906 begnügte sich die Organisation mit der bescheidenen Bezeichnung: „Vertretungskomitee“. Erst als sie 1906 323 195 Stimmen erhalten und 29 Mitglieder ins Parlament geschickt hatte, nahm sie die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ an.

Die Gewerkschaften blieben die Basis der Arbeiterpartei; langsam und allmählich bildete sich jedoch aus dem Bestand der Gewerkschaften und der sozialistischen Organisationen ein neuer Stamm von politischen Beamten der Arbeiterbewegung heraus. Weder die Partei noch die politischen Beamten spielten bis zum Jahre 1918, wo die Arbeiterpartei 2 244 945 Stimmen auf sich vereinigte und 57 Mitglieder ins Parlament schickte, eine große Rolle. Mit diesem Augenblick aber setzte das schwindelerregende Wachstum der Partei ein, wodurch sie die alte Liberale Partei rasch in den Hintergrund drängte und sowohl in der Arbeiterbewegung als auch im ganzen Lande immer mehr Einfluß und Bedeutung erwarb. 1922 erhielt die Partei 4 236 733 Stimmen und schickte 142 Abgeordnete ins Parlament; 1923 stiegen diese Zahlen auf 4 348 379 Stimmen und 191 Abgeordnete, und 1924 endlich, nach dem kurzen Bestehen der ersten Arbeiterregierung, entfielen auf 5 487 620 Stimmen 151 Abgeordnete. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Partei binnen sechs Jahren die Zahl ihrer Stimmen mehr als verdoppelt und die Zahl ihrer Parlamentssitze annähernd verdreifacht hat.

In dieser kurzen Periode von 1918 bis 1925 ging im Leben der Partei noch eine andere Wandlung vor sich. Bis zum Jahre 1918 hatte die Arbeiterpartei eine Föderation von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen dargestellt. 1919 nahm die Partei eine neue Konstitution an, deren Schöpfer Sidney Webb war. Auf Grund dieser Konstitution entstanden neben den föderativen lokalen Organisationen sogenannte individuelle Sektionen, in die solche Personen eintraten, die weder den Gewerkschaften noch den sozialistischen Organisationen angehören. Sidney Webb und seine Gefährten glaubten eine Art Prediger des Sozialismus unter den besitzenden Klassen zu sein. In Wirklichkeit aber haben sie mit größtem Erfolg unter der Gewerkschaftsbureaucratie den Liberalismus propagiert. 1918 öffneten sie den Predigern des Liberalismus die Türen der Arbeiterpartei. Die neue Konstitution hatte in der Periode des politischen Wachstums der Arbeiterpartei zur Folge, daß Liberale, Konservative und alle möglichen Karrieristen und Abenteurer in die Reihen der Partei strömten, wo ihnen der Weg zu Ehrenstellungen und zu politischem Einfluß offen stand.

1918 hatte die Partei 361 Kandidaten aufgestellt, 1924 kämpfte sie bereits in 514 Wahlkreisen. Die Wahl eines Kandidaten hängt dabei sehr häufig von seinem Vermögen ab. Die lokalen Arbeiterorganisationen aber sind zu arm, um die immensen Wahlunkosten zu tragen. Sie sind daher gezwungen, die Kandidaten reicher Gewerkschaftsverbände zu wählen, die imstande sind, die Wahlunkosten zu tragen, oder aber Personen, die persönlich über Mittel verfügen und die mit den Wahlen verbundenen Unkosten auf sich nehmen.

Auf diese Weise hat sich die Arbeiterpartei in den letzten sieben Jahren immer mehr aus Sprößlingen der herrschenden Klassen regeneriert, die natürlich den rechten Flügel in seinem Kampf gegen die Kristallisierung der Arbeiterbewegung unterstützen. Nicht zu vergessen ist, daß die Gewerkschaften nicht immer ihre besten Leute als Parlamentskandidaten aufstellen. Nicht selten schickt eine Gewerkschaft, die einen lästig gewordenen unabsetzbaren Beamten los sein will, den Betreffenden ins Parlament. Die wachsende Parlamentsfraktion, die im Leben der Partei eine ungeheure Rolle spielt — zuweilen eine größere als das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei —, spiegelt nur in sehr geringem Maße die jähen Veränderungen in der Stimmung der Arbeitermassen wider. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß mehr Aufmerksamkeit schenken als den Wahlen zum Kongreß der Arbeiterpartei. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß wir auf den Gewerkschaftskongressen aktivere und fortgeschrittenere Elemente finden als auf den Kongressen der Arbeiterpartei.

Wir wenden uns nunmehr dem Kongreß in Liverpool zu.

Macdonald und seine Mitarbeiter hatten sich alle Mühe gegeben, den Kongreß sorgfältig vorzubereiten. Sie arbeiteten ein Programm unter dem Stichwort „harmonische Politik des nationalen Aufbaus und der Reform“ aus. Bei ihrer Erfahrung auf dem Gebiete der Kongreßzusammensetzung und des Einbringens von Resolutionen erwarteten sie vom Liverpools Kongreß mit Bestimmtheit die Annahme ihres Programms. Die letzten Tage des Gewerkschaftskongresses hatten die Führer der Arbeiterpartei einigermaßen in Verwirrung gebracht. Die kapitalistische Presse setzte Macdonald eindringlich auseinander, daß einzelne Resolutionen in Scarborough, namentlich die Resolutionen über den Imperialismus und den Dawesplan, für ihn schallende Ohrfeigen bedeuteten. Macdonald bereitete sich zum Kampfe vor.

Wie der Kampf in Liverpool ausgegangen wäre, wenn die Regierung Macdonald nicht zu Hilfe gekommen wäre, läßt sich schwer sagen. Wie schon erwähnt, stand der Kongreß in Scarborough unter dem Zeichen des „roten Freitag“. Dem Kongreß in Liverpool dagegen ging der schwarze Sonnabend voraus, an dem Baldwin, trotz der klaren Abmachung vom 31. Juli, die Herabsetzung des Bergarbeiterlohnes sanktionierte. Baldwins „Auslegung“ des Juli-Abkommens traf nicht nur die Bergarbeiter, sondern stellte gewissermaßen auch den Gewerkschaftskongreß bloß, der das Abkommen vom 31. Juli nicht ohne Stolz als einen Sieg verzeichnet hatte.

Die kolossale Bedeutung der Baldwinschen Auslegung wird uns klar werden, wenn wir etwas vorausseilen und uns dem am 9. Oktober dieses Jahres eröffneten Speziellen Bergarbeiterkongreß zuwenden. Die Bergarbeiter hatten sich das ganze Jahr über auf den Kampf vorbereitet. Diese Kampf Stimmung hatte Cook und Smith in den Vordergrund geschoben und Reaktionäre wie Richards und Spencer in den Hintergrund gedrängt. Unter dem Zeichen dieser Kampf Stimmung war auch der linke Kandidat Purcell ins Parlament gewählt worden. Unmittelbar nach der Baldwinschen Erklärung lehnten es die Bergarbeitervertreter als Zeichen des Protestes ab, an der zur Untersuchung der Lage in der Grubenindustrie eingesetzten Kronkommission teilzunehmen. Man sollte meinen, daß der Bergarbeiterkongreß diese bescheidene Form des Protestes ohne weiteres hätte unterstützen müssen. Aber das war nicht der Fall. Die Konferenz nahm vielmehr folgende Resolution

an: „Im Interesse der Durchführung des Juliabkommens wird das Exekutivkomitee des Verbandes bevollmächtigt, an den Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Lage im Kohlenbergbau teilzunehmen.“ Noch charakteristischer ist, daß der Kongreß nicht einmal in der Verurteilung der Baldwin'schen Auslegung einmütig war: für den Protest wurden 574 000 Stimmen abgegeben, dagegen 235 000.

Der schwarze Sonnabend, der 26. September, stärkte die Reaktionäre und schwächte die linken Elemente der Arbeiterbewegung. Somit waren zu Beginn des Kampfes die Chancen Macdonalds erheblich gestiegen. Sein Argument: „die Ablehnung der kommunistischen Anträge wird eine Quelle der Kraft für künftige Wahlen sein und der Partei hunderttausende Stimmen gewinnen“, erhielt in dieser Situation — mit der Niederlage der Bergarbeiter im Hintergrunde — besondere Bedeutung. Die Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskongreß treten als gleichsam rivalisierende Organisationen auf. Die Niederlage der einen verstärkt die Anziehungskraft der anderen. Die politischen „Kämpfer“, die Wahlagenten, die keine Niederlage erlitten hatten, erhoben stolz das Haupt. Die Gewerkschaftsdelegationen fügten sich den politischen Beamten und erfüllten den Willen Macdonalds in der Hoffnung, er werde imstande sein, eine neue, sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützende Arbeiterregierung zu bilden.

Der erste Kampf in Liverpool ging um den Ausschluß der Kommunisten. Schon hierbei stellte sich heraus, daß die Kommunistische Partei auf dem Kongreß der Arbeiterpartei geringeren Einfluß besitzt als die Minderheit auf dem Gewerkschaftskongreß. Die politischen Beamten schlossen mit den reaktionären Gewerkschaftsbeamten, die in Scarborough eine Niederlage erlitten hatten, ein Bündnis, und gestützt auf die vertikale Einteilung des Kongresses nach Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen, die die Majorisierung der linken Gruppen innerhalb der Delegationen zuläßt, brachten sie der Linksoption einen schweren Schlag bei. Für die Resolution stimmten 2 870 000, dagegen 321 000.

Die Resolution sieht den Ausschluß der Kommunisten nur aus den individuellen Organisationen, den Lieblingskindern der Herren Macdonald und Webb, vor. Der Grund war, daß die Kommunisten in diesen Sektionen eine aktive Rolle zu spielen begannen. Die Arbeiter hörten mehr auf die Kommunisten als auf die Sprößlinge Baldwins und Curzons.\*

Hinsichtlich der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder begnügte sich das Exekutivkomitee mit einer Resolution, die anempfiehlt, sie nicht zu den Kongressen und Konferenzen der Arbeiterpartei zu delegieren. Für diese Resolution wurden 2 692 000 Stimmen abgegeben, dagegen 480 000.

Die weitere Arbeit des Kongresses bewies, daß hinter den Kommunisten eine mehr oder weniger gefestigte Minderheit von etwa 300 000 bis 500 000 Stimmen stand. Wir wissen dagegen nicht, wieviel Arbeiter jene Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften vertraten, die innerhalb ihrer Delegationen in der Minderheit blieben. Traditionsgemäß stimmen die Sekretäre der Delegationen in Übereinstimmung mit der Delegationsmehrheit mit „für“ oder „gegen“. Allem Anschein nach war diesmal der Einfluß der reaktionären Sekretäre, die es hier mit einer anderen Delegationszusammensetzung zu tun

\* Der Sohn Baldwins und die Tochter Curzons sind Mitglieder der Arbeiterpartei.

hatten als in Scarborough, besonders groß, und sie halfen Macdonald sein Programm der „Reform und des Aufbaus“ durchsetzen.

Es ist kaum der Mühe wert, sich mit diesem Programm eingehender zu befassen. Es unterscheidet sich nur wenig von den durchschnittlichen Machwerken der Sozialreformisten. Jeder Teil des Programms beginnt mit einer Huldigung für die Arbeiterregierung, und das Programm als Ganzes ist mit verschwommenen sozialistischen Phrasen ausgestattet. Eingedenk der großen Rolle der Kleingewerbetreibenden bei den Wahlen, erklären die Verfasser des Programms, daß sie ihren „Sozialismus“ mit „parlamentarischen Mitteln“ und „allmählich“ durchführen werden, wobei sie unter Sozialismus nur eine entsprechende Aufbesserung des Hand- und Kopfarbeiters verstehen.

Die Kommunistische Partei trat in Liverpool — zum Unterschied von den Rechten in Scarborough — offen mit dem Programm des Klassenkampfes für den Sozialismus auf. Vorhergehend war dieses Programm von einer großen Anzahl lokaler Organisationen gutgeheißen worden. Macdonald mußte daher sein Programm Punkt für Punkt gegen die kommunistischen Verbesserungen verteidigen, was ihn außerordentlich erbitterte. Er behauptete, die Verbesserungen seien nicht der Willensausdruck der lokalen Organisationen, sondern wären vom Zentralkomitee der Partei fabriziert. Die Vertreter der Kommunistischen Partei konnten darauf stolz erwidern, ihre Resolutionen trügen die Bestätigung der lokalen Organisationen, während das Macdonaldsche „Aufbauprogramm“ unter den Massen keinerlei Widerhall gefunden habe. Macdonald versuchte den Kongreß zu überzeugen, daß er nichts als Verachtung gegen jene Unterstützung der Kommunisten durch „Straßenversammlungen“ hege. Aber es liegt auf der Hand, daß das Schicksal sowohl Scarboroughs als auch Liverpools letzten Endes von der „Straße“ abhängt, die allein den Konflikt zwischen dem Reformismus und der Idee des revolutionären Kampfes in der englischen Gewerkschaftsbewegung entscheiden kann.

Und dieser „Straße“ wenden wir uns nunmehr zu. Wir erwähnen nur, daß die Macdonalds selbst in Liverpool der „Straße“ gewisse Zugeständnisse machen mußten, und ihre Stellungnahme zum Dawesplan und zum Imperialismus läßt sich schlecht mit der Gesamtlinie des Sozialimperialismus, die auf dem vorjährigen Kongreß der Arbeiterpartei so klar zum Ausdruck gekommen war, vereinen. Nur durch den Einfluß der Straße ist auch der Umstand zu erklären, daß für die Resolution zur Unterstützung der kommunistischen Zeitung „Sunday Worker“ 1 143 000 Stimmen abgegeben wurden. Und schließlich mußte Liverpool auch in seinen Resolutionen zur Lage in Indien und Ägypten Stellung nehmen.

Was ist heute die „Straße“ der Arbeiterbewegung in England? Seit 1921 spürt sie am eigenen Leibe immer deutlicher den beginnenden Zerfall des britischen Imperialismus. Sie ist voll von Arbeitslosen, deren Zahl ständig wächst. Die Wahlsiege sind begleitet von wirtschaftlichen Niederlagen. Die Scheidung zwischen qualifizierten Arbeitern und Tagelohnproletariern wird immer schärfer. Die Straße folgt aus Trägheit noch immer ihren gewohnten Führern. Es fehlt ihr an Kampftraditionen, und so schwankt sie unablässig zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, indem sie ihre Hoffnungen bald auf die „direkte Aktion“ setzt, worunter sie den Streik versteht.

bald auf die Wahlurne. Aber trotzdem fühlt sie instinktiv, daß die neuen Bedingungen neue Menschen und neue Wege heischen.

Der Kongreß in Scarborough befriedigte sie nicht. Er brachte ihr keinen neuen Kampfapparat gegen die Offensive des Kapitals, was Baldwin mit der Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne bestätigte. Der Liverpools Kongreß hat den Angriff des Kapitals faktisch gestärkt und den Faschisten die Bahn frei gemacht. Die Argumente der Kommunisten, die von den Taten der Faschisten bestätigt werden, beginnen bereits auf die „Straße“ der Arbeiterschaft ebenso zu wirken wie in den Mauern des großen Liverpools Kongreßsaales.

Und die Resolutionen des Kongresses? Die Kommunistische Partei hat unmittelbar nach dem Kongreß erklärt, die Resolutionen Liverpools würden nicht durchgeführt werden. Wir haben bereits oben den reaktionären Gewerkschaftskongreß 1894 erwähnt, der unter dem Zeichen eines schonungslosen Kampfes gegen die „Politiker“ stand. Fünf Jahre später aber sprachen sich dieselben Gewerkschaften praktisch für die Organisierung einer selbständigen Arbeiterpartei aus. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung kennt aber noch auffallendere Beispiele. 1889 akzeptierte der Gewerkschaftskongreß buchstäblich sämtliche Resolutionen der Gewerkschaftsaristokratie. Ein Jahr später aber mußte der Führer dieser Aristokratie zurücktreten, da die Gewerkschaftsbewegung unter dem Eindruck eines Streikes der Hafenarbeiter einen bedeutsamen Fortschritt gemacht hatte.

Wir haben hier Beispiele angeführt, die einer fernen Vergangenheit angehören. Das Leben fließt heute in einem rascheren Tempo dahin. In Plymouth hätte man schwerlich voraussagen können, daß der Gewerkschaftskongreß ein Jahr später die Frage einer Erweiterung der Vollmachten des Generalrates und der Schließung eines Kampfbündnisses mit den Sowjetgewerkschaften aufwerfen würde. In Hull hätte man kaum voraussagen können, daß der Kongreß eine Leninsche Formulierung über den Imperialismus annehmen, den Dawesplan ablehnen und die Notwendigkeit der Organisierung von Betriebsräten anerkennen würde.

Allerdings haben diese grandiosen Wandlungen der letzten beiden Jahre die Physiognomie der Arbeiterpartei wenig verändert. Aber die Basis der Arbeiterpartei sind die Gewerkschaften geblieben. Die Lords und Ladies, die nach Macdonalds Erklärung, unter einer Eingebung Gottes in die Arbeiterpartei eingetreten sind, sind nicht imstande, auch nur die individuellen Sektionen der lokalen Arbeiterorganisationen zu beeinflussen. Die Kristallisierung der Linkstendenzen unter den gewerkschaftlichen Massen führt natürlich dazu, daß dem Block der reaktionären Gewerkschaftsbeamten und liberalen Politiker die Macht entgleitet.

Vor Liverpool und in Liverpool selbst wurden Befürchtungen laut, die Arbeiterpartei könnte zu einer liberalen Partei werden. Die Politik Macdonalds sowie die Resolutionen des Kongresses in Liverpool scheinen gleichsam zu bestätigen, daß der Liberalismus in England noch nicht tot ist, sondern nur seine Gestalt geändert hat. Noch 1911 kam der Historiker der politischen Arbeiterbewegung Englands, A. Humphrey, zu dem Schluß, die Arbeiterpartei entwickle sich zu einem Flügel der Liberalen Partei.

Wir gestatten uns, mit dieser Diagnose nicht einverstanden zu sein. Wir wissen sehr genau, daß die ehemaligen Liberalen vom Schlage Macdonalds und Hendersons die Bahn des Klassenkampfes zusammen mit den Arbeitern

nicht beschreiten werden. Aber ohne die Gewerkschaften sind diese Herrschaften nur eine klägliche Handvoll Sozialisten ihren Worten und Liberale ihren Taten nach. Nicht sie entscheiden das Schicksal der Arbeiterpartei, sondern die Gewerkschaften, die unter den Hammerschlägen der kapitalistischen Offensive immer weiter nach links rücken. Vom Standpunkt der ideologischen Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bilden Hull und Scarborough die Garantie, daß die Idee des Liberalismus immer mehr den Ideen des revolutionären Klassenkampfes weichen wird.

Bei der Bewertung der gegenwärtigen Lage in England dürfen folgende Punkte nicht außer acht gelassen werden:

1. Die Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften arbeiten unter den Schlägen der kapitalistischen Offensive. Die herrschenden Klassen sind hartnäckig bestrebt, den Kapitalismus zu stabilisieren, in erster Linie auf Kosten des Arbeitslohnes und des Arbeitstages der Schaffenden. Die alten Apparate und Methoden sind dem Kapital gegenüber, das seine Verluste auf dem Weltmarkt durch Methoden der ursprünglichen Akkumulation wettmachen will, ohnmächtig. Die Bourgeoisie zieht daher durch ihre ökonomische Politik jenem Teil der Gewerkschaftsbureaucratie, der sich auf Treu und Glauben dem kapitalistischen System verschrieben hat, den Boden unter den Füßen weg. Konflikte zwischen Arbeit und Kapital sind unvermeidlich. In diesem Kampf werden die Gewerkschaften gezwungen sein, nicht nur gegen ihre eigene Leitung, sondern auch gegen jene Clique, die die Schicksale der Arbeiterpartei lenkt, Front zu machen.

2. Die Minderheitsbewegung. Die Tragödie der linken Gruppen in der Gewerkschaftsbewegung liegt in ihrer Zersplitterung. Die Minderheitsbewegung ist der erste ernsthafte Versuch, die proletarischen Elemente im ganzen Reiche zu konsolidieren. Vom Sommer 1924 bis zum heutigen Tage läßt sich das unentwegte Wachstum der Minderheitsbewegung sowohl auf den Bezirks- als auf den nationalen Kongressen feststellen. Nach dem letzten Kongreß vom 29. bis 30. August bemerkte die Zeitung Lansburys ganz richtig, daß die Minderheit zur Mehrheit werde. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung rüstet sich zum kommenden Mai, wo der Waffenstillstand in der Grubenindustrie zu Ende geht. Die letzte Minderheitskonferenz lieferte ein exaktes Vorbereitungsprogramm für diesen Kampf, das allmählich zum Programm der ganzen Gewerkschaftsbewegung wird.

3. Die Arbeiterpartei. Die Kongresse der Arbeiterpartei spiegeln das wirkliche Leben der Arbeiterklasse in keiner Weise wider. Infolge des Ergänzungsmodus der Kongresse und ihrer Arbeitsmethoden geht der ganze Kampf noch immer auf den geschlossenen Delegationsversammlungen vor sich. Aber selbst die Vorgänge in der Parlamentsfraktion sprechen von einem ernsthaften inneren Kampf. Tatsache ist, daß die Linken und Rechten in einer Reihe von Fällen gesondert aufgetreten sind. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Kampf, der um die Krise in der Kohlenindustrie geführt wird. Macdonald war ursprünglich offen gegen die Gewerkschaften aufgetreten. Unter dem Druck der Proteste der verschiedensten Seiten trat er schließlich den Rückzug an und übernahm im Parlament die Verteidigung der Bergarbeiter. Die Linken gaben sich indes damit nicht zufrieden, sondern hielten ihrerseits eine Reihe Reden im Geiste der Politik des Generalrates unter der Führung von Swales und Hicks.

Abgesehen von diesem inneren Kampfe ist kaum anzunehmen, daß die Massen gewillt sein werden, die Hände in den Schoß zu legen und die Verwirklichung des „konstruktiven Sozialismus“ ... in den Reden auf den Parteiversammlungen abzuwarten.

4. Die K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i. In dieser Situation gewinnt die zahlenmäßig schwache Kommunistische Partei eine gewaltige politische Bedeutung. Zwar werden die Kommunisten auf den Kongressen der Arbeiterpartei ausgeschlossen, aber die Massenaktionen (1. Mai, Roter Arbeitslosen-sonntag usw.) finden unter kommunistischen Losungen statt. Allerdings bleiben die organisatorischen Errungenschaften der Partei weit hinter ihrem wachsenden ideologischen Einfluß zurück. Es unterliegt indes keinem Zweifel, daß die Partei wächst, ungeachtet dessen, daß sie ständig im Feuer der konservativen Regierung und der gesamten kapitalistischen Presse steht, die mit Macdonald und seinen Helfershelfern gemeinsame Sache machen.

Zum Schluß noch eine schematisierte Antwort, weshalb Scarborough und Liverpool verschiedene Richtungen eingeschlagen haben.

1. Der aktive Teil der Gewerkschaften hat am eigenen Leibe die ganzen Reize der Offensive des Kapitals in der Nachkriegszeit erfahren. Die alten Methoden der Gewerkschaftsdiplomatie brachten ihm in den letzten Jahren nichts als Enttäuschungen, weshalb er nach neuen Wegen zu suchen begann. Durch den Stimmungsumschwung der Gewerkschaftsarbeiter erklärt es sich, daß die Minderheit zu einer ernsthaften Macht herangewachsen ist und eine Reihe eigener Resolutionen durchsetzen konnte.

2. Die Gewerkschaftsbureaucratie der alten Schule ist zwar in ihren Verbänden stark, dagegen fehlt ihr der Zusammenschluß im Reichsmaßstabe, weshalb sie auf den Kongressen eine geringere Rolle spielt als in der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit.

3. Die Gewerkschaftsverbände waren in den letzten Jahren gezwungen, sich mit den aktuellen Fragen, die die proletarischen Massen unmittelbar erregen, zu befassen: Arbeitslohn, Arbeitstag usw. Unter diesem Gesichtswinkel hat der letzte Kongreß auch den Dawesplan behandelt, nämlich — als Konkurrenz der Deutschen, und den Imperialismus — als Eroberung billiger Arbeitskräfte usw.

4. Die Gewerkschaftsbewegung war in den letzten Jahren gezwungen, zum „groben Kampfmittel“, zum Streik, zu greifen, und in dem Maße, wie sich die Kassen leerten und die Arbeitslosenzahl stieg, verlor die Gewerkschaftsdiplomatie, die in der Epoche des aufblühenden britischen Imperialismus „Wunder“ verrichtet hatte, an Macht.

5. Der Kongreß in Scarborough fand statt, nachdem die Regierung dem Drucke der Massen hatte nachgeben müssen, nach dem „roten Freitag“.

6. Die Arbeiterpartei besitzt nicht den engen Kontakt mit den Massen, wie ihn die Gewerkschaften haben. Ihre Berührung mit den Massen beschränkt sich auf die Wahlkampagnen, wo sie nicht so sehr mit der Stimmung der Arbeiter als der Wähler überhaupt rechnet. Unter den Wählern aber spielt der Kleingewerbetreibende eine sehr aktive Rolle.

7. Die Arbeiterpartei baut sich nach dem Typ der herrschenden Klassen auf. Sie verfügt über eine gut organisierte und zentralisierte Parteimaschine, deren Leiter ehemalige Liberale sind. Selbst der alte Lansbury verglich den

Liverpooler Kongreß mit dem letzten Kongreß der Liberalen Partei, an dem er — 1890 — teilgenommen und der ihn vom Liberalismus fortgetrieben hatte.

8. Sowohl auf den Kongressen der Arbeiterpartei als auch auf den Gewerkschaftskongressen werden sämtliche Beschlüsse vorher von den Delegationen der einzelnen Organisationen gefaßt, wobei die Minderheit sich der Delegationsdisziplin fügen muß. Zu den Gewerkschaftskongressen jedoch werden aktivere und den Arbeitermassen näherstehende Elemente gewählt als zu den Kongressen der Arbeiterpartei. Zudem fühlt sich der einfache Gewerkschaftsbeamte auf „seinem“ Gewerkschaftskongreß sicherer als auf dem ihm fremden Kongreß der Politiker.

9. Die Gewerkschaftskongresse waren gezwungen, in erster Linie an die Arbeitermassen zu denken, während die Kongresse der Arbeiterpartei in erster Linie mit der berühmten „öffentlichen Meinung“, d. h. der Meinung der herrschenden Klassen, rechnen. Daraus erklärt es sich auch, weshalb die Gewerkschaftskongresse mit der bürgerlichen Presse, die dem Kongreß der Arbeiterpartei zur Verfügung steht und seine Arbeit zuweilen sogar dirigiert, auf dem Kriegsfuß stehen. Die bürgerliche Presse hat namentlich in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem vorbereiteten „Garantievertrag“ gegen Revolution und Räte einen Druck auf die Arbeiterpartei ausgeübt.

10. Der Kongreß in Scarborough stand unter dem Zeichen des „roten Freitag“, der Kongreß in Liverpool dagegen unter dem Eindruck des „schwarzen Sonnabend“.

11. Die letzte und entscheidende Ursache endlich für das Auseinanderlaufen der beiden Richtungen ist der Umstand, daß die Arbeiterpartei zur Zeit noch die Zügel der Gewerkschaften in der Hand hat. In Scarborough wurde der erste, wenngleich sehr schüchterne Versuch unternommen, den lästigen Reiter abzuschütteln. Die weitere Entwicklung der Bewegung wird unweigerlich dazu führen, daß die Gewerkschaften ihrer passiven Rolle müde werden und in der Arbeiterpartei eine lautere Sprache zu sprechen beginnen. Dann werden sie versuchen, die klug verschlungenen Theorien von „Reform und Aufbau“ zu dechiffrieren und an ihre Stelle die Fragen von Arbeitslohn und Arbeitstag zu setzen, die bei der jetzigen Konjunktur die Frage des kapitalistischen Systems als Ganzes aufrollen.

**A n m e r k u n g :** Die Agenten Macdonalds prophezeiten den Delegationen den sicheren Sturz der Regierung Baldwin im kommenden Frühjahr. Ohne die Kommunisten, versicherten sie, werde die Arbeiterpartei die Zügel der Macht ergreifen können. Zahlreiche Delegationen ließen sich damit ködern.



## A. NEURATH: DIE BEDEUTUNG DES 3. PARTEITAGES DER KPTSCH

### I.

Die KPTSch vereinigt rund 100 000 zahlende Mitglieder. Die tschechoslowakische Republik zählt ca. 13 Millionen Einwohner. Die Tschechoslowakei ist ein Nationalitätenstaat, dessen nationale Gruppen folgende ziffernmäßige Stärke aufweisen: Tschechen und Slowaken 8 Millionen 700 000, Deutsche 3 Millionen, Magyaren 700 000, Ruthenen 450 000, Polen 75 000. In der Tschechoslowakei sind 900 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften organisiert. Die Roten Verbände zählen 200 000 Mitglieder. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten macht etwa 35 bis 40 Prozent der tschechoslowakischen Arbeiterschaft aus.

Diese Zahlen beweisen zweierlei: 1. daß die KPTSch eine Massenpartei im besten Sinne des Wortes ist und 2. daß sie außerordentliche Entwicklungsmöglichkeiten hat. Das hier angeführte Ziffernmaterial zeigt uns aber nicht nur die guten, sondern auch die schlechten Seiten bzw. die Mängel der kommunistischen Bewegung in der Tschechoslowakei. Von den in der tschechoslowakischen Industrie beschäftigten mehr als 2 Millionen Arbeitern haben wir in den roten Verbänden gegen 200 000 vereinigt. Mindestens 700 000 stehen unter dem Einfluß erprobter Sozialimperialisten und Reformisten, die geschult sind in allen Schlichen und Pfiffen des Kompromisses mit den herrschenden Klassen. Die sozialdemokratischen Führer der tschechischen Sektion der II. Internationale und die tschechischen Gewerkschaftsführer sitzen in der tschechoslowakischen Koalitionsregierung. Noch bei allen wirtschaftlichen Kämpfen haben sie direkt oder indirekt die Interessen der Ausbeuter gegen die streikenden Arbeiter geschützt, sie taten dies aber in der Regel in einer Form, daß es nur jenen Teilen der Arbeiterschaft zum Bewußtsein kam, die unmittelbar von der kommunistischen Agitation oder der Propaganda der roten Verbände erfaßt werden konnten. Da unsere Fraktionsarbeit in den Amsterdamer Verbänden ziemlich schwach entwickelt ist, reduziert sich dieser notwendige Einfluß hauptsächlich auf die Arbeiter, die direkt den roten Verbänden angeschlossen sind.

Neben den tschechischen Amsterdamer Gewerkschaftsverbänden spielen noch die in der sogenannten Reichenberger Gewerkschaftskommission vereinigten deutschen Amsterdamer Verbände eine große Rolle; ihnen sind über 200 000 Mitglieder angeschlossen.

In keinem Staate der Welt tritt der konterrevolutionäre Charakter der II. Internationale an Hand praktischer Maßnahmen so offen an den Tag wie in der Tschechoslowakei. Hier gibt es zwei Sektionen der Hamburger Internationale: die tschechische und die deutsche. Die tschechischen Sozial-

demokraten, mit ihrer Bourgeoisie eng verbündet, sitzen in der Koalitionsregierung. Die Führer der deutschen Sozialdemokraten, nicht minder fest mit der deutschen Bourgeoisie vereinigt, sind an allen Exzessen des deutschen Chauvinismus unmittelbar beteiligt. Soweit es sich um die nationale Verhetzung der tschechischen sowie der Arbeiter aller nationalen Minderheiten der Tschechoslowakei handelt, betätigen sich die beiden Sektionen zur vollsten Zufriedenheit beider nationalen Bourgeoisien. Die deutsche Bourgeoisie, die die Banken beherrscht, hält einen nicht unbeträchtlichen Teil des tschechoslowakischen Wirtschaftskörpers in ihren Händen. Die deutschen Ausbeuter fühlen sich in der tschechoslowakischen Republik mindestens so wohl wie früher unter der Fuchtel der Habsburger Regierung. Die Mittel des staatlichen Machtapparates stehen den deutschen Ausbeutern im Kampfe gegen ihre Lohnsklaven genau so zur Verfügung wie den tschechischen Kapitalisten. Und in diesem Kampfe wissen die Bourgeoisien aller Nationen dieses Staates ihre enge Verbindung mit den sozialdemokratischen Führern auszunützen. In der sozialdemokratischen Presse wird gelegentlich, und zwar auch nur um die Massen zu täuschen, ein Frosch-Mäusekrieg inszeniert; die deutschen Sozialdemokraten machen den tschechischen sozialdemokratischen Führern ihre Zugehörigkeit zur Koalitionsregierung zum Vorwurf, und die tschechischen Sozialdemokraten frozzeln ihre deutschen Parteigenossen, weil sie mit der deutschen Irredenta kokettieren. Aber in allen Fragen des ernstesten Klassenkampfes, in der Frage der tschechoslowakischen Außenpolitik, des Verhältnisses zu Sowjetrußland und in erster Linie in der Frage des erbitterten Kampfes gegen die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei sind sich die tschechoslowakischen und deutschen Ausbeuter sowie die Führer der beiden Sektionen der II. Internationale vollkommen einig.

## II.

Wie in anderen kapitalistischen Staaten, hat die Kommunistische Partei auch in der Tschechoslowakei die Aufgabe, den engen Kontakt mit jenen Millionen herzustellen, die weder in der Kommunistischen Partei organisiert sind noch unter dem Einfluß unserer Agitation innerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen.

Die KPTsch war bis zu ihrem 3. Parteitage nicht in der Lage, entschlossen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten. Das hat seine guten Gründe. Die KPTsch, aus den sozialdemokratischen Parteien hervorgegangen, hat nicht nur zehntausende vortrefflicher revolutionärer Arbeiterelemente mit herübergenommen, sondern auch einen nicht geringen Ballast sozialdemokratischer Vorurteile. Bubnik, Rouček u. a. Führer ähnlichen Formats haben diese sozialdemokratischen und nationalen Vorurteile, von denen noch ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft, die der Kommunistischen Partei angehört, belastet war, in der Parteiführung, in allen Instanzen der KPTsch zum Ausdruck und zur Geltung gebracht.

Der Fehler der früheren Parteileitung bestand in der Unterschätzung des Einflusses dieser sozialdemokratischen Elemente. Jeder Versuch, revolutionäre Massenaktionen zu organisieren, ja jede systematische revolutionäre Vorbereitungsarbeit stieß auf den passiven und nicht selten auf den

aktiven Widerstand der Bubnikgruppe. Bis zum 5. Weltkongreß war diese Gruppe mit einem ziemlich starken Teil der KPTSch fest verbunden. Die Probleme der deutschen Oktoberrevolution bzw. die Stellungnahme der Sektionen der KI zu diesen Problemen boten den geeigneten Anlaß zur entscheidenden Auseinandersetzung mit den faulen, prinzipienlosen sozialdemokratischen Elementen in der Kommunistischen Internationale. Die Erörterung der Oktoberereignisse war auch geeignet, jenen Teil der Arbeiterschaft der KPTSch, der sich aus Tradition und auf Grund verschiedener Vorurteile mit den Bubnikisten verbunden fühlte, von diesen natürlichen Freunden der tschechoslowakischen Konterrevolution loszulösen. In diesem Augenblick entwickelten sich die Schwierigkeiten innerhalb der KPTSch, die die große Krise auslösten, die erst vom 3. Kongreß der KPTSch völlig liquidiert worden ist.

Ein Teil der früheren Parteileitung brachte zu jener Zeit seine konterrevolutionären Instinkte zur vollen Entfaltung. Die Bourgeoisie ihrerseits witterte die vortreffliche Situation, die sie in ihrem Interesse auszunützen verstand.

Ideell vollzog sich schon im Frühjahr 1924 das Bündnis zwischen der Bubnik-Rouček-Gruppe einerseits und der tschechoslowakischen Bourgeoisie andererseits. Für diese Gefahr hatte die frühere Parteileitung kein Verständnis, sie mußte sie übersehen oder geringschätzen, da sie eben selbst in ihrer Mehrheit, wenn auch vom kommunistischen Boden her, die Stellungnahme des EKKI in der Frage der deutschen Revolution, also in den Grundfragen der kommunistischen Bewegung, kritisierte. Diese Stellungnahme der Mehrheit des vorletzten Parteivorstandes machte es ihr die ganze Zeit her schwer, ja bis zur Tagung der Erweiterten Exekutive geradezu unmöglich, in der Bubnik-Rouček-Gruppe die Expositur der tschechoslowakischen Konterrevolution in den Reihen der KPTSch zu erkennen.

Dagegen war es dem linken Flügel der Parteiführung vor bzw. ihrer Mehrheit nach dem 2. Parteitag leichter möglich, die politische Bedeutung, den konterrevolutionären Sinn der Agitation des rechten Parteiflügels zu erfassen und den Kampf gegen ihn zu organisieren. Weil die linke Parteiführung schon im Oktober 1923 bzw. im Frühjahr 1924 eine richtige Haltung eingenommen hatte, die vollkommen mit der der Exekutive und ihren Resolutionen übereinstimmte, da sie ferner konsequenterweise auch mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses übereinstimmte, mußte sie die rechten Gefahren im allgemeinen viel klarer erkennen als das Zentrum der KPTSch, und sie konnte vor allem die Bedeutung der Rouček-Bubnik-Gruppe vom ersten Augenblick an richtig abschätzen. Die Gen. Smeral, Zápototzky und ihre engeren Freunde haben ihre kritische Position als Kommunisten bezogen und von dieser Position aus zunächst der Partei nicht wenig Schwierigkeiten verursacht und politischen Schaden zugefügt. Bubnik, Rouček und seine Komplizen waren von dem Moment an, der die revolutionäre Praxis der Kommunistischen Partei signalisierte, überzeugte, fanatische Feinde der Kommunistischen Internationale. Und als Feinde der KI arbeiteten sie nun in den Reihen der KPTSch mit einem Fleiß, wie er nur von Leuten entwickelt werden kann, die sich sozusagen mit ihrer ganzen Seele der Konterrevolution verpflichtet fühlen.

## III.

Die Erweiterte Exekutive der KI hat die tschechoslowakische Frage mit außerordentlicher Energie und Geschicklichkeit behandelt. Die Verhandlungen des Plenums haben alle die Ursachen und Umstände zutage gefördert, die das Zentrum der KPTsch verhinderten, die Gefahren zu erkennen, die der kommunistischen Bewegung von rechts drohten. In Moskau hat das Zentrum die Überzeugung gewonnen, daß es bezüglich der Beurteilung der Fragen, die sich auf die russischen und deutschen Probleme der Oktobertage 1923 und infolgedessen auf die Taktik der KI überhaupt beziehen, falsche Positionen eingenommen hat, und daß es besonders in der Beurteilung der Bubnik-Rouček-Gruppe unrecht hatte. Daß die Mitglieder des Zentrums, so sehr sie auch die Gefahren, von denen wir ein Jahr lang bedroht waren, verkannten, stets als Kommunisten zu handeln glaubten und als Kommunisten handeln wollten, ergibt sich aus der Art, wie sie die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive aufgenommen haben. Die Genossen des Zentrums, die die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive für richtig hielten, zögerten nicht, alle politischen, taktischen, organisatorischen und persönlichen Konsequenzen aus diesen Beschlüssen zu ziehen. Für die Genossen, die dem linken Flügel der KPTsch angehörten, ist es vielleicht nicht ganz einfach, die Situation zu verstehen und sogar zu würdigen, in die die Genossen des Zentrums nach der Erweiterten Exekutive geraten waren. Wir besaßen nach der Erweiterten Exekutive die Beschlüsse, die nötig waren, um mit der Gruppe Bubnik-Rouček fertig zu werden. Aber die große Frage war, ob wir den rechten Flügel liquidieren könnten Seite an Seite mit dem Zentrum und seiner ehrlichen Unterstützung, oder ob wir diese Aufgabe lösen mußten ohne die Mitarbeit dieser Genossen. Es wäre auch denkbar gewesen, daß Smeral, Zápototzky u. a. sich nur aus Gründen der Disziplin und nicht aus innerer Überzeugung gefügt hätten. In diesem Falle hätten wir zwar auch den rechten Flügel vernichtet, aber wir würden noch viel Zeit brauchen, um die innere Einheit, Übereinstimmung und Geschlossenheit der Partei zu erzielen. Die Zentrumsgruppe hat, wie gesagt, alle Konsequenzen aus den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive gezogen. Diese Haltung hat die Gesamtheit der kommunistischen Arbeiterschaft der Tschechoslowakei davon überzeugt, daß in Moskau nicht nur eine Lösung aus Rücksicht auf die kommunistische Disziplin, sondern auf Grund ehrlichster und innerster Überzeugung zustande gebracht worden ist. Diese Tatsachen waren geeignet, die letzten Hoffnungen der tschechoslowakischen Konterrevolution auf neue Erschütterungen innerhalb der KPTsch vollkommen zu vernichten. Sie haben auch den Einfluß jener kleinen Gruppe von Parteimitgliedern, die sich bis zu dieser Stunde noch nicht ganz in der Frage zurechtfinden konnten, auf eine nette runde Null reduziert.

## IV.

Die KPTsch ist jetzt — nach dem 3. Parteitag kann das von keiner Seite bezweifelt werden — gesäubert, gereinigt von den direkten und indirekten Spionen der tschechoslowakischen Konterrevolution. Die gewaltige Krise hat zwar den Gegensatz der linken Parteiführung zum Zentrum bis zur

letzten Grenze entwickelt, sie hat aber gerade dadurch die Möglichkeiten geschaffen, einem beträchtlichen Teil kommunistischer Arbeiter die Augen über die Führergarnitur Bubnik, Rouček, Warmbrunn usw. zu öffnen. Der Sinn und der Erfolg der Parteikrise bestehen in der vollkommenen ideologischen Loslösung dieses Teiles der Arbeiter von den politischen, nationalen und anderen Vorurteilen, die das geistige und politische Rüstzeug der Bubnikleute ausmachten. Die Partei ist jetzt einig und geschlossen, nicht aus Gründen der Disziplin, sondern dank vollkommener Übereinstimmung in allen Fragen der Parteipolitik und -taktik. Die kommunistische Arbeiterschaft hat auf Grund eines sehr strengen Lehrkurses die Überzeugung gewonnen, daß sie auf dem Gebiete der Massenkämpfe, der revolutionären Aktionen wie überhaupt auf sämtlichen Gebieten der proletarischen Bewegung vorwärts marschieren kann, seitdem sie die Verräter und mit ihnen den Geist des Opportunismus, des sozialen Verrates losgeworden ist.

Die Beschlüsse des 3. Parteitages haben nach zwei Richtungen hin eine außerordentliche Bedeutung. Erstens wurde mit einer Gründlichkeit, die sich sehen lassen kann, die Schicksalsfrage der kommunistischen Bewegung in der Tschechoslowakei, nämlich das Problem der Gewerkschaftstaktik, diskutiert. Eine gute Resolution wurde, und zwar einmütig, angenommen. Aber das wäre wenig, wenn die Debatten auf dem Parteitag, die Haltung der Delegierten nicht beweisen würden, daß sie den politischen Sinn dieser Resolution verstehen, und daß sie durch ihr persönliches Verhalten in der praktischen Partei- und Gewerkschaftstätigkeit die Garantie bieten, daß die Resolution nicht nur ein papiernes Dokument bleibt. Der Beschluß in der Gewerkschaftsfrage sowie alle übrigen Ergebnisse des Parteitages beweisen andererseits, daß die Führung der Partei und daß sämtliche Funktionäre und Vertrauenspersonen der KPTSch bestrebt waren, eine Atmosphäre zu schaffen, die geeignet ist, alle verfügbaren Kräfte der kommunistischen Bewegung nutzbar zu machen. Der 3. Parteitag der KPTSch findet die politischen und nicht zuletzt die psychologischen Grundlagen der Partei so stark und so gesichert, daß er nicht nur formell, sondern faktisch die letzten Reste der Richtungs- und Fraktionskämpfe beseitigen kann. Im neugewählten Zentralkomitee, das 32 Mitglieder zählt, sitzen 18 Arbeiter aus den Betrieben. Es versteht sich, daß die qualifiziertesten Genossen des ehemaligen Zentrums den Zentralinstitutionen der KPTSch angehören, daß sie in den wichtigsten, ja überhaupt in allen Körperschaften der KPTSch vertreten sind. Wir brauchen neue rechte Gefahren nicht zu leugnen, aber noch weniger zu fürchten; daß der Hauptfeind der kommunistischen Bewegung rechts steht, ist nun nicht mehr nur die Ansicht dieses oder jenes Flügels der Partei, sondern des Zentralkomitees der KPTSch und der ganzen Partei.

Jetzt wird die neue Parteiführung zeigen müssen, wie weit sie kommt, wie rasch sie vorwärts schreitet, nachdem sie die Krise überwunden und die Einheit der Partei hergestellt und gesichert hat. Sie wird es nicht leicht haben. Auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Taktik und Arbeit hat die Partei zunächst nur die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeiten geschaffen, die Arbeit selbst ist noch zu leisten. Und was da zu besorgen ist, geht aus den Ziffern hervor, die wir am Beginn dieses Aufsatzes anführten. Die Partei hat sich mit jener Gruppe von Arbeitern vereinigt, die

unter der Führung Vrbenskys dem tschechischen Nationalsozialismus den Rücken kehrte und den Weg zur kommunistischen, revolutionären Bewegung gefunden hat. Die Neuwahlen stehen vor der Tür. Die Bourgeoisie versucht jetzt, nachdem die Bubnik-Aktion kläglich gescheitert ist, mit anderen Mitteln und Methoden die kommunistische Bewegung niederzuzwingen. Zugleich rüstet die Kapitalistenklasse zu neuen Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei. Mit einem Wort, das Proletariat der Tschechoslowakei steht vor neuen großen, schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfen. Mit mehr Hoffnung, Mut, Entschlossenheit als zu irgendeiner früheren Zeit gehen wir diesen Kämpfen entgegen, da wir nunmehr marschieren unter der Führung der von opportunistischem Einfluß und sozialem Verrat gesäuberten, gereinigten und geschlossenen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

PAUL FRÖLICH  
 ÜBER BLANQUISMUS

„Wer Eisen hat, hat Brot.“

Der Reformismus hat das Bedürfnis, jede revolutionäre Tradition zu verfälschen oder auszutilgen. Das ist ein Mittel, den revolutionären Klasseninstinkt des Proletariats zu besiegen. Zu Zeiten großer Gefahr für die reformistische Politik wandte er es bewußt an. Ein Beispiel für eine solche bewußte Fälschung bot Kautsky, als er in seiner Schrift „Terrorismus und Kommunismus“ die Polemik von Friedrich Engels gegen die Bakunisten demagogisch gegen den Bolschewismus ausnützte. Von ihm angeregt, hat dann 1920 Franz Diederich die Schrift von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit“ wieder herausgegeben und mit einem Vorwort versehen, in dem er äußerst geschickt dem Leser die Auffassung suggeriert: Kommunismus = Bakunismus, bewaffneter Aufstand ist ein anarchistisches Kampfmittel. Ein aufmerksames, unbefangenes Studium der Engelsschen Schrift ergibt indessen, ganz im Gegensatz zur Diederichschen Behauptung, eine Rechtfertigung des Kommunismus, sowohl seiner Staatstheorie wie seiner Kampfmethoden (der Aufstand als Kunst).

Nicht immer arbeiten die Reformisten mit so plumpen Mitteln. Oft genug vollziehen sie die Verfälschung der Geschichte, die Zerstörung wertvoller Traditionen, die Vernichtung wichtiger Erfahrungen ganz unbewußt, weil die reformistische Auffassung der richtigen Erkenntnis im Wege steht. Auf diese Weise ist auch der Blanquismus entstellt worden, zunächst in der deutschen Sozialdemokratie, bis die Verfälschung Gemeingut der II. Internationale wurde.

Auch hier ist Friedrich Engels Kronzeuge geworden. Im Juni 1874 gab eine Gruppe nach London geflüchteter blanquistischer Kommune-kämpfer eine Proklamation „Aux Communeux“ heraus, die ein Programm für die baldige Neuauflage der Kommunerevolution enthielt. Es war ein typisches Emigrationsgewächs voller Einbildungen und unberechtigter Hoffnungen, ein Projekt der Ungeduld. Engels wandte sich gegen das darin ausgesprochene revolutionäre Abenteuerertum und seine Verkenning der dringenden politischen Aufgaben in Frankreich. Dabei gab er folgende Skizze des Blanquismus:

„Blanqui ist wesentlich politischer Revolutionär, Sozialist nur dem Gefühl nach, mit den Leiden des Volkes sympathisierend, aber er hat weder eine sozialistische Theorie noch bestimmte praktische Vorschläge sozialer Abhilfe. In seiner politischen Tätigkeit war er wesentlich „Mann der Tat“, des Glaubens, daß eine kleine wohlorganisierte Minderzahl, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar erste Erfolge die Volksmasse mit sich fortreißen und so eine siegreiche Revolution machen kann. Diesen Kern konnte er unter Louis Philipp natürlich nur als geheime Gesellschaft organisieren, und da passierte es denn, was gewöhnlich bei Verschwörungen passiert: Die Leute, überdrüssig des ewigen Hinhaltens mit leeren Versprechungen, es werde nun bald losgehen, verloren zuletzt ganz die Geduld, wurden rebellisch, und so blieb nur die Wahl: entweder die Verschwörung zer-

fallen zu lassen oder ohne allen äußeren Anlaß loszuschlagen. Man schlug los (12. Mai 1839) und wurde im Nu erdrückt... Daraus, daß Blanqui jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderheit auffaßt, folgt von selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen, der Diktatur, wohl verstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse, des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind.

Man sieht, Blanqui ist ein Revolutionär der vorigen Generation.“

Das, was Engels hier sagt, ist im Wesen richtig, wenn es in seiner ganzen Schärfe auch nur auf den jungen Blanqui zutrifft. Aber es zeigt nur das Negative, das von Marx Überwundene des Blanquismus. Das genügte für die Warnung vor einem Revolutionsspiel, auf die es Engels damals ankam. Aber wäre sein Vertrauen auf das revolutionäre Wesen der deutschen Sozialdemokratie 1874 weniger felsenfest gewesen, hätte er die Entwicklung des westeuropäischen „Sozialismus“ in den opportunistischen Sumpf hinein deutlich erkennen können, dann hätte er wohl diese Gelegenheit benutzt, um auch das Positive der blanquistischen Auffassung scharf zu umreißen und die glorreiche Vergangenheit des Blanquismus zu preisen. Da er es nicht getan, ward seine Kritik der Schwächen als die erschöpfende Darstellung des Blanquismus angesehen, und gar bald war seine Darstellung zur Grundlage für eine vollkommene Absage nicht an die Putscherei — vor der die Sozialdemokratie nicht weniger Angst hatte als die Regierungen —, sondern an jeden revolutionären Kampf, von seiner bewußten Vorbereitung gar nicht zu reden. Der Blanquismus ward zu einer Vogelscheuche für jeden, der sich über den Herrschaftsbereich des Stimmzettels und der donnernden Parlamentsrede hinauswagen wollte. Während in den Geschichtsbüchern der Partei Männer minderen Grades mitgeschleppt und dem Gedächtnis der Arbeiter eingebläut wurden, behandelte man Auguste Blanqui wie einen toten Hund und tilgte man sein Gedächtnis aus.

Die Verschwörung des Schweigens zu brechen, Blanqui seinen Platz in der Ahnengalerie des kämpfenden Proletariats zu bewilligen, das ist eine Aufgabe. Allein um der Persönlichkeit Blanquis willen müßte sie erfüllt werden. Das revolutionäre Proletariat hat wenig große Vorbilder, an deren Gedächtnis es sich aufrichten kann. Und wenn es nach Engels' Wort stolz sein darf, von Fourier und Saint-Simon abzustammen, die ihm eine große Hoffnung schenkten, so muß ihm höher und näher ein Blanqui stehen, der Mann der Tat, der in ihm den Willen zum Handeln zu wecken suchte, dessen Name mit allen revolutionären Erhebungen des französischen Proletariats von 1830 bis 1871 verbunden ist, dessen Kühnheit durch kein Todesurteil zurückgeschreckt, dessen Energie nicht durch die Kerker-schmach von vier langen Jahrzehnten gebrochen werden konnte. Aber es handelt sich nicht nur um die Person, sondern auch um die Sache. Nachdem in halbjahrhundertlanger Herrschaft des Reformismus die Lehre des revolutionären Marxismus benagt, verfälscht und entmannt worden ist, hat es eine große Bedeutung, aus der geschichtlichen Erfahrung nachzuweisen, daß die Theorie der proletarischen Diktatur nicht von den Bolschewiki „zur Rechtfertigung ihrer verruchten Gewaltherrschaft erfunden worden ist“, sondern daß sie die Basis bildet für jedes revolutionäre Denken, das es wagt, bis zum Ende zu gehen. Der Blanquismus liefert diesen Beweis.



„Blanqui ist ein Revolutionär der vorigen Generation“, sagt Engels. Das ist richtig, aber es ist doch zu wenig gesagt. Er ist der klassische Repräsentant jener Epoche von Revolutionen, die der Übergang waren von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, jener Revolutionen, deren Träger noch das Kleinbürgertum und schon das Proletariat waren. Als Repräsentant dieser Epoche aber auch in seiner Herkunft und seinem Wirken ist er der Mittler zwischen dem Jakobinertum und dem modernen Kommunismus. Sein Vater war Konventmitglied, zwar Girondist, aber ein treuer Hüter der großen revolutionären Erinnerungen aus der Zeit der jakobinischen Diktatur. Sein Lehrer war der alte Philipp Buonarrotti, der Kampfgenosse Babeufs, dessen Verschwörung der Gleichen die bürgerlichen Schranken der französischen Revolution zu durchbrechen suchte. Zugleich ist Blanqui der Wegbereiter des modernen Kommunismus, der Johannes, der ihn aus der Taufe gehoben hat. Blanqui gründete in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts die geheimen Organisationen „Gesellschaft der Familien“ und „Gesellschaft der Jahreszeiten“. In enger Verbindung und auf dem gleichen theoretischen Boden mit diesen Kampfverbänden, an ihren Aktionen beteiligt, stand der „Bund der Geächteten“, der sich später „Bund der Gerechten“ nannte. Es war die Organisation der revolutionären deutschen Flüchtlinge in Frankreich, zur Hauptsache aus Proletariern bestehend. Seine hervorragendsten Mitglieder waren Karl Schapper und Wilhelm Weitling. Aus dem „Bund der Gerechten“ ging der „Bund der Kommunisten“ hervor, die erste proletarisch-revolutionäre Organisation mit einem marxistischen Programm. In der Kette dieser Entwicklung ist Auguste Blanqui ein starkes Glied.

Von den Jakobinern hat Blanqui die hohe Schätzung der Staatsmacht: die Idee von der Schöpferrolle der Gewalt in der Geschichte, diese Idee in der überspitzten, zu absoluten Form, die sie in den Machtkämpfen der Revolution annehmen mußte, den Gedanken der straffen Zentralisation in Partei und Staat; die Diktatur als die Form der Klassenherrschaft in der Übergangszeit, als Mittel zur Sicherung und Vollendung der Revolution. Von Babeuf übernahm er die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes durch die geheime Organisierung des streng militärisch gegliederten Vortrupps, der revolutionären Initiativgruppe, und den kommunistischen Gedanken in der noch immer unbestimmten Form, wie er sich seit Babeuf entwickelt hatte. Blanqui steht fest auf dem Boden des Klassenkampfes, und seine Klasse ist das Proletariat. Aber noch hat er es mit einem Proletariat zu tun, das erst im Entstehen begriffen, in seinen sozialen Bedingungen, Auffassungen und Interessen eng mit dem Kleinbürgertum verbunden ist. Darum sind Blanquis ökonomische Anschauungen noch unentwickelt, von kleinbürgerlichen Gedanken durchtränkt. Seine Kritik der kapitalistischen Ausbeutung trifft noch nicht das Wesen. Wie der kleinbürgerliche Feind der Großbourgeoisie, kennt er nicht den Vorgang der Produktion des Mehrwerts, sieht er im kapitalistischen Profit das Ergebnis einer Prellerei. Zu seinem Unheil wurde er von Jean Baptiste Say, einem schlimmen Vulgärökonom, in die ökonomische Wissenschaft eingeführt, seine ökonomischen Auffassungen hemmen ihn die Schwächen seiner politischen Taktik zu überwinden.

Aber es wäre verfehlt, die blanquistische Verschwörertaktik nur aus dieser Enge der Auffassungen des Meisters zu erklären. Sie entsprang den

damaligen revolutionären Erfahrungen und den gegebenen sozialen und politischen Bedingungen. Sie war die dem äußersten revolutionären Flügel durch die Tatsachen aufgezwungene Kampfmethod.

Worin bestand diese Taktik (vor 1848)? Blanqui schuf eine streng militärisch gegliederte Organisation auf Grund einer peinlichen Auslese der Mitglieder und Führer. Die untersten Einheiten waren kleine Kampfverbände (Siebenergruppen in der „Gesellschaft der Jahreszeiten“). Diese Einheiten wurden durch ein hierarchisches System zusammengefaßt, das in der Spitze des Chefs, Blanqui selber, auslief. Die Mitglieder kannten nur ihre Nebenmänner der Gruppe und ihre unmittelbaren Führer, je höher hinauf, um so mehr verschwand für die Zeit der Vorbereitung die Führung im mystischen Dunkel. Zur Sicherung gegen Verrat war das notwendig. Alle Impulse, alle Entscheidungen kamen von oben. Strengster Gehorsam hielt die Organisation zusammen, ihre Schlagfertigkeit aufrecht. Es kam darauf an, die Kampftruppe aufzubauen, bis sie zu einem Handstreich stark und innerlich fest genug war, und dann einen günstigen Augenblick zum Losschlagen zu erspähen, die wichtigsten strategischen Punkte zu nehmen und so die Revolution durch ein militärisches Überraschungsmanöver einzuleiten. Das Ziel war nicht, wie oft gesagt wird, die Revolution für das Proletariat ohne das Proletariat zu machen, sondern vielmehr in die feindliche Position die erste Bresche zu schlagen, das Proletariat durch die Erfolge zu ermutigen, es mit fortzureißen und ihm im Kampfe eine Führung zu geben. Die blanquistische Organisation sollte zunächst Sturmtrupp der noch nicht existierenden revolutionären Armee sein, um im Prozeß ihrer Bildung ihr Kader zu sein. Alle Proben auf diese Taktik sind gescheitert. Sie mußten, wie Engels sagt, notwendig scheitern. Der Aufstand wuchs nicht aus dem revolutionären Prozeß als bewußt erkannte Notwendigkeit der Situation heraus, sondern sollte die noch latente Revolution auslösen. Der Kampf kam immer verfrüht, der Kontakt mit den Massen wurde nicht hergestellt. Kindisch ist die Behauptung, Blanqui habe geglaubt, jederzeit und ohne Rücksicht auf die politische Situation, „wie aus der Pistole geschossen“, einen Aufstand machen zu können. Alle Aufstandsversuche fallen in Zeiten politischer Krise, freilich nie der Reife dieser Krise. Der letzte Versuch mit dieser Praxis kam genau drei Wochen zu früh. Am 14. August 1870 unternahmen die Blanquisten einen Handstreich gegen das sterbende bonapartistische Regiment. Er schlug fehl, weil die Massen nicht mitgingen. Am 4. September 1870, unter dem Eindruck der Niederlage von Sedan — die nicht Ursache, sondern nur letzter Anstoß der Revolution war — erhob sich Paris.

Wir sagten, daß diese Taktik revolutionären Erfahrungen entsprang, wie sie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vorlagen. Diese Erfahrungen waren vor allem in zwei großen Beispielen gegeben: in der siegreichen Erhebung des Pariser Volkes am 10. August 1792 (die für die französische Revolution dieselbe Bedeutung hatte wie der 7. November 1917 für die russische Revolution) und in der Verschwörung der Gleichen. Der 10. August 1792 war ein mit großer Energie und Unsicht vorbereiteter, auf einem bestimmten Tag angesagter und planmäßig durchgeführter Aufstand, und er brachte einen ungeheuren Sieg. Im Gegensatz zu den früheren Erhebungen, wie dem Bastillesturm, sprangen hier vor

allem das Planmäßige der Vorbereitung, die Terminsetzung, die bewußte und geheime Leitung ins Auge, und es war nicht zu verwundern, daß diese Erscheinungen zunächst gewaltig überschätzt, alle anderen Voraussetzungen zwar nicht übersehen, aber doch bei der Beurteilung der Aufstandstechnik mißachtet wurden. Und wie günstige Bedingungen waren das! Zwei öffentliche Gewalten in tiefster Feindschaft gegeneinander: das Königtum, schon vollkommen kopflos; seine einzige Stütze ein Haufen fremder Söldner und die Hoffnung auf verräterische Generale und die noch fernen Fürstenheere — und die Nationalversammlung, innerlich zerfressen, ohne Ziel, voller Angst vor der nahenden Revolution und doch gezwungen, sie zu fördern, auf dem Aussterbeetat. Eine kraftvolle Partei, die Jakobiner, deren Führung zwar noch auf eine legale Lösung der Krise sinnt (Robespierre!), die aber dennoch die Kampflosungen gibt und mit aller Kraft die Massen aufwühlt. Organisierte militärische Kräfte in den Freiwilligentruppen der Föderierten. Der Keim einer neuen Staatsorganisation, in der sich ungesetzlich aber offen bildenden Pariser Kommune, die dieselbe Rolle spielt wie im November 1917 die Räte. Dazu die Massen des Pariser Kleinbürgertums und Proletariats, gespannt vom höchsten Willen, den Knoten zu durchhauen. Es war bolschewistische Taktik, die am 10. August 1792 siegte, und die Bedingungen ermöglichten den Sieg. Es war begreiflich, daß die Schüler dieser Revolution zunächst nur gewisse Seiten dieser siegreichen Taktik ins Auge faßten, die Bedeutung der Vorbedingungen aber übersahen.

Der Aufstand der Gleichen mißlang im Grunde deshalb, weil die elementare Gewalt des Massenwillens fehlte und die andern Bedingungen nur gering entwickelt waren. Dem ungeübten Beobachter mußte aber als einzige Ursache für das Scheitern der Verschwörung die Tatsache erscheinen, daß sie vor ihrer Ausreifung entdeckt und zerschlagen wurde. Die Probe wurde nicht gemacht, und deshalb konnte auch die Unzulänglichkeit dieser reinen Verschwörertaktik nicht ohne weiteres erkannt werden.

Die blanquistische Verschwörertaktik konnte nicht zum Ziele führen. Dennoch entsprang sie nicht bloß jenem halben Verständnis für die Lehren der Vergangenheit, sondern auch den politischen Lebensbedingungen der Gegenwart in den zwanziger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Man muß dieses Frankreich verstehen. Die Traditionen einer großen Revolution sind noch durch eine lebende Generation vertreten. Die Regierungen sind schwach, nicht verwurzelt in den Volksmassen. Die Bourbonenherrschaft kann sich überhaupt nur so lange halten, als die Erschöpfung des ganzen Volkes nach der ungeheuren Kraftausgabe der großen Revolution anhält und Europa unter dem Druck der Heiligen Allianz niedergehalten wird. Mit einem Ruck wird in der Julirevolution das Joch abgeworfen. Dieser Ruck predigt die Allmacht der Barrikade und fördert die Illusionen der blanquistischen Taktik. Dann folgt das Bürgerkönigtum. Auch ein schwaches Regiment. Nachdem der erste Rausch verflogen ist, wird es im ganzen Volke gehaßt als die Herrschaft des Börsenkapitals, das das Land ruiniert, die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, das städtische Kleinbürgertum, die Bauern und die Arbeiter schamlos ausplündert. Dabei sind die Bedingungen für eine organisch wachsende legale Bewegung nicht gegeben. Nicht nur wegen der Unterdrückungs-

methoden Guizots, sondern weil das Kleinbürgertum überhaupt eine nur schwer organisationsfähige Klasse ist, das Proletariat aber noch zu unentwickelt und schwach für eine große politische Organisation ist. Nur in Stößen kann sich die Volkswut und die revolutionäre Energie Luft machen. Die Verschwörungen sind ihr gegebenes Mittel. Sie scheitern zwar, aber sie schaffen doch die aktive, vom Initiativegeist erfüllte Mannschaft, die in der entscheidenden Krise auf die Barrikade steigt. Und die Barrikade siegt dann beim ersten Anlauf, solange das Ziel nur ein Herrschaftswechsel innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist. So 1830 und 1848.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß Blanqui unter dem zweiten Kaiserreich wieder zur Verschwörertaktik greift, wo die sozialen und politischen Bedingungen denen der Revolutionszeit sehr ähnlich sind. Und weiter ist bezeichnend, daß es ihm gelang, wirklich starke Verbände für den unmittelbaren Aufstand zustande zu bringen, was unseres Wissens nur unter den geschilderten Verhältnissen gelang (z. B. die Carbonari in Italien), sonst aber schmähslich in den Anfängen steckenblieb, wo es versucht wurde. Das beweist, daß die blanquistische Taktik nicht einfach eine Verirrung, sondern in den Verhältnissen tief begründet war.

Sobald die Verhältnisse sich ändern, verwandelt sich der starre Taktiker Blanqui in einen weitblickenden, vorsichtigen, geschmeidigen und doch von Aktivität strotzenden Politiker. Das bewies er 1848, und 1870. Seine Energie setzte er dann ein für die Schaffung einer straff disziplinierten Partei und eine breite Massenpropaganda, zugleich aber suchte er seine Anhänger entschieden von großen Kämpfen zurückzuhalten, solange die Dinge noch nicht ausgereift waren. Es ist ihm leider nicht vergönnt gewesen, bei dem Höhepunkt der beiden Revolutionen einzugreifen. Sowohl die Junischlacht als die Pariser Kommune fanden ihn wieder im Kerker, dem er für eine kurze Zeit entronnen war. 1871 fiel er einen Tag vor Ausbruch des Kommuneaufstandes den Versaillern in die Hände, als er bei dem Versuch, die Provinz aufzuwühlen, von einer Krankheit niedergeworfen worden war. Acht Tage vorher war er vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden, nicht zum ersten Male in seinem Leben. Die Kommune suchte sich seine Erfahrung und Energie zu sichern. Sie bot den Versaillern für den einen Kopf die Köpfe aller Geiseln, mit dem Erzbischof an der Spitze, an. Umsonst! Thiers wußte, was dieser Mann wert war. Er hielt „den Kopf der Viper“ fest.

Blanqui hat den Aufstand immer als eine Kunst betrachtet, die durch ernstes Studium erworben werden muß (er erwies sich 1870 als Kenner des Kriegswesens). Er war kein Dialektiker, und deshalb erkannte er weder die unmittelbaren Vorbedingungen des Aufstandes noch die Notwendigkeit des Vorbereitungsprozesses, den die revolutionäre Klasse durchzumachen hat. Aber es ist ein Verdienst, daß er die Unvermeidlichkeit des bewaffneten Kampfes mit den herrschenden Gewalten und die Machteroberung so scharf betonte. Wenn diese Lehren verlorengingen, so ist das nicht seine Schuld. Man kann ihn nicht dafür verantwortlich machen, daß die Kritik seiner Methoden schließlich hinter ihn zurück und nicht über ihn hinausführte, daß nicht Auguste Blanqui, sondern der spießbürgerliche Doktrinär Louis Blanc zum Musterbild ward.

Seine Auffassung vom Aufstande und von der Bedeutung der Staatsmacht wies ihn auf das Studium der Rolle des revolutionären Staates. Er hat seine Erkenntnis darüber nicht systematisch dargestellt. Auch in seinem Hauptwerke: „Critique Sociale“ sind seine Gedanken über die Mittel und Methoden der revolutionären Herrschaft sozusagen nur in Aphorismen niedergelegt. Aber es ergibt sich doch ein klares Bild seiner Anschauungen.

Blanqui predigte die revolutionäre Diktatur, die Diktatur des Proletariats. Ganz richtig sagt Engels, daß Blanqui in der Praxis sich nicht die Diktatur der ganzen Klasse, sondern nur die der Partei, die den Umsturz vollzogen, vorstellte. Aber man hätte Engels gewiß in große Verlegenheit gebracht, wenn man von ihm die Antwort geheischt hätte, unter welchen Formen, in welcher Weise organisiert, denn die amorphe, gestaltlose Klasse ihre Diktatur ausüben sollte. Er hätte dann wahrscheinlich an die demokratische Republik gedacht, sich aber gleich seines Wortes erinnert, daß am Ende die Entscheidung wohl fällt im Kampfe mit der „reinen Demokratie“. Engels war dank seiner Auffassung sozusagen weit vom Schuß und konnte deshalb klüger, nämlich zurückhaltender sein und abwarten. Blanqui brauchte bei seiner Tätigkeit eine unmittelbare Lösung der Frage, und da blieb ihm nur die reine Parteidiktatur. In der Praxis würde sich herausgestellt haben, daß der Parteidiktatur die unmittelbare Verbindung mit der Klasse, das Mittel, die Klasse zu aktivieren, fehlte. Aber die Organisationsform der Diktatur konnte nicht erfunden werden, sie mußte entstehen. Bei seiner Zurückweisung der Kautskyschen Kateridee, Bolschewismus sei zweimal aufgewärmter Proudhonismus“, sagt Trotzki das Entscheidende (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, deutsche Ausgabe Seite 19):

„Mit weit größerer Berechtigung könnte uns Kautsky mit den Gegnern der Proudhonisten, den Blanquisten, vergleichen, die die Bedeutung der revolutionären Macht begriffen und die Eroberung dieser Macht nicht abergläubig in Abhängigkeit vom formalen Merkmale der Demokratie stellten. Um aber dem Vergleich der Kommunisten mit den Blanquisten den rechten Sinn zu geben, müßte man hinzufügen, daß wir in der Person der Arbeiter- und Soldatenräte über eine solche Organisation der Umwälzung verfügten, von der die Blanquisten nicht träumen konnten. In der Person unserer Partei hatten und haben wir eine unersetzliche Organisation politischer Führung mit einem vollendeten Programm der sozialen Revolution. Endlich waren und bleiben die Gewerkschaftsverbände, die voll und ganz unter der Fahne des Kommunismus stehen und die Sowjetmacht unterstützen, ein mächtiger Apparat wirtschaftlicher Umgestaltungen.“

Bei Blanqui ist die Diktatur keine leere Phrase und keine Unfall- und Lebensversicherung für Konterrevolutionäre, zu der sie die Marxepigonen à la Kautsky gemacht haben. Sie ist ihm Schwert und Hammer der siegreichen revolutionären Klasse, die unter den größten Gefahren und Schwierigkeiten ihren Sieg festhalten und ausbreiten, sich gegen mächtige innere und äußere Feinde behaupten und die soziale Umwälzung durchführen will. Sie ist ihm eine Gewaltherrschaft, die nur in dem Maße abgeschwächt werden kann, als die Widerstände verschwinden und das Ziel der Revolution erreicht wird.

Daß es gilt, den alten Staatsapparat zu zerschlagen, spricht er noch nicht bewußt aus, aber aus seinen praktischen Ratschlägen geht hervor, daß er diese Aufgabe sieht. So schreibt er in einem herrlichen Manifest, das er

1851 aus dem Kerker an die blanquistischen Flüchtlinge in London schickt, und in dem er die Hauptlehren der Februarrevolution zusammenfaßt:

„Die Reaktion hat nur ihr Handwerk ausgeübt, als sie die Demokratie erwürgte. Aber Verbrecher sind die Verräter, die das vertrauensselige Volk als Führer anerkannt und die es der Reaktion ausgeliefert haben.

Elende Regierung! Trotz aller Empörungsschreie und Bitten beschließt sie die 45-Centime-Steuer, die das verzweifelte Landvolk aufpeitscht. Sie hält die royalistische Militärorganisation, die royalistische Verwaltung, die royalistischen Gesetze aufrecht. Das ist Verrat!“

Es kommt nach der Eroberung der Macht zunächst darauf an, diese Macht zu sichern. In demselben Manifest schreibt er:

„Verräter wird jede Regierung sein, wenn sie in dem Augenblick, wo sie vom Proletariat auf das Schild gehoben ist, nicht sofort diese Maßregeln durchführen läßt:

1. Entwaffnung der bürgerlichen Garden,

2. Bewaffnung aller Arbeiter und ihre Organisation als Volksmiliz.

Zweifellos gibt es noch andere unbedingt notwendige Maßnahmen. Aber sie werden ganz natürlicherweise diesem ersten Akt entspringen, der die erste und einzige Sicherung des Volkes ist. Kein Gewehr darf in den Händen der Bourgeoisie bleiben! . . .

Die Waffen und die Organisation, das ist das entscheidende Element des Fortschrittes, das sichere Mittel, um dem Elend ein Ende zu bereiten.

Wer Eisen hat, hat Brot!

Vor den Bajonetten beugt man sich. Entwaffnete Haufen fegt man weg. Ein Frankreich, bespickt mit bewaffneten Arbeitern, das wäre der Sonnenaufgang des Sozialismus. Vor den bewaffneten Arbeitern werden Hindernisse, Widerstände unmöglich — wird alles verschwinden.“

Blanqui hat keinen Respekt vor den traditionellen Formen der Demokratie. Die Formen einer Arbeiterdemokratie sieht er noch nicht. Die Rückständigkeit des Proletariats und besonders der Bauernmassen in der Provinz schreckt ihn. Darum ist er für die reine Herrschaft der Partei, deren Legitimation die revolutionäre Tat ist. Er ist entschieden gegen die Nationalversammlung. Denn die geschichtliche Erfahrung hat ihn gelehrt, daß kein Parlament, nicht einmal der Konvent, in der Epoche der Revolution auf der Höhe der Aufgaben gewesen ist. Zwar sieht er auch ein Parlament vor. Aber vorher gilt es, die durch die Tradition alter Vorstellungen vergifteten Volksmassen durch die neuen Tatsachen und planmäßige Aufklärung für die Revolution und den Sozialismus ganz zu gewinnen. Darum ist er für die diktatorische Ausschaltung der konterrevolutionären Einflüsse, für das Verbot der Bourgeoispresse, für die Schaffung einer revolutionären Presse aus Staatsmitteln und für die gründliche Umgestaltung und den Ausbau der Volkserziehung durch den revolutionären Staat.

Diese Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, wie Blanqui die Diktatur gehandhabt wissen wollte. Dabei war er durchaus kein Anbeter der Allmacht der Gewalt und des Staates. Wie tief er die Fragen der Diktatur durchdacht, zeigt der Grundsatz, der sich aus seinen praktischen Ratschlägen ergibt: In den Machtfragen unbedingte Rücksichtslosigkeit, in den ökonomischen Fragen äußerste Vorsicht und Geschmeidigkeit, Schritt für Schritt vorgehen, „mit der Sonde in der Hand“. Durch die bloße Staatsautorität kann kein vorgefaßtes soziales „Ideal“ verwirklicht werden. Aber die Bahn muß frei gemacht werden für die Umwandlung. Die Staatsschulden müssen annulliert werden. Die Staatslasten müssen durch eine progressive Steuer auf Vermögen und arbeitsloses Einkommen ersetzt werden. Die Wirtschaft aber soll zunächst in alter Weise weitergeführt

werden unter der Leitung ihrer alten Besitzer. Nur gegen Saboteure soll vorgegangen werden mit Landesverweisung, Konfiskation des Vermögens und Weiterführung ihrer Werke im Staatsbetrieb. Erst allmählich, nach peinlicher Prüfung der Möglichkeiten und Mittel, soll die Organisation der Arbeit durchgeführt werden.

Besonders wichtig erscheint Blanqui im Bauernlande Frankreich die Agrarfrage. Er verpönt jeden Druck auf die Bauern. Nur durch Aufklärung, eigene Erfahrung und Förderung durch den Staat sollen die Bauern für die genossenschaftliche Produktion, den Kommunismus, gewonnen werden.

Alles in allem genommen: Was Blanqui zu seinen Auffassungen geführt hat, das war der gesamte soziale Zustand Frankreichs in seiner Epoche, charakteristisch durch die ständige Aktualität der Revolution und die Tatsache, daß in diesen Revolutionen das Proletariat als Träger der Bewegung selbständig und für eigene Ziele handeln mußte, dabei aber noch schwach und rückständig war. Aus dieser eigenartigen Konstellation der Dinge erklären sich sowohl die Stärken als auch die Schwächen des Blanquismus. Wenn wir auch heute viele Korrekturen an Blanquis Lehren vornehmen müssen, wenn auch viele neue Möglichkeiten und Probleme auftreten, von denen Blanqui noch nichts wußte, so überrascht uns doch heute die enge Verwandtschaft der blanquistischen mit der leninistischen Auffassung. Soweit sie voneinander abweichen, ist das durch die Unterschiede der Verhältnisse und der Erfahrung verursacht. Soweit sie übereinstimmen, ist dies ein Beweis, daß rücksichts- und kompromißloses Durchdenken der Revolutionsprobleme zu den gleichen Schlüssen führen muß. Sie geben eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit des leninistischen Weges.

Und nun ist es auch klar, warum dieser Blanqui, der von der Bourgeoisie ein Leben lang im Kerker gehalten wurde, auch von der Sozialdemokratie in den Kerker des Vergessens eingesperrt werden mußte. Die deutsche Sozialdemokratie, die bar ist jeder revolutionären Tradition, kam an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung. Die Epoche der bürgerlichen Revolution war abgeschlossen. Es kam die Zeit, wo der Sozialdemokrat Vollmar aussprechen durfte, es wäre besser gewesen, wenn die Pariser Arbeiter geschlafen hätten, statt die erste Proletarierdiktatur, die Kommune, aufzurichten. Der Reformismus siegte auf der ganzen Linie. Da konnte das Gedächtnis Blanquis, da konnten seine Lehren nur „schädlich“ sein. Marx und Engels, die mit ihren Zeitgenossen stets scharf ins Gericht gingen, haben von dem „Eingekerkerten“ stets mit hoher Achtung gesprochen. Sie fühlten sich dem „Revolutionär der vorigen Generation“ verwandt. Ihre Kritik traf seine Schwächen. Seine Stärken waren die ihren. Deshalb wandte sich die reformistische Kritik des Blanquismus ausgesprochen gegen Marx und Engels. Bernstein war es, der die Verschwörung des Schweigens brach, um Blanqui vollkommen totzuschlagen. In seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ macht er Marx zum Vorwurf, wie er so verblendet sein konnte, in der blanquistischen Partei die Führung des Proletariats in der Revolution von 1848 zu sehen, statt in den Faselhänsen à la Louis Blanc, den Vorläufern der Scheidemänner. Es genügte Bernstein nicht, daß der blanquistische Putschismus zurückgewiesen

worden war. Die Diktatur und überhaupt die revolutionäre Aktion, die Revolution selber, das war das Verderben. Das war nach ihm das eigentliche Wesen des Blanquismus, das aus der Marxschen Auffassung restlos ausgerauft werden müsse.

Sie haben es geschallt, die Herren Reformisten, in ihrer Theorie wie in ihrer Praxis. Aber der Marxismus lebt in den Köpfen und den Taten des revolutionären Proletariats. Und darum soll auch das wieder in den Köpfen der Arbeiter lebendig werden, was unsterblich ist in Blanquis Gedanken und Werken.



## A. MALETZKY: ZEITSCHRIFTEN-RUNDSCHAU

(„Die Gesellschaft“ „Der Kampf“)

Im Septemberheft der von Hilferding herausgegebenen „Gesellschaft“ gibt der englische Sozialist Charles Roden Buxton eine Analyse der Aufgaben der Internationale im Kampf gegen den Imperialismus. Und zwar handelt es sich um die Kolonialpolitik. Höchst tief sinnig warnt Herr Buxton vor „übereilten Entschlüssen“ und schreibt:

„Manche Sozialisten . . . sagen: Wir sind in das Land eingedrungen, haben geraubt, enteignet, versklavt; das einzig Anständige, was wir heute tun können, ist, wieder herauszugehen. Wenn wir die ganze Sache vom Gesichtspunkt eines unparteiischen Richters aus anzusehen hätten, der nur über das Vergangene zu entscheiden brauchte, ließe sich manches für diese Auffassung anführen. Aber wir sind nicht in dieser Lage. Wir sind vielmehr in der Lage von potentiellen Herrschern, verantwortlich nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und für die Zukunft. Wie die Dinge heute nun mal liegen, müssen wir nur erwägen, wie der Sache der Menschheit am besten gedient ist — ganz gleich, was früher gewesen ist. Wenn nach allem, was geschehen ist, die weißen Regierungen sich heute zurückzögen und die eingeborene Bevölkerung ihrem eigenen Schicksal überließen, nachdem sie — allerdings aus ganz egoistischen Interessen — die Lebensbedingungen der Eingeborenen so tiefgreifend verändert haben, würde der Zustand dieser Völker fraglos schlechter sein als heute. Die Eingeborenen der Tropen würden den viel brutaleren und gefährlicheren Methoden der privaten Freibeuter oder Seeräuber zum Opfer fallen. Es kommt also gar nicht in Frage, daß man die Eingeborenen der Tropen mit ihren unermesslichen Reichtümern (Hier liegt der Hund begraben! A. M.) sich selbst überläßt. Weder eine einzelne Regierung noch alle Regierungen zusammen könnten das erreichen, selbst wenn sie es wüssten.“ (S. 218/19.)

Herr Buxton ist von der Überzeugungskraft seiner Argumente tief überzeugt und fügt bescheiden hinzu, „daß es wohl schwer fiele, sie abzulehnen“. Stünde der Artikel nicht in einem führenden Organ der II. Internationale, dann könnte man ihn mit einem Achselzucken abtun. Herr Buxton erkühnt sich also, nach einer jahrzehntelangen räuberischen Kolonialpolitik, nach der Erfahrung der letzten Jahre und der letzten Ereignisse im Fernen Osten, zu erklären, daß sich die Kolonialpolitik der imperialistischen Mächte vom Standpunkt des Sozialismus aus durchaus rechtfertigen lasse. Die Schmach von heute ergebe sich eben aus der Schmach der Vergangenheit. Und nunmehr gelte es, die armen Kolonialvölker vor Seeräubern und privaten Plündereien zu schützen, zu welcher humaner Aufgabe die Herren Buxton, Bauer, Kautsky samt der ganzen II. Internationale Hand in Hand mit Chamberlain, Marschall Lyautey und deren Generalstäbe berufen seien.

Buxton fährt fort:

„Der Sozialismus hat noch keine Theorie über das Verhältnis von weißen zu dunklen Rassen entwickelt, die uns praktisch bei irgendwelchen neuen Fragestellungen leiten kann“ . . . „Die weißen Rassen werden auch in Zukunft den Fortschritt der Welt als Ganzes bewirken; darum muß es das leitende politische Prinzip sein, daß sich der Fortschritt zum Vorteil der ganzen Welt, sowohl für die schwächeren wie für die stärkeren Rassen, vollzieht, daß bei den weißen Rassen an Stelle der bitteren Rivalität Zusammenarbeit tritt, daß sie erfüllt sind vom Geiste der Verantwortung und der Sorge für die schwächeren Rassen . . .“ (S. 220.)

In diesem Artikel ist kein einziger Satz, den Chamberlain und die übrigen Leiter des kolonialen Banditentums nicht unterschreiben könnten. In seiner Rede über die chinesische Frage hat Chamberlain im englischen Parlament beinahe buchstäblich die Argumente Buxtons wiederholt. Auch sein Herz ist voll väterlicher Sorge für die armen farbigen Brüder,

während gleichzeitig seine Kartätschen die chinesischen Arbeiter in den Straßen von Kanton und Schanghai in Stücke reißen, die infolge ihrer niedrigen Kulturstufe die Wohltaten der weißen Rassen nicht begreifen wollen.

Herr Buxton hat alles vergessen, was die II. Internationale auf ihren internationalen Kongressen in der Vorkriegszeit über die Kolonialfrage gesagt hat. Wurde doch bereits 1907 in Stuttgart — allerdings nach heftigem Kampf und mit einer unbedeutenden Mehrheit — eine Resolution angenommen, die jede Kolonialpolitik verurteilt.

Wenn übrigens Buxton in seinem „Sozialismus“ keine theoretischen Hinweise über die Wechselbeziehungen zwischen den weißen und den dunklen Rassen zu entdecken vermag, so brauchte er sich nur an seinen Lehrer Kautsky zu wenden, der höchst interessante Ansichten über Moral und Recht in der Internationale entwickelt (vergl. seinen Artikel „Die Internationale und Sowjetrußland“ im Septemberheft des Wiener „Kampf“). In seinem Streben, die verhaßten Bolschewiki zu vernichten, bezieht sich Kautsky auf das Statut und Manifest der I. Internationale. Dort heißt es:

„. . . daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen, als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität . . .“

Man sollte meinen, es wäre danach äußerst einfach, sich zu den farbigen Rassen ebenso zu verhalten wie zu den weißen. Buxton allerdings scheint diese Lösung zu einfach. Er hält es für „sozialistischer“, die Kolonialvölker durch die europäischen „Vaterländer“ ausbeuten zu lassen.

Nunmehr aber einiges über den Artikel Kautskys. Wir werden uns mit ihm nicht eingehender befassen, da er nur eine Wiederholung der bekannten Broschüre gegen Sowjetrußland ist. Wir greifen nur zwei Momente heraus: 1. seine Argumente über die Einstellung von Marx zu den Fragen der Moral und des Rechtes in der I. Internationale und 2. seine Auffassung über den Befreiungskampf im Fernen Osten. Zur ersten Frage. Die von uns angeführten Sätze aus dem Statut der I. Internationale waren, wie jeder in der Geschichte des Marxismus einigermaßen Bewanderte weiß, Marx aufgedrungen worden. Marx hat das in seinem Brief an Engels klar zum Ausdruck gebracht. Selbst Dan, der Führer der russischen Menschewiki, fühlte sich verpflichtet, Kautsky hieran zu erinnern — außer ihm auch der Gen. Paul Frölich. Als Entgegnung schrieb Kautsky den oben erwähnten Artikel. Seine Argumentation ist ein neuer klassischer Beweis für den tiefen Fall des ehemals großen Marxisten. Kautsky versucht zu beweisen, daß die Sätze über die Gerechtigkeit, Sittlichkeit usw., die im Statut unmarxistisch sind, im Manifest marxistisch geworden seien. Wieso? Aus dem einfachen Grund, sagt Kautsky, weil das Statut nicht von Marx verfaßt ist, während das Manifest der Feder Marxens entstammt. Dagegen ist zu sagen, daß die Einleitung zum Statut von Marx selbst redigiert ist, wenngleich man ihn gezwungen hat, die oben angeführten Sätze von der Sittlichkeit usw. einzufügen. Das Manifest entstammt vollinhaltlich Marxens Feder. Und wenn Kautsky durch seinen pathologischen Haß gegen die Kommunisten nicht ganz blind geworden wäre, dann hätte er einsehen müssen, daß Marx in seinem Manifest den Geist des Statuts der I. Internationale hatte wahren müssen — ist es doch die ideologische Einführung zu den im Statut dargelegten organisatorischen Prinzipien. Es liegt für jeden — außer für Kautsky — auf der Hand, daß Ideen nicht marxistisch werden, weil sie nicht nur im Statut, sondern auch im Manifest stehen.

Noch einige Worte über das Wesen der Frage selbst. Kautsky sagt:

„Jene Grundsätze der Moral, die wir für uns selbst gültig ansehen, von denen wir verlangen, daß sie die Beziehungen der Privatpersonen regeln sollen, müssen von uns auch für den Verkehr der Nationen untereinander geltend gemacht werden.“

Schlimmer läßt sich der Marxismus und die historische Erfahrung überhaupt schwerlich verhöhnern. Eine vollständige Harmonie zwischen den Interessen des Individuums und der Gesellschaft ist nur in der klassenlosen Gesellschaft denkbar — in der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Und nur in dieser Situation kann man ernsthaft davon sprechen, daß die Beziehungen zwischen Privatpersonen und Völkern von ein und denselben Prinzipien reguliert werden sollen.

Zur Frage des erwachenden Ostens führen wir folgende bemerkenswerte Stelle aus dem Artikel Kautskys an:

„Die asiatische Revolution bedarf sicher eines freien und starken Rußland. Aber sie wird dort einen viel sichereren Halt und ein weit besseres Vorbild finden, wenn es eine demokratische Republik als wenn es ein bolschewistischer Despotismus ist, von einer Bande Polizisten und Abenteurern geleitet. Die asiatische Revolution wird die stärkste Stütze in einem Rußland finden, das selbst Kraft und Dauerhaftigkeit aus einem engen Einvernehmen mit der Demokratie Europas schöpft. Einem Rußland, das nicht auf dem Kriegsfuß zur internationalen Demokratie steht, und vor allem, das nicht auf dem Kriegsfuß steht zur eigenen Nation . . .“ (S. 297.)

Wenn wir eben dem großen „Moralisten“ unsere Bewunderung zollten, so neigen wir uns hier vor der praktischen Anwendung seines ethischen Marxismus. Die internationale „Demokratie“, mit Frankreich und England an der Spitze, unterjocht die Kolonialvölker des Nahen und Fernen Ostens; die nationale Bewegung der unterworfenen Völker richtet sich unmittelbar gegen das „demokratische“ Joch, gegen Chamberlain und den „Sozialisten“ Buxton. Sowjetrußland ist das einzige Land, das den Befreiungskampf der Völker des Ostens rückhaltlos unterstützt. Und nun kommt der ethische Kautsky mit folgendem Rezept: Es gilt, den Bolschewismus mit Hilfe der europäischen Demokratie zu stürzen. Und wenn wir an Stelle des Sowjetstaates in Rußland eine bürgerliche Demokratie haben, dann werden auch die Völker des Ostens befreit aufatmen. — Wir könnten nun freilich Kautsky fragen, wie er es sich erklärt, daß die bürgerlichen Demokratien das chinesische und indische Volk ausplündern, und weshalb eine künftige „russische Demokratie“ nicht dergleichen tun sollte. Wir könnten Kautsky darauf hinweisen, daß gerade das Versprechen Sowjetrußlands, das chinesische Volk zu unterstützen, einen Haß- und Furchtausbruch der bürgerlichen Demokratie ausgelöst hat.

Natürlich wären all diese Fragen verlorene Zeit und Mühe; Kautsky wird eben nicht müde, seine geheiligte Pflicht, den Kreuzzug gegen die Bolschewiki zu predigen, zu erfüllen und auch seine moralische Berechtigung nachzuweisen. Wir zitieren weiter:

„Das Proletariat in Rußland ist eine rechtlose Masse, beherrscht von einer Clique mit Hilfe einer streng disziplinierten Bureaukratie, Armee, Polizei. Sollte die proletarische Wurzel darin zu suchen sein, daß ein Teil der Bureaukraten, Soldaten, Polizisten dem Proletariat entnommen ist?“ (S. 289.)

Weshalb ist denn dann aber Bauer nicht mit Kautsky einverstanden und schreibt in seinem Artikel „Der Kongreß in Marseille“ in der gleichen Nummer des „Kampf“:

„Die Bolschewiki sind unzweifelhaft eine von einem Teil des russischen Proletariats gestützte, eine unzweifelhaft revolutionäre und unzweifelhaft sozialistische Partei. Gewiß, ihr Sozialismus ist nicht der unsere . . . Aber so groß der Gegensatz zwischen ihrem despotischen und unserem demokratischen Sozialismus ist: es ist doch Sozialismus drüben und hüben. Und aus dieser Gemeinschaft des Sozialismus geht trotz aller Gegensätze zwischen uns eine relative Gemeinschaft der Interessen hervor, die nicht vergessen werden darf, auch wenn wir all das, was uns vom Bolschewismus trennt, noch so scharf hervorheben . . .“ (S. 284.)

Sollte aber jemand glauben, daß zwischen den Ansichten Bauers und Kautskys ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, dann irrt er sich. Kautsky betont an einer anderen Stelle ausdrücklich:

„Die im Augenblick bestehenden Meinungsverschiedenheiten (bei der Einschätzung des Bolschewismus) dürfen jedoch keineswegs auf die Einheitlichkeit unserer Praxis zurückwirken. Die auf dem Marseiller Kongreß bezüglich der Ostfrage angenommene Resolution beweist, daß wir es trotz der großen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage über den Charakter des Bolschewismus fertiggebracht haben, einheitliche Direktiven über die Taktik der Internationale auszuarbeiten und deren allgemeine Anerkennung durchzusetzen . . .“<sup>2</sup>

Höchst charakteristisch für die II. Internationale ist, daß für Bauer der Bolschewismus „unzweifelhaft“ revolutionär und marxistisch ist, während die Bolschewiki für Kautsky ebenso „unzweifelhaft“ eine Bande von Betrügern und Parasiten darstellen. Aber schließlich führen alle Wege nach Rom — wenn es sich um die Bolschewiki handelt. Worin sich Kautsky und Bauer einig sind — das ist der Kampf gegen die Bolschewiki. Und deshalb schlägt Bauer im wesentlichen Maßnahmen gegen die Bolschewiki vor, die auf der Einschätzung Kautskys basieren. Nur geht er hierbei geschickter als Kautsky vor, indem er sich den Anschein gibt, als sei seine Einstellung den Bolschewiki gegenüber eine völlig andere. Letzten Endes hat selbst der alte Kautsky dieses Spiel begriffen, weshalb er es seinem Freund Bauer nicht allzu übelnimmt, wenn er aus hohen taktischen Erwägungen davon Abstand nimmt, die Bolschewiki eine „Banditenbande“ zu nennen.

Aber gehen wir weiter. Im Augustheft der „Gesellschaft“ stoßen wir auf einen anderen Sozialisten, Herrn C. R. Attlee, der sich über das Kapitel „Entschädigung oder Entzignung“ ausläßt. Die Redaktion teilt uns mit, daß „der Verfasser Unterstaatssekretär im Kriegsministerium in der Regierung Macdonald war und Mitglied der von der ILP eingesetzten Sozialisierungskommission ist. Sehen wir zu, wie Herr Attlee sozialisieren will.

„Denn die ILP ist von der Notwendigkeit durchdrungen, die geplanten Reformen viel gründlicher durchdacht und vorbereitet zu haben, sobald die Arbeiterpartei wieder ans Ruder kommt, als es das vorige Mal der Fall sein konnte“ (S. 141.)

Und dann doziert Herr Attlee weiter:

„Freilich geht der wirkliche Streit in unseren Reihen mehr darum, wie hoch oder wie gering entschädigt werden und wer entschädigt werden soll; der Gegensatz, wie er oben formuliert wurde, spielt dagegen eine geringere Rolle. Die Frage schließt die umfassendere nach der sozialistischen Methode in sich. Für den, der an eine katastrophenartige Revolution denkt, kann es kein Besinnen geben. Man konfisziere, sagen sie, den Reichtum, der den Arbeitern gestohlen wurde. Einer der größten Vorteile, revolutionärer Extremist zu sein, liegt darin, daß er das Denken erspart. Man braucht bloß eine plötzliche Revolution anzunehmen, die das ganze soziale und industrielle System in einen Schmelztopf wirft, und ist aller heiklen Fragen über Zweckmäßigkeit und Billigkeit enthoben, die die Anhänger der Evolutionstheorie beunruhigen . . .“

Wenn man freilich das Denken, das Herr Attlee den „revolutionären Extremisten“ erspart, an den Resultaten des Artikels bemißt, dann ist die geleistete Denkarbeit nicht sonderlich imponant. Herr Attlee hat schwere Sorgen um die zukünftige gerechte Entschädigung der Kapitalisten, um andernfalls nicht in Widerstreit mit dem moralischen Empfinden der Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterpartei zu geraten. Und Herr Attlee erzählt:

„Die Kommission der ILP hat infolgedessen gleich von Anfang an das Prinzip aufgestellt, daß bei einer allmählich eintretenden Veränderung der industriellen Ordnung es billig sei, die enteigneten Kapitalisten zu entschädigen, und zwar aus dem Grunde, weil es weder zweckmäßig noch gerecht wäre, diese Kapitalisten dafür zu bestrafen, daß sie ihr Geld in den besonderen Sphären angelegt haben, die zuerst zur Übertragung auf die Allgemeinheit ausgewählt wurden . . .“

\* Aus dem Russischen zurückübersetzt. D. Ü.

Wir sehen, daß wir uns in dem Lande befinden, wo sich Marx sein ganzes Leben lang über den Stumpfsinn der englischen Arbeiterführer beklagt hat. Allerdings etwas haben sie sich fest eingeprägt: die oben erwähnten moralischen Zitate aus dem Statut der I. Internationale, und somit befinden sie sich in rührender Übereinstimmung mit dem Moralisten Kautsky. Attlee fährt fort:

„Es gibt noch andere Widersacher, die zwar bereit sind, Entschädigungen zu zahlen, aber nur in Höhe eines Jahresdurchschnittslohnes für einen erwachsenen Arbeiter. Dieser Vorschlag klingt plausibler und hat einen besseren proletarischen Gleichheitsanstrich; aber er leidet an dem gleichen Fehler wie die übrigen Vorschläge, denn er ist gleichfalls ungerecht gegenüber den Kapitalisten, deren Besitz heute nationalisiert wird, verglichen mit den Eigentümern, deren Unternehmen noch nicht zur Enteignung reif ist“ (S. 144).

Mit freudiger Bewegung wird Kautsky aus diesem Artikel ersehen, welch seltene moralische Feinfühligkeit in der Unabhängigen Arbeiterpartei herrscht! Solche Menschen werden natürlich nie in Konflikt mit den Gesetzen der persönlichen Moral geraten. Wenn es sich um die Kapitalisten handelt, werden sie aufs sorgfältigste erwägen, wie man ihnen am besten gerecht wird; handelt es sich dagegen um die Bolschewiki, dann empfehlen sich freilich einigermaßen andere „moralische Methoden“: eine kleine bewaffnete Intervention, eine kleine Blockade, wenn es nicht anders sein kann — all das ist den feinfühligsten Moralisten der Unabhängigen Arbeiterpartei und des Kautskyschen Lagers durchaus geläufig.

Zum Schlusse erfahren wir aus einer Anmerkung der Herausgeber, „daß in der Frage der Entschädigung die Mitglieder der deutschen Sozialisierungskommission und Otto Bauer in seinem ‚Weg zum Sozialismus‘ unabhängig voneinander und beinahe gleichzeitig zum gleichen Resultat wie die Kommission der ILP gekommen sind“. Wie rührend! Und wir wissen jetzt auch, weshalb die Konservative Partei auf ihrem letzten Kongreß mit Baldwin an der Spitze weder offen noch kategorisch gegen die Sozialisierung der Bergwerke aufgetreten ist. Baldwin kann ruhig abwarten. Wenn Attlee und die Unabhängige Arbeiterpartei nach diesen Prinzipien Entschädigungen für die Nationalisierung bezahlen, dann schlagen die Unternehmer höhere Gewinne heraus als bei der jetzigen privatkapitalistischen Ausbeutung wenig ergiebiger Gruben.

Interessant sind die Artikel Wladimir Woytinskys über die „Tendenzen der zahlenmäßigen Entwicklung des Proletariats“ („Die Gesellschaft“ Nr. 8) und „Neue Weltwirtschaft — neue Weltpolitik“ (Nr. 9). In beiden Artikeln ist ein umfangreiches statistisches Material systematisch verarbeitet, um die Grundlage für wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen abzugeben. Wir wissen, wie vorsichtig man statistischem Material gegenüber sein muß, und denken an den bekannten Ausspruch eines englischen Ministers: „Sagen Sie mir, was Sie bewiesen haben wollen, und mein Sekretär bereitet ihnen ohne weiteres die erforderlichen statistischen Angaben vor.“ Natürlich ist manches in den Artikeln Woytinskys auch vom rein statistischen Standpunkt aus anfechtbar, und es wäre interessant, das Material unter diesem Gesichtspunkt einer eingehenden Analyse zu unterziehen. Hier müssen wir uns mit den Schlußfolgerungen begnügen, die selbst Woytinsky nicht umgehen kann.

In dem Artikel: „Die Tendenzen der zahlenmäßigen Entwicklung des Proletariats“ unterzieht Woytinsky die Entwicklungstendenz des Proletariats in den wichtigsten Ländern einer eingehenden Analyse. Er sieht ein, daß, wenn auch die Industriearbeiter in quantitativer Hinsicht keine offene Wachstumstendenz aufweisen, die Entscheidung für das Proletariat eben

„in der Zusammenfassung der heute getrennt marschierenden Heerestruppen des Proletariats, der Kopf- und Handarbeiter, der Arbeiter und Angestellten, des städtischen Proletariats und der proletarischen und halbproletarischen Elemente des Dorfes“ (S. 115)

liegt. Interessant sind auch die Angaben des Verfassers über das rasche Wachstum der Angestellten und namentlich der Industrieangestellten. Diese Erscheinung steht in Verbindung mit der Entwicklung der Technik, mit der steigenden Bedeutung der technischen Leitung.

... Das alles führt zu einem zahlenmäßigen Wachstum jener proletarischen Schichten, die nicht unmittelbar Handarbeit verrichten. Nach ihrer Lebensweise und ihren Gedankengängen neigen diese Schichten nicht selten zu den herrschenden Klassen. Aber ihrer materiellen Lage nach nähern sie sich auch heute immer mehr den Massen des Industrieproletariats an. In dieser Hinsicht haben die letzten Jahre bedeutsame Veränderungen mit sich gebracht, indem die Spanne in der Entlohnung der gelernten und ungelerten Arbeit verringert und der Preis der Muskelkraft des ungelerten Arbeiters im Vergleich zu dem Preis der geistigen Kraft des Kopfarbeiters erhöht wurde.

Wenn aber der technische Angestellte seinem Verdienst nach der materiellen Lage des gelernten Arbeiters immer näherkommt, so kommt auf der anderen Seite auch der gelernte Arbeiter in seiner Entwicklung, seinem geistigen Horizont und seiner Stellung in der Produktion der Lage des technischen Leiters näher.

Wir schließen diesen Aufsatz mit einigen Zahlen, die jenen Vorgang veranschaulichen sollen:

**Die Arbeiter und Angestellten in der verarbeitenden Industrie  
der Vereinigten Staaten**

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter in 1000	Zahl der Angestellten in 1000	Durchschnittliches Jahreseinkommen in Dollars		Durchschn. Einkommen des Angestellten in % des Ar- beiterlohnes
				des Arbeiters	des An- gestellten	
1899	207 514	4 713	364	426,1	1 045,9	245
1904	216 180	5 468	520	477,4	1 105,5	232
1909	268 491	6 615	790	518,1	1 187,6	229
1914	275 791	7 036	964	579,7	1 335,7	212
1919	290 105	9 096	1 447	1 158,0	1 998,6	177

Bei einem solchen Tempo der Entwicklung, fährt Woytinsky fort, ist ein vollständiger oder fast vollständiger Ausgleich in der Lage der Arbeiter und Angestellten nur eine Frage der Zeit. (S. 115—116.)

Wir sind der Ansicht, daß diese Ausführungen und Ziffern unsere volle Aufmerksamkeit verdienen, und daß hier in der Tat Entwicklungstendenzen aufgezeigt sind, die vollständig neue Perspektiven eröffnen.

## S. KLONOWICZ : DIE FINANZPOLITIK DER REVOLUTION

Der Prozeß des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft Sowjetrußlands nähert sich seinem Ende. Schon sind die Grundfesten des wirtschaftlichen Fundaments, auf dem das Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft beruht, gelegt. Die Gesundung der Sowjetfinanzen, die zu den „Haupthebeln unserer sozialistischen Ordnung“ gehört („Vorwort“ des besprochenen Buches), ist erreicht. Immer höher sprossen die über das ganze unermessliche Sowjetrußland ausgesäten Keime des Sozialismus.

Mit Volldampf nähern wir uns jenem Punkt, wo es sich nicht mehr nur darum handelt, wiederaufzubauen, sondern das gesamte Wirtschaftssystem der Union nezugestalten. Das heißt: es nicht nur quantitativ zu verändern, sondern vor allem auch qualitativ, seine ganze Basis umzustellen, die verschiedenartigen Wechselbeziehungen umzugestalten, das Schwergewicht von einem Industriezweig auf einen anderen zu verlegen, die Zusammenhänge mit dem Weltmarkte umzugruppieren, und damit zugleich auch die Beziehungen zwischen dem sozialistischen, dem organisierten Element in unserer Wirtschaft, und der anarchischen Warenwirtschaft der Kleinproduzenten.

Aber während all das für eine ganze Reihe volkswirtschaftlicher Gebiete der Sowjetunion noch zu den Problemen des morgigen Tages gehört, steht die Finanzwirtschaft schon jetzt, schon heute, vor der zwingenden Notwendigkeit, die kompliziertesten Probleme zu lösen, da sonst an eine Weiterentwicklung, an einen planmäßigen Wirtschaftsaufbau nicht zu denken wäre. Man braucht nur auf die kaufmännischen Wechselbeziehungen mit der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verweisen, wo eine Reihe ausnehmend komplizierter Aufgaben in Erscheinung treten: die Schaffung eines einheitlichen inneren Geldmarktes, der sich auf eine stabile und gesunde Geldeinheit stützen kann, die Entwicklung des staatlichen Kreditwesens und eines starken, elastischen Kreditapparates, der Ausbau der lokalen Budgets usw. usf. Alles das sind bereits Aufgaben des heutigen Tages und erfordern eine unverzügliche Lösung. Und in naher Zukunft werden neue, nicht minder komplizierte Probleme entstehen, deren Konturen sich schon jetzt immer deutlicher abzeichnen.

An der Schwelle der neuen Epoche gilt es, die Resultate des eben zurückgelegten Weges zusammenzufassen, um die gesammelten Erfahrungen zu bewerten und auszunützen und die Gesetzmäßigkeit in der Finanzentwicklung der großen russischen Revolution darzulegen, um den mächtigen „Finanzhebel“ beherrschen und mit ihm umgehen zu lernen. Besonders wichtig ist dies für die junge Generation der Finanzarbeiter, nicht minder aber für alle Sowjetarbeiter überhaupt, die in ihrer Alltagsarbeit jeden Augenblick mit neu auftauchenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das Studium und die Darstellung der Geschichte unserer Finanzpolitik in den letzten acht Jahren ist somit eine Notwendigkeit. Bisher hat uns eine derartige Darstellung gefehlt. Nunmehr ist endlich ein höchst

wertvolles und allgemein zugängliches Quellenmaterial für das Studium der Finanzgeschichte der Revolution erschienen, ein Material, das unmittelbar im Feuer des Kampfes entstanden ist und einen der hervorragendsten Führer unserer Finanzpolitik, einen der Schöpfer des Systems der Sowjetfinanzen zum Verfasser hat.

Das ausnehmende Interesse, das dem Buche des Gen. Sokolnikow zukommt, erklärt sich in erheblichem Maße daraus, daß die darin zusammengestellten Artikel und Referate nicht etwa der Feder eines den Ereignissen und dem Kampfe fernstehenden Historikers entstammen, sondern daß sie von den Erfordernissen dieses Kampfes diktiert sind, daß sie Waffen in der Hand eines Kämpfers bildeten, der die ganze Zeit in der vordersten Linie gestanden hat. Darin liegt ihr Interesse und ihr eigenartiger Reiz.

Im Mittelpunkt des Buches, das die Periode von 1918—1922 umfaßt, stehen die vom Autor verfaßten „Thesen zum XI. Kongreß der KPR“, die dieser Kongreß mit verschiedenen Abänderungen angenommen hat (S. 135 u. ff. russ.). „Unter den neuen Bedingungen erfolgt die sowjetstaatliche Garantierung sowohl der administrativen als der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Staates . . . in steigendem Maße durch den Markt, d. h. durch das Geld.“ Aus dieser Grundthese werden dann die Schlußfolgerungen bezüglich der Geldreform, der Budget- und der Steuerpolitik sowie des Kredits gezogen. Um diese Thesen, die die „Neue Finanzpolitik“ einleiteten, gruppiert sich eine Reihe von Referaten, eingeleitet von dem Referat auf dem XI. Parteikongreß (S. 139 u. ff. russ.). Der Sowjetstaat und die Partei standen damals am Anfang jenes Weges, der zur Gesundung der Sowjetfinanzen führen sollte. In seinem Referat auf dem Kongreß faßt der Autor die vordringlichen Aufgaben dahin zusammen: „Verminderung des Staatsbudgets, Entwicklung der lokalen Budgets, Entwicklung des lokalen Steuersystems, Entwicklung des Systems der staatlichen Einkünfte, möglichste Entlastung des Staatsbudgets auf industriellem Gebiet, Veranlagung der Industrie, die dem Staate bestimmte Ressourcen zu stellen hat, Entwicklung des Systems der Pachtkonzessionen und der Gemischten Gesellschaften, um die Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern und uns die Ausnützung von ausländischem Kapital zu ermöglichen“ (S. 153 russ.). Das alles bildet das Finanzprogramm der Revolution, wozu noch — vom Verfasser des öfteren erwähnt — die Durchführung der Geldreform und die Wiederaufrichtung des Kreditsystems des Staates und der Banken kommt. „Ich bitte euch, uns Vollmacht zu geben: die Sowjetvaluta und die Sowjetfinanzen so aufzubauen, wie wir seinerzeit die Rote Armee aufbauten“, sagte Gen. Sokolnikow auf dem X. Rätekongreß. „In internationaler Hinsicht ist zur Zeit die Weiterentwicklung auf dem Wege der finanziellen Festigung, auf dem Wege der Verbesserung unserer Valuta für uns von der gleichen Bedeutung wie seinerzeit die Siege der Roten Armee“ (S. 201 russ.).

Der Kampf um die Sowjetvaluta, um die Sowjetfinanzen neigte sich damals bereits seinem siegreichen Ende zu. Indes galt der Kampf in diesen Jahren nicht nur der kapitalistischen Außenwelt, nicht nur dem kleinbürgerlichen Element und dem wirtschaftlichen Zerfall im Lande, sondern es hieß auch auf theoretischem Gebiete zu kämpfen gegen das Nichtverstehen der Hauptaufgaben der Neuen Ökonomischen und Finanzpolitik, gegen die Anhänger und Romantiker des „Kriegskommunismus“, gegen allerhand phantastische Projekte zur Gesundung des Finanzsystems und des Geldumlaufes. Damals mußte man noch beweisen, „daß das Geld in der Übergangsperiode (und darunter verstehen wir die ganze Epoche der historischen Entwicklung), wo neben der organisierten



sozialistischen Wirtschaft die unorganisierte Warenwirtschaft als Faktor von größter ökonomischer Bedeutung weiterbesteht, notwendig und unvermeidlich ist, und daß die Aufgabe der ökonomischen und Finanzpolitik des Proletariats darin besteht, den Geldmarkt soweit als möglich zu beherrschen, d. h. sich den Geldumlauf trotz des Warencharakters des Geldes soweit als möglich zu unterwerfen" (S. 8—9 russ.).

Ist es notwendig, zu beweisen, daß diese Auffassung der ökonomischen und Finanzpolitik des Proletariats auf der ganzen Linie gesiegt hat? Das Proletariat ist mit Hilfe dieser klaren Auffassung seiner Aufgaben auf der finanziellen Kampffront von Sieg zu Sieg geschritten. Unter übermenschlichen Anstrengungen hat es das Proletariat verstanden, „rote Finanzen zu schaffen und im Kampf gegen das kapitalistische System die vom Kapitalismus selbst geschaffene Finanztechnik anzuwenden, um den Bestand und die Entwicklung der Sowjetmacht in Rußland, als den Kern der internationalen Organisation des Sozialismus, während der Übergangsepoche zu gewährleisten" (S. 11 russ.).

Es wäre vergebliches Mühen, den ganzen reichen Inhalt des Buches des Gen. Sokolnikow rezensieren zu wollen. Man muß es lesen und durcharbeiten, um an ihm die bolschewistischen Methoden der Finanzpolitik der Revolution zu studieren.

**Redaktionelle Notiz:** Die Redaktion wird gleichzeitig mit dem nächsten Heft der Zeitschrift ein Sonderheft „Ostfragen“ herausgeben, das den Abonnenten nur auf besonderen Wunsch zugestellt wird. — Aus dem Inhalt des Heftes geben wir unseren Lesern folgende Beiträge bekannt: Heller, Die Lage der Arbeiterklasse in China; Tschernonij, Die Vorgänge in Persien; Kitaigorodski, Syrien im Kampf um seine Unabhängigkeit; Katayama, Das allgemeine Wahlrecht in Japan; Semaon, Die Entwicklung Indonesiens. — Der Preis des Sonderheftes wird 1,50 bis 2,— M. betragen. Bestellungen sind zu richten an die Adresse des Verlages.

Soeben erschienen:

N. Bucharin

# DER WEG ZUM SOZIALISMUS

Aus dem Inhalt:

Wir beginnen die Armut zu überwinden / Warum haben wir bisher immer gesiegt? / Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie um die Bauernschaft / Das Wachstum der Genossenschaften und der Klassenkampf auf dem Lande / Die Diktatur des Proletariats und ihre verschiedene Bedeutung für die verschiedenen Klassen / Die ökonomische Ungleichheit und ihre Überwindung / Die Weltrevolution und die US>R

128 Seiten

Preis brosch. M. 1,—, geb. M. 1,80

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

---

NEUERSCHEINUNGEN

## PROTOKOLL DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

(März/April 1925)

375 u. XVI Seiten mit ausführl. Registern Preis brosch. M. 4,—, geb. M. 6,—

## DER ORGANISATORISCHE AUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

(Protokoll der Orgberatung der  
Erweiterten Exekutive März 1925)

160 Seiten mit vielen graph. Darstellungen Preis brosch. M. 1,50, geb. M. 2,50

VERLAG CARL HOYM NACHF.